Weiterhin wurden Expertisen zu folgenden Themen verfaßt:

Hans-Dieter Krebs:

„Die politische Instrumentalisierung des Sports in der DDR“

Werner Franke:

„Funktion und Instrumentalisierung des Sports in der DDR: Pharmakologische Manipulationen (Doping) und die Rolle der Wissenschaft“

In einer gemeinsam mit der Enquete-Kommission vorbereiteten Öffentlichen Anhörung des Innenausschusses wurde am 7. März 1994 die Thematik der Gedenkstätten behandelt. Die anwesenden Mitglieder des Innenausschusses und der Enquete-Kommission hörten Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge der Sachverständigen Barbara Distel, Alexander Fischer, Thomas Hofmann, Annette Leo, Hans Mommsen, Günther Morsch, Brigitte Oleschinski, Dieter Preißler, Helmut Trotnow, Reinhard Rürup sowie Manfred Wilke. Von Verbänden und öffentlichen Einrichtungen, die mit der Gedenkstättenproblematik befaßt sind, lagen schriftliche Stellungnahmen vor.

b) *Bericht*

Vorbemerkung

Eine Analyse der SED-Diktatur und ihrer bis heute nachwirkenden Folgen muß die ihr zugrundeliegende Ideologie und das darauf aufbauende Herrschaftssystem untersuchen. Sie hat dabei auch jene Faktoren einzubeziehen, die darauf abzielten, auf der subjektiven Ebene die Integration der Menschen in die Diktatur zu gewährleisten. Hierzu zählten vor allem die direkte Indoktrination, die ideologische Ausrichtung und Wirkungsweise des Erziehungs-, Bildungs- und Wissenschaftssystems sowie die Instrumentalisierung der Kunst und des Sports. Darüber hinaus wurden die Gewährung von Privilegien und der Einsatz verschiedener Mittel gesellschaftlicher Anerkennung, aber auch direkter und indirekter Druck, politische Kontrolle und Gängelung sowie administrative Schikanen vielfältigster Art in fast allen Bereichen des Lebens der DDR angewandt, um die Menschen für das System zu gewinnen oder gefügig zu machen.

Es ist deutlich geworden, daß noch große Forschungsarbeit zu leisten sein wird, um die ideologischen Voraussetzungen, Wirkungen und integrativen Faktoren in der Gesellschaft der DDR, im täglichen Leben der Menschen, in ihrer Vielfalt und zeitlichen Dimension zu erfassen und angemessen zu beschreiben.

1. *Rolle und Bedeutung der Ideologie des Marxismus-Leninismus*

Nach dem Selbstverständnis der SED war der Marxismus-Leninismus die ideologische Grundlage der DDR. Zugleich stellte sich die DDR als antifaschistischer Staat dar. Der Antifaschismus gehörte zu den in der Gesellschaft der DDR zweifellos bedeutsamen integrativen Faktoren. Erkennbar ist zudem, daß die SED ständig, verstärkt aber seit den siebziger Jahren, bemüht war, Traditionen der deutschen Geschichte in eine positive Beziehung zur DDR zu bringen [→ Expertisen Schubert, Ackermann]. Offensichtlich reichten Marxismus-Leninismus und Antifaschismus zur ideologischen Begründung nicht – bzw. zunehmend weniger – aus.

Eine Analyse der Wirkung der von der SED instrumental eingesetzten ideologischen Faktoren hat von der Tatsache auszugehen, daß in der Gesellschaft der DDR stets gegen den Willen der SED auch andere Realitäten eine Rolle spielten, die im Gegensatz oder in Konkurrenz zu den staatlich durchgesetzten und sanktionierten Faktoren standen. Inwieweit letztere tatsächlich die gesamte Gesellschaft durchdrangen, ist gegenwärtig noch nicht zu beantworten.

1.1. *Marxismus-Leninismus*

Es konnte nicht die Aufgabe der Enquete-Kommission sein, sich kritisch mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus im einzelnen auseinanderzusetzen. Gleichwohl sind zum Verständnis der SED-Diktatur ideologische Aspekte einzubeziehen und zu beleuchten [→ Protokoll Nr. 28]. In dieser Frage herrschte innerhalb der Enquete-Kommission Übereinstimmung. Unterschiedliche Meinungen wurden jedoch hinsichtlich der Bedeutung der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus für den SED-Staat vertreten. Der Grundkonsens aller Demokraten hinsichtlich des totalitären Charakters der SED-Diktatur wurde dadurch aber nicht in Frage gestellt [→ Protokolle Nr. 74, 75]. Während die Mehrheit der Kommission [→ Abschnitt 1.1.1] einen wesentlichen Akzent auf die theoretische Fundierung des Herrschaftsanspruchs der SED durch den Marxismus-Leninismus setzte, betonte die SPD in einem Sondervotum [→ Abschnitt 1.1.2] stärker die Funktion des Marxismus-Leninismus als Legitimations- und Herrschaftsinstrument für die SED. Beide Sichtweisen, wie sie in den folgenden Abschnitten skizziert werden, schließen einander nicht prinzipiell aus, sondern artikulieren Standpunkte, die zur weiteren Diskussion und zur Aufarbeitung der Problematik beitragen sollen.

1.1.1. *Marxismus-Leninismus als Grundlage des SED-Staates*

Der Marxismus-Leninismus bildete die ideologische Grundlage für das politische System in der DDR, das durch das Herrschaftsmonopol der SED

bestimmt war. Der Führungsanspruch der Partei in Staat und Gesellschaft wurde durch den Marxismus-Leninismus ideologisch legitimiert: Dieser ist als „wissenschaftliche Weltanschauung“ und als „Anleitung zum Handeln“ propagiert worden. Der Marxismus-Leninismus monopolisierte die Ausübung der Macht, indem er die Gesellschaft dem Autoritätsanspruch der Staatspartei politisch unterwarf. Die Diktatur der Partei fand ihren theoretischen Ausdruck im Dogma des Marxismus-Leninismus [→ Berichte Wisniewski, Marquardt].

Die SED verfolgte das Ziel, die DDR zu einem homogenen Weltanschauungsstaat zu formen. Das politische Machtmonopol sollte durch ideologische Konformität abgesichert werden. Dies bezeugen auch die Verfassungen der DDR von 1968 und 1974 [→ Expertisen Löw, Thomas]. Agitation und Propaganda hatten die einheitliche Ausrichtung des Denkens durch „sozialistische Bewußtseinsbildung“ zu gewährleisten. Als Ideologie der Herrschenden war der Marxismus-Leninismus jeder Kritik entzogen. Er wurde zur Rechtfertigung der Parteiherrschaft und zur Disziplinierung der Gesellschaft, zur Verschleierung von Repressionen und zur Abwehr von Systemkritik instrumentalisiert [→ Expertise Kuppe; Leonhard, Protokoll Nr. 28].

Grundsätzlich galt der Vorrang der „sozialistischen Gesellschaft“ vor dem einzelnen Menschen. Der Marxismus-Leninismus ordnete das unveräußerliche natürliche Recht der Freiheit des Individuums dem ideologischen Postulat einer „Befreiung der Gesellschaft“ unter. Freiheit wurde dabei im Sinne von Friedrich Engels als „Einsicht in die Notwendigkeit“ verstanden, d. h. als die bewußte Anwendung der historischen Entwicklungsgesetze, wie sie vom Marxismus-Leninismus aufgestellt worden sind.

Die Vorrangstellung der „sozialistischen Gesellschaft“ vor dem Individuum stellt den grundsätzlichen Unterschied zum freiheitlichen Rechtsstaat dar, der die Würde des einzelnen mit seinen individuellen Menschenrechten zur Grundlage staatlichen Handelns macht und damit die Macht des Staates gegenüber dem Einzelnen begrenzt.

Die unantastbare marxistisch-leninistische Ideologie und Struktur des politischen Systems der DDR kamen in einer Reihe von Komponenten zum Ausdruck:

- deterministische Deutung der Geschichte und der künftigen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft
- Umwälzung der bürgerlichen in eine „klassenlose Gesellschaft“ (Kommunistisches Manifest) und Umsetzung dieser Theorie durch Lenin und Stalin im Sinne revolutionärer Veränderungen sowie Rezeption dieses Modells durch die SED
- revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft durch die „Aufhebung“ (= Abschaffung) der sie prägenden gesellschaftlichen Strukturen: Abschaffung

des Privateigentums an Produktionsmitteln, Errichtung staatssozialistischen Eigentums mit zentral gelenkter Planwirtschaft, Aufhebung bürgerlicher Wertnormen in Moral und Ethik
- ideologischer Absolutheitsanspruch und uneingeschränkter Machtanspruch der SED
- Lenkung aller Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens
- Instrumentalisierung des Rechts zur Aufrechterhaltung der „Herrschaft der Arbeiterklasse“ [→ III. Themenfeld]
- Kollektivierung aller Lebensbereiche
- umfassende ideologische Einflußnahme auf die gesamte Gesellschaft durch die „sozialistische Erziehung“ der Kinder und Jugendlichen in Schule und organisierter Freizeit, das „marxistisch-leninistische Grundlagenstudium“ an Universitäten und in parteigesteuerten „gesellschaftlichen Organisationen“ sowie ein umfassendes System der Parteischulung für Mitglieder und Kandidaten der SED
- Einsatz der Massenmedien als „kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator“ im Sinne Lenins
- Reglementierung und Zensur der Kultur nach Maßgabe des „Sozialistischen Realismus“.

Die beabsichtigte „sozialistische Umwälzung“ in allen Bereichen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gelang indessen nur teilweise [→ Kapitel 2 f].

1.1.2. *Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber zur Funktion des Marxismus-Leninismus*

„Es kann hier nicht um eine Exegese von Marx/Engels, Lenin oder anderen „Klassikern“ des Marxismus-Leninismus gehen. Aufgabe der Enquete-Kommission war vielmehr, die Funktion des Marxismus-Leninismus in der DDR zu bestimmen, so weit dies nach der bisherigen Forschungslage, die durch einen Mangel empirischer Untersuchungen geprägt ist, möglich erscheint.

Der Aufbau einer kommunistischen Parteidiktatur in der SBZ/DDR, die Folge der NS-Politik und des dadurch herbeigeführten Ausgreifens sowjetischer Politik bis nach Mitteleuropa war, wurde ideologisch mit dem Marxismus-Leninismus – zunächst in seiner stalinistischen Variante – gerechtfertigt. Der Marxismus-Leninismus blieb die ganze Zeit der DDR hindurch die absolut verbindliche herrschende Ideologie, auf die sich das SED-System bezog. Die Verfassungen von 1968 und 1974 erklärten den Marxismus-Leninismus zur verbindlichen ideologischen Grundlage der DDR [→ Expertise Löw]. Allerdings wurde dieser Marxismus-Leninismus in den verschiedenen Phasen

unterschiedlich interpretiert [→ Bericht Weber/Lange; Expertise Kuppe]. Ob und inwieweit er von der großen Mehrheit der Menschen akzeptiert wurde, ist noch nicht präzise zu sagen. Stieß er anfangs noch auf erhebliche offene Widerstände, so wurde er später mehr hingenommen als akzeptiert. Daß er als Integrationsideologie im Laufe der Zeit immer weniger wirkte, scheint die SED seit den siebziger Jahren zur verstärkten Heranziehung anderer integrativer Faktoren veranlaßt zu haben, ohne daß sie freilich bereit gewesen wäre, am absoluten Geltungsanspruch des Marxismus-Leninismus rütteln zu lassen.

Der Marxismus-Leninismus, wie er in der DDR eingeführt und durchgesetzt wurde, war eine geschlossene Weltanschauung, die den Anspruch erhob, wissenschaftliche Lehre zu sein. Sie sollte nicht nur Mensch, Natur, Gesellschaft und Geschichte „wissenschaftlich" erklären, sondern auch für gegenwärtiges Denken und Handeln in allen Bereichen begründete Wegweisung bieten. Wesentliche Komponenten der Ideologie waren nach offizieller Version eine Philosophie mit der Weltanschauung des „dialektischen Materialismus" und einer Geschichtsphilosophie, die – Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte behauptend – gleichermaßen Einsicht in die Vergangenheit wie in die Zukunft lieferte, eine politische Ökonomie, in deren Zentrum der Klassenkampfgedanke stand, und eine politische Theorie, der „wissenschaftliche Sozialismus" bzw. Kommunismus. Bestandteil des Marxismus-Leninismus war eine Anthropologie, die die Menschen externalistisch als Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse sah und an ihre weitgehende Form- und Steuerbarkeit glaubte [→ Weber, Wisniewski, Leonhard, Löw, Protokoll Nr. 28; Bericht Weber/Lange].

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus, die seit 1948 in ihrer stalinistischen Ausformung in der SBZ/DDR zur Grundlage von Politik, Gesellschaft und Kultur erklärt wurde, ist im Laufe der Entwicklung unterschiedlich gefaßt worden, wobei gewisse Auflockerungen ursprünglich starrer Dogmen – etwa in der Formationstheorie auf der Ebene der theoretischen Diskussion – nicht zu verkennen sind [→ Expertise Kuppe]. Die meisten Menschen der DDR haben den Marxismus-Leninismus jedoch als einen Kanon von starren Formeln und Denkschablonen kennengelernt.

Der Marxismus-Leninismus sollte Grundlage und Bindeglied der herrschenden Partei sein und durch Indoktrination Anhänger gewinnen. Er sicherte die Diktatur der herrschenden Partei. Von größter Bedeutung war, daß die SED-Führung das Interpretationsmonopol über den Marxismus-Leninismus besaß, der seinerseits als Wahrheit galt, mit der Konsequenz, daß die SED-Führung über das Wahrheitsmonopol verfügte („Die Partei hat immer recht"). Wie der Marxismus-Leninismus die führende Rolle der SED dogmatisierte, so dogmatisierte die SED-Führung den Marxismus-Leninismus, wobei sie lange Zeit ideologisch von der KPdSU abhängig war – eine Abhängigkeit, die sich erst in der Ära Gorbatschow wirklich abschwächte. Die SED-Führung

entschied über die jeweilige ideologische Linie, die kampagnenartig durchgesetzt wurde [→ Bericht Weber/Lange]. Die Rolle der ML-Wissenschaftler und -Philosophen war bei der Festlegung der jeweils neuen Linie offenbar unterschiedlich, ist im einzelnen aber noch aufzuarbeiten. Ein Ignorieren der jeweiligen neuen Linie zog – im Einzelfall unterschiedliche – Sanktionen nach sich [→ Leonhard, Protokoll Nr. 28]. Generell gehörte es zum Wesen dieser Ideologie, daß trotz ihres wissenschaftlichen Anspruchs Kritik und Zweifel an ihr weder erlaubt noch offene Diskussion über zentrale Axiome und Theoreme des Marxismus-Leninismus zugelassen waren. Mit ihrem Absolutheitsanspruch zielte die Ideologie auf Konformität, daher war Repression die Kehrseite der Ideologie.

Der Marxismus-Leninismus wurde mit einer Vielzahl von Mitteln diktatorisch durchgesetzt. Er bildete die Grundlage des Erziehungs- und Bildungssystems, auf allen Stufen war seine Vermittlung obligatorisch, seit 1951 war er an den Hochschulen bei allen Studiengängen Pflichtfach, seit 1968 wurde er auch noch Bestandteil der Weiterbildung von Hochschullehrern. Besonders relevant war der Marxismus-Leninismus in den Geisteswissenschaften, die er teilweise durchdrang, wirkte sich aber auch auf die Naturwissenschaften aus [→ Expertise Kuppe].

Von besonderer Bedeutung war der Marxismus-Leninismus im Schulungssystem der SED [→ Leonhard, Protokoll Nr. 28]. Ideologische Häresien hatten vielfach Sanktionen, die Entfernung aus öffentlichen Funktionen oder gar aus der Partei, in schwerwiegenden Fällen, insbesondere während der fünfziger Jahre, Gefängnis- oder Zuchthausstrafen zur Konsequenz. Von großer Bedeutung war für die Funktionäre und Mitglieder der SED das Studium der jeweiligen Parteilinie, wobei es bei deren Befolgung nicht nur um das inhaltliche Nachvollziehen, sondern auch um Beweise von Zuverlässigkeit und Disziplin ging.

Insgesamt ist festzustellen, daß der Marxismus-Leninismus für die SED-Führung eines der wichtigsten Legitimations- und Herrschaftsinstrumente war und bewußt in diesem Sinne eingesetzt worden ist."

1.1.3. *Ideologie und Gesellschaft*

Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Verlauf der Menschheitsgeschichte wurde in der DDR für alle staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen verbindliche Lehre. Schulen, Universitäten, Museen, außerschulische Bildungseinrichtungen und der gesamte Staatsapparat propagierten diese unablässig. Die „Einsicht in die Gesetzmäßigkeit der Geschichte" galt in den „sozialistischen Staaten" als „wissenschaftlich" begründete Aussage. Deshalb war vom „wissenschaftlichen Sozialismus" die Rede. Damit wollte die SED beweisen, daß sie durch die Lehren des Marxismus-Leninismus über

die wissenschaftliche Erkenntnis von den gesellschaftlichen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen sowie dem daraus abzuleitenden politischen Handeln verfüge [→ Expertise Kuppe].

Da der Marxismus-Leninismus als Programm auch der nachträglichen Rechtfertigung politischen Handelns diente, wurden mit ihm selbst unvollendete, erfolglose oder – wie behauptet wurde – richtig geplante, aber falsch durchgeführte Aktionen als sinnvoll und „wissenschaftlich" begründet erklärt. Man unterstellte, daß sie den historischen Gesetzmäßigkeiten entsprächen und bezeichnete sie deshalb als ideologiekonform und fortschrittlich [→ Expertise Kuppe].

Die Bemühungen von Parteiführung und Regierung der DDR, die Ideologie des Marxismus-Leninismus im Bewußtsein der Gesellschaft zu verankern, waren zu allen Zeiten mehr oder weniger intensiv. Jedoch kann man berechtigte Zweifel an ihrem Erfolg hegen.

Zumindest erfüllten sich häufig nicht die Erwartungen der Partei [→ Leonhard, Protokoll Nr. 28]. Der Marxismus-Leninismus konnte nur ausschnittweise vermittelt werden, so daß sich eher ideologische „Leerformeln" als Argumentationszusammenhänge in den Köpfen der Menschen festsetzten. Sofern Kritik geübt wurde, ist diese sehr schnell als Abweichung von der sakrosankten Lehre diskriminiert worden [→ Protokolle Nr. 28, 30].

In den Anhörungen und Expertisen spiegelt sich ein breites Interpretationsspektrum wissenschaftlicher Analysen, politischer Meinungen und subjektiver Wahrnehmungen wider. Es ist keine Frage, daß der Marxismus-Leninismus für „gläubige" Funktionäre die Aufgabe hatte, Welt und Geschichte zu interpretieren, Sinn zu vermitteln und entsprechende Handlungsanweisungen zu ermöglichen. Er erfüllte damit eine quasireligiöse Funktion. Entsprechend der allgemeinen weltanschaulichen Fundierung konnten sich Funktionäre und viele Parteimitglieder als die „Avantgarde" bezeichnen, die das Recht hatte, andere Menschen zu bestimmten Verhaltensweisen zu zwingen.

In der Enquete-Kommission wurde kontrovers darüber diskutiert, ob der Marxismus-Leninismus in der DDR konkret handlungsanleitend gewirkt hat. Das sachverständige Mitglied der Enquete-Kommission Hermann Weber hob in seinem Vortrag hervor [→ Protokoll Nr. 28], daß die DDR und ihre Strukturen großenteils durch Übertragung des sowjetischen Modells auf die deutschen Verhältnisse entstanden wären, wobei diese Übertragung ideologisch mit der führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU gerechtfertigt wurde. Danach diente der Marxismus-Leninismus also mehr der Rechtfertigung der Parteidiktatur der SED als ihrer Handlungsanleitung. In der Regel mußte seine Interpretation allerdings der jeweiligen Politik der SED (und der Linie der KPdSU) angepaßt werden [→ Leonhard, Protokoll Nr. 28].

Demgegenüber stellten die Abg. Wisniewski (CDU/CSU) und der Zeitzeuge Ernst besonders die fundamentale Bedeutung der Ideologie des Marxismus-

Leninismus für die reale Politik in der DDR und damit den ordnungspolitischen Aspekt der Gestaltung des politischen Systems heraus. Sie vertraten die Ansicht, daß die ideologisch bedingten gesellschaftlichen Umgestaltungen zu tiefen Einschnitten in die gewachsenen Strukturen des sozialen Lebens führten [→ Protokoll Nr. 28]. In den Anhörungen und Expertisen blieb umstritten, inwieweit auf dem Boden des Marxismus demokratische Lebens- und Herrschaftsformen möglich seien [→ Protokoll Nr. 28; Expertisen Kuppe, Löw]. Kuppe betonte in seiner Expertise, daß die Ideologie des Marxismus-Leninismus auch eine wichtige „instrumentelle Herrschaftssicherungsfunktion" für die SED besaß und als „geistiges Herrschaftsinstrument" bis zum Ende der DDR bestimmend blieb.

Bedeutsam war, daß der Marxismus-Leninismus in der DDR im Kontext seiner Klassenkampfideologie ein besonderes Feindbild propagierte („Bourgeoisie" der Bundesrepublik als „Klassenfeind"; „US-Imperialismus"). Darauf rekurrierten vielfältige Ab-, Ausgrenzungs- und Kontrollfunktionen, denen Partei und Gesellschaft unterworfen wurden. Der Marxismus-Leninismus wurde ständig instrumental genutzt, um abweichendes Verhalten als „bürgerliche Ideologie", „Sozialdemokratismus" oder „sektiererisches Verhalten" zu verurteilen. Mittels des Marxismus-Leninismus versuchte die SED also, Staat, Gesellschaft und Kultur ideologisch zu durchdringen, zu steuern und zu kontrollieren; dies war auch beim Kampf gegen die Kirchen [→ V. Themenfeld] der Fall. Selbst die geheimdienstlichen Methoden der Stasi erhielten von daher ihre ideologische Legitimation [→ Bericht Marquardt III].

Höchst ambivalent waren die Wirkungen des Marxismus-Leninismus auf die Funktionäre in Spitzenpositionen selbst. Da man auf der Basis des Marxismus-Leninismus glaubte, mit der Geschichte im Bunde zu stehen, neigte man dazu, die Realität zu verkennen und die Schwierigkeiten zu bagatellisieren, denen sich das System gegenübersah. Zudem wurden wichtige Teile der Wirklichkeit verdrängt [→ Schabowski, Protokoll Nr. 25], was zweifellos zum Zusammenbruch der DDR mit beigetragen hat.

Die in der SED und von der Führung verbreitete Ausblendung wichtiger Teile der Realität hatte erhebliche Auswirkungen in der Gesellschaft. Folgen, die sich aus der Diskrepanz zwischen ideologischem Anspruch und der Realität ergaben, waren die Tendenz zum Moralisieren gegenüber subjektiven Unzulänglichkeiten und das „So-tun-als-ob" [→ Bericht Weber/Lange]. Hinzu kam eine nur formale Anerkennung der Ideologie und äußerliche Anpassung an diese bei mehr oder weniger bewußten, aber öffentlich nicht ausgesprochenen Zweifeln und Bedenken, verbunden mit „schizophrenen" Denk- und Verhaltensmustern [→ Abschnitte 2 und 4]. Charakteristisch für weite Teile des Erziehungs- und Bildungssystems war ein ritualisierter Umgang mit dem Marxismus-Leninismus, der schließlich bei vielen die Distanz zum System sogar gefördert hat.

Gegenwärtig läßt sich die Frage noch nicht hinreichend beantworten, inwieweit es der SED-Führung gelang, die DDR-Gesellschaft mit den Lehren des Marxismus-Leninismus tatsächlich zu durchdringen und sie zu befähigen, sich damit zu identifizieren. Auf jeden Fall darf nicht verkannt werden, daß der Marxismus-Leninismus auf Teile der Gesellschaft eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt hat. Der Wissenschaftsanspruch, die Behauptung historischer Gesetzmäßigkeiten, die den Weg des Kommunismus bestimmen, die Siegeszuversicht der kommunistischen Bewegung, die Propagierung eines überlegenen „fortschrittlichen" gesellschaftlichen Systems gegenüber der Welt des „Kapitalismus", die Idee des Gerechtigkeit und die Forderung nach sozialer Gleichheit haben das Bewußtsein der Menschen in der Geschichte der DDR in unterschiedlicher Intensität und in zeitlich wechselndem Ausmaß beeinflußt [→ Leonhard, Protokoll Nr. 28]. Die Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit dieser ideologischen Orientierungsmuster wurden aber durch den Widerspruch zwischen den proklamierten Zielen und den Erfahrungen in der politischen Realität zunehmend relativiert. Prozesse des Loyalitätsverfalls waren für die Endphase der SED-Herrschaft kennzeichnend. Die Herrschaftspraxis wurde immer mehr als Politik ideologischer Fiktion betrachtet.

In unterschiedlicher Weise distanzierten sich kleinere Zirkel vom Marxismus-Leninismus, indem sie alternative Sozialismuskonzeptionen diskutierten, sich vom System des „realen Sozialismus" abwandten oder sich in private Nischen zurückzogen [→ Abschnitt 2]. Insbesondere seit dem gewaltsamen Ende des „Prager Frühlings" 1968 wurden Konzeptionen eines „demokratischen Sozialismus" entwickelt (Robert Havemann), daneben gab es – vor allem seit Mitte der siebziger Jahre – in verschiedenen intellektuellen Milieus Vorstellungen eines „Dritten Weges", d. h. einer Synthese von Sozialismus und Demokratie, die von der Hoffnung auf eine tiefgreifendere Reform des totalitären Staates und des „realen Sozialismus" getragen war.

Die Legitimationsfunktion des Bildungssystems begann ab Mitte der siebziger Jahre als Mittel zur Verwirklichung sozialer Gleichheit, lange Zeit ein wichtiges Bindeglied zwischen Führung und sozialen Aufsteigern in der DDR-Gesellschaft, brüchig zu werden. Das „Wohl der Arbeiterklasse" war zwar eine häufig gebrauchte politische Beschwörungsformel, die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen ließen jedoch erkennen, daß der „reale Sozialismus" weit davon entfernt war, die behauptete „Systemüberlegenheit" tatsächlich zu erreichen. Politische Distanzierungsprozesse verstärkten sich in dem Maße, wie sich die Menschen als bloße Verfügungsobjekte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fühlen mußten und sich die „sozialistische Demokratie" als rhetorisches Alibi uneingeschränkter Parteiherrschaft dekuvrierte. Indem die SED die Gesellschaft propagandistisch und aktionistisch zu politisieren suchte, leistete sie tatsächlich einer Entpolitisierung weiter Bevölkerungskreise Vorschub und höhlte zugleich ihre ideologische Glaubwürdigkeit aus – auch

wenn sie dies nicht wahrhaben wollte und dafür den feindlichen Einfluß der „bürgerlichen Ideologie“ und des „Revisionismus“ verantwortlich machte.

Mit Blick auf die Ausprägungen von Mentalitäten in der DDR-Gesellschaft ist festzuhalten, daß in der Lebenswelt der Bürger die soziale Sicherheit zu den wichtigsten Akzeptanzwerten zählte, während die „sozialistische Demokratie“ von einem erheblichen Teil der Bevölkerung kritisch beurteilt wurde. Bemerkenswert ist dabei, daß die Distanz gegenüber dem DDR-Sozialismus bei Arbeitern deutlich stärker ausgeprägt war als bei Angehörigen der sogenannten werktätigen Intelligenz [→ Expertise Thomas]. Nach heutigen Erkenntnissen zur Mentalitätsgeschichte der DDR hatte die Gesellschaftspolitik der SED disziplinierende Effekte, indem sie die Entstehung eines signifikanten Widerstandspotentials verhindern konnte. Sie mußte aber eine fortschreitende ideologische Desintegration hinnehmen, deren Ausmaß und Folgen zu bestimmen weiteren Forschungen vorbehalten bleiben muß.

1.1.4. *Zur Frage der Nachwirkungen*

Es läßt sich nach dem gegenwärtigen Forschungsstand noch nicht klar sagen, inwieweit die jahrzehntelangen Bemühungen der SED-Führung nachwirken, die Menschen in der DDR im Sinne des Marxismus-Leninismus zu indoktrinieren. Inwieweit ist der Marxismus-Leninismus gleichsam internalisiert und habitualisiert worden? Dazu einige Beobachtungen:

- Theoreme des Klassenkampfes und der Systemauseinandersetzung mit dem Kapitalismus wirken nach.
- Die parlamentarische Demokratie wird weiterhin als formal gekennzeichnet, die parteienstaatlichen Auseinandersetzungen werden mit Distanz betrachtet oder gar abgelehnt.
- Der Staat wird weiterhin als Adressat für umfangreiche politische Wünsche, Ansprüche und Forderungen angesehen; das gesellschaftliche Engagement ist unterentwickelt.
- Erkennbar ist eine Sehnsucht nach monistischen Erklärungen, klaren Feindbildern und übersichtlichen Verhältnissen.
- Die Gewohnheit, sich an einer verbindlichen Meinung orientieren zu können, führt zu Orientierungsproblemen in der pluralistischen Gesellschaft mit ihrer Medienvielfalt, in der es verbindliche Wegweisung von oben nicht mehr geben kann.
- Die Schwierigkeiten der Gegenwart führen bei einzelnen dazu, sich erneut der Gewißheit der Vergangenheit zuzuwenden („DDR-Nostalgie“).
- Bestimmte Denktraditionen, insbesondere des Westens, werden in den neuen Bundesländern erst nach und nach beachtet; die traditionelle deutsche politisch-kulturelle Besonderheit wird hingegen akzentuiert.

Im Hinblick auf die Frage der Nachwirkung ist freilich zu berücksichtigen, daß es der SED-Führung niemals gelungen ist, oppositionelles Denken völlig auszuschalten. Für große Teile der Gesellschaft war die Akzeptanz des Marxismus-Leninismus mehr äußerlich. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß sich in den achtziger Jahren in der DDR jenseits des Marxismus-Leninismus, doch teilweise auch unabhängig vom Westen, ein eigenständiges politisches Denken entwickelte, das Motor der Oppositionsbewegung in der Zeit der „Wende" war. Viele Menschen hatten sich dem „realen Sozialismus" aus unterschiedlichen Gründen entzogen und blieben anderen Wertvorstellungen (christliche, sozialdemokratische und/oder liberale Werte) verhaftet, an die nach der „Wende" angeknüpft werden konnte.

Der totalitäre Anspruch des Marxismus-Leninismus wird heute – abgesehen von kleinen Gruppen – kaum mehr offen propagiert. Insgesamt gilt der Marxismus-Leninismus als obsolet, allerdings trifft dies nicht generell für alle marxistischen Denkansätze zu. Sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der politischen Diskussion werden marxistische Fragestellungen und Positionen vermutlich auch künftig eine gewisse Rolle spielen.

Darüber hinaus wurde von der CDU/CSU- und FDP-Arbeitsgruppe darauf hingewiesen, daß die Auseinandersetzung mit der These dringend notwendig sei, das politische System der DDR sei nicht auf die Theorie des Marxismus zurückzuführen, sondern durch strikte Befolgung der Vorgaben des stalinistischen Machtsystems entstanden. Weiterhin müßten die anthropologischen und gesellschaftspolitischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der SED-Diktatur verstärkt Gegenstand wissenschaftlicher, interdisziplinärer Forschung werden.

Die SPD-Arbeitsgruppe hält demgegenüber folgende Probleme für klärungsbedürftig:

- Die Praxis der Propagierung des Marxismus-Leninismus ist für die verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Bereiche, für Wissenschaft und Kultur im einzelnen empirisch zu untersuchen.
- Genauer zu analysieren sind die Mechanismen, mit denen die SED-Führung ihre „ideologischen" Positionen in den verschiedenen Phasen durchgesetzt hat.
- Intensiverer Untersuchung bedarf das Verhältnis von SED und KPdSU im Hinblick auf ideologische Fragen, insbesondere auch für die achtziger Jahre, in denen die SED nicht bereit war, sich der Gorbatschowschen Politik anzuschließen.

Die Bewältigung der Nachwirkungen des Marxismus-Leninismus ist vorrangig Aufgabe der politischen Bildung, auch der gesellschaftlichen Gruppen, Parteien und nicht zuletzt der Medien.

1.2. *Zur Rolle des Antifaschismus*

Der vielleicht wirksamste ideologische Integrationsfaktor für das SED-System war der Antifaschismus. Im einzelnen ist seine Wirkung zwar noch zu untersuchen, doch läßt sich feststellen, daß er – über den engeren Bereich des Systems hinaus – eine gewisse emotionale und politische Bindekraft besaß, die der Marxismus-Leninismus in vergleichbarer Weise nicht auszuüben vermochte.

1.2.1. *Zur Entwicklung des Antifaschismus*

Der Antifaschismus war ursprünglich ein Begriff, der alle Opposition gegen den Faschismus in Italien kennzeichnete. Bereits Mitte der zwanziger Jahre wurde der Begriff jedoch vielfach verengt zur Legitimation kommunistischen Handelns bzw. eines Bündniskonzepts, in dem die Kommunisten die Führung beanspruchten, gegen einen Faschismus, der nach diesem Verständnis in engem Zusammenhang mit der bürgerlichen Ordnung als „höchstentwickelter Form des Monopolkapitalismus“ und der „offen terroristischen Herrschaft des Finanzkapitals“ interpretiert wurde [→ Faulenbach, Wilke, Wisniewski, Protokoll Nr. 30]. Er richtete sich gegen alle nichtkommunistischen Parteien, auch gegen die Sozialdemokraten, die als „Sozialfaschisten“ in der Weimarer Republik zeitweilig zum Hauptfeind erklärt wurden. Dem kommunistischen Antifaschismuskonzept blieb die SED auch nach 1945 verbunden. Sie mißbrauchte den Antifaschismus als politischen Kampfbegriff [→ Fippel, Protokoll Nr. 30] undifferenziert gegen alle politischen und gesellschaftlichen Strömungen, die die Politik der Sowjetunion in ihrem Ringen um eine „Welt des Friedens“ nicht unterstützten.

Die SED nutzte die in der Bevölkerung verbreitete Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes und seiner Greueltaten, um ihren Entwurf eines „antifaschistischen, sozialistischen, friedliebenden“ Staates zu legitimieren. Die Bewältigung des NS-Erbes, die Entnazifizierung und der antifaschistisch-demokratische „sozialistische“ Aufbau sowie die Errichtung einer Diktatur wurden dicht zusammengerückt. Liquidierung des NS-Erbes und Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft unter kommunistischer Führung wurden in eins gesetzt. Die Bereitschaft, beim Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, wurde – etwa bei Mitläufern des NS-Systems – als Beweis antifaschistischer Gesinnung gewertet. Die Entnazifizierung erfolgte keineswegs so gründlich, wie häufig behauptet worden ist [→ Fricke, Protokoll Nr. 30]; NS-Belastete wurden sogar bewußt instrumental eingesetzt, wie umgekehrt NS-Verfolgte keineswegs vor Verfolgung in der SBZ/DDR sicher waren [→ Fippel, Protokoll Nr. 30].

1.2.2. *Zur Funktion des Antifaschismus in der DDR*

Der teils als Mythos, teils als politisches Konzept gefaßte Antifaschismus diente der Legitimation der SED-Herrschaft. Die SED beanspruchte für sich das Erbe des antifaschistischen Kampfes. Die Führungspositionen waren lange Zeit überwiegend mit „Antifaschisten" besetzt, was diesen einen spezifischen Nimbus verlieh und sie gleichsam unangreifbar machte. Der Antifaschismus wurde offensichtlich bewußt als Element der Machtbehauptungsstrategie der SED eingesetzt.

Der Mythos des Antifaschismus lieferte das Material für einen quasireligiösen Staatskult, für eine säkularisierte Religion, die in den Formen Anleihen bei den Kirchen – etwa im Märtyrer-Kult oder in der Gestaltung der Gedenkstätten – machte, bestimmte Rituale entwickelte und dabei insbesondere Bedeutung in der „sozialistischen Erziehung" erhielt. Die Wirkungen dieser quasireligiösen Bemühungen lassen sich nach dem gegenwärtigen Forschungsstand noch nicht abschließend beantworten, sind jedoch – insbesondere bei jungen Menschen – keineswegs gering zu schätzen. Fraglos sind durch den Antifaschismus Idealismus und Engagement in weiten Teilen der Bevölkerung geweckt worden, die vor allem aus der Ablehnung der NS-Diktatur resultierten, die aber letzten Endes die SED-Herrschaft stabilisieren sollten [→ Faulenbach, Protokoll Nr. 30].

Dem Antifaschismus in der DDR entsprach ein Feindbild, das keineswegs auf faschistisches und nationalsozialistisches Denken und Handeln beschränkt war, sondern sich potentiell auf alles, dem kommunistischen Handeln entgegengesetzte Tun bezog. Potentiell „faschistisch" waren nicht nur äußere (die Bundesrepublik bzw. wesentliche Kräfte in dieser), sondern auch innere Gegner. So wurde z. B. der 17. Juni 1953 „faschistischen Kräften" angelastet. Der Antifaschismus wurde gerne zur Rechtfertigung strittiger politischer Entscheidungen instrumental eingesetzt, wie beim Bau der Mauer, die zum „antifaschistischen Schutzwall" erklärt wurde. Solche politische Instrumentalisierung des Antifaschismus führte teilweise zur Erosion seiner Glaubwürdigkeit [→ Wisniewski, Protokoll Nr. 30].

Eine zentrale Funktion für die Pflege des DDR-Antifaschimus hatten die Mahn- und Gedenkstätten [→ Expertise Overesch], in deren Mittelpunkt die heroisierten kommunistischen Opfer standen, die im quasireligiösen Staatskult verehrt wurden. Hierzu zählten u. a. Jugendweihen, Fahnenrituale, Aufmärsche mit Bildern ermordeter Antifaschisten.

Die Instrumentalisierung des Antifaschismus verdrängte zugleich die Mithaftung des östlichen Teils Deutschlands für die nationalsozialistische Epoche. Ein gewisses Gefühl moralischer Überlegenheit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland resultierte aus dem Vorwurf, der Westen habe mit dem Faschismus nicht endgültig gebrochen. Verschwiegen wurden die erheblichen

Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland, die seitens der DDR kein Pendant hatten.

Aufs Ganze gesehen hat der Antifaschismus offenbar nicht unwesentlich zur Identifikation mit der SED beigetragen. Dies gilt insbesondere für Intellektuelle, die aufgrund des „verordneten Antifaschismus" das wahre Wesen des DDR-Regimes zunächst verkannt und entsprechend verharmlost haben. Inwieweit zwischen dem „verordneten Antifaschismus" und einem demokratischen unterschieden werden kann, bedarf noch eingehender wissenschaftlicher Diskussion.

1.2.3. *Zur Frage der Nachwirkungen des „verordneten" Antifaschismus und der Aufgabe historisch-politischer Bildungsarbeit*

Zu den Nachwirkungen des Antifaschismus gehört ein ebenso verzerrtes wie einseitiges Bild vom nationalsozialistischen System, seinen Opfern und dem Widerstand gegen ihn. Es gilt, dieses Bild in der historisch-politischen Bildung der Schulen und in der Erwachsenenbildung angemessen zu korrigieren.

Die spezifische Ausprägung des Antifaschismus in der DDR läßt es ausgeschlossen erscheinen, in der notwendigen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen an den DDR-Antifaschismus anzuknüpfen, für den eine Distanz zum demokratischen Denken – insgesamt gesehen – charakteristisch war.

Eine weitere Folge des DDR-Antifaschismus ist, daß in den neuen Bundesländern vielfach die Vorstellung besteht, mit dem Antifaschismus sei auch die Erinnerung an die NS-Zeit obsolet. Zudem wirkt die Tatsache nach, daß die Propagandisten des Antifaschismus behauptet hatten, die DDR habe die notwendigen objektiven Konsequenzen aus der Zeit des Nationalsozialismus gezogen und somit sei dessen Aufarbeitung lediglich als ein Problem des Westens zu betrachten.

Demgegenüber vertritt die Enquete-Kommission die Auffassung, daß Aufarbeitung der NS-Zeit und die Würdigung ihrer Opfer ein konstitutiver Bestandteil der demokratischen Geschichtskultur des vereinten Deutschlands ist und daher die Aufklärung über diese Epoche eine wesentliche Aufgabe historisch-politischer Bildungsarbeit bleiben muß. Die großen „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten" in der DDR gilt es umzugestalten. Die Dokumentationen sollten auf der Grundlage des gegenwärtigen Forschungsstandes und zeitgemäßer didaktischer Konzepte erneuert und die Denkmalsanalyse historisch geklärt werden. Bei der Neukonzeption sollte unter Beteiligung der Opfer- und Betroffenenverbände der öffentliche Diskurs weitergeführt werden.

Wo, wie in Sachsenhausen und Buchenwald, am Ort von NS-Konzentrationslagern „Speziallager" des NKWD eingerichtet wurden, ist die Erinnerung

auch an das Geschehen in der Nachkriegszeit bei der Neugestaltung zu berücksichtigen. Dabei ist jedoch einer Gleichsetzung der Lager und einer Tendenz zum Aufrechnen entschieden entgegenzuwirken. Die NS-Verbrechen dürfen nicht relativiert werden; allerdings darf das Geschehen in den NKWD-Lagern auch nicht bagatellisiert werden.

Rechtsextremismus

Trotz der Bedeutung des Antifaschismus ist nicht zu leugnen, daß es auch in der DDR seit den siebziger Jahren Rechtsextremismus gegeben hat [→ Weiß, Geiger, Protokoll Nr. 30]. Auch die „antifaschistische Erziehung" konnte diesen nicht verhindern. Es läßt sich sogar fragen, ob die spezifische Prägung des Antifaschismus durch die SED nicht umgekehrt „faschistische", rechtsextremistische Phänomene gefördert hat – eine Frage, die sich nach dem gegenwärtigen Forschungsstand nicht endgültig beantworten läßt. Im Rechtsextremismus wird man offenbar nicht lediglich eine Imitation von Phänomenen des Westens sehen können; er scheint vielmehr hauptsächlich auch genuine, DDR-spezifische Ursachen zu haben. Darüber hinaus kann man davon ausgehen, daß es in der SBZ/DDR Kontinuitäten nationalsozialistischen Denkens gegeben hat. Das belegen Dokumentationen wie das „Braunbuch DDR" [→ Fricke, Protokoll Nr. 30].

Vom MfS wurden rechtsextremistische Vorkommnisse seit 1978 als solche dokumentiert und klassifiziert (1978/79 insgesamt 188 Fälle von „staatsfeindlicher Hetze mit faschistischem Charakter"). In den achtziger Jahren häuften sich solche „Störfälle", die in öffentlichen Verlautbarungen als „unpolitisches Rowdytum" verharmlost wurden. Es ist in dieser Phase der Übergang von einer „rechten Jugendkultur" zu einer organisierten rechtsextremen Bewegung und die Identifikation mit den Versatzstücken einer Ideologie festzustellen. Die Rechtsextremisten bedienten sich dabei „moralischer Werte der sozialistischen Gesellschaft" wie positive Einstellung zur Arbeit, Ordnung, Sauberkeit und vorbildliches Verhalten in der paramilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik. Dies erschwerte den DDR-Behörden die Auseinandersetzung mit ihnen und förderte die Akzeptanz dieser Jugendlichen in der Bevölkerung. Diese Jugendlichen griffen Kritikpunkte auf wie fehlende Freizügigkeit, Privilegien („Leute werden für Arbeit bezahlt, die sie nicht machen"), Vorurteile gegen Außenseiter, Rechtswillkür statt persönlicher Freiheit. Die Hoffnung auf Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit richtete sich bei den rechtsextremistischen Jugendlichen nicht auf eine freiheitliche Demokratie, sondern auf die ebenfalls totalitäre Struktur einer rechtsgerichteten Diktatur, sofern man ihre Ideologismen überhaupt ernstnehmen kann [→ Expertise Roggemann].

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Weber:

„Absatz 1 sollte am Ende 1.2.2 eingefügt werden. Der nachfolgende Absatz ist hier entbehrlich; verwiesen sei auf die Texte der Anhörung."

Die Haltung der SED zu Juden und Jüdischen Gemeinden

An dieser Stelle ist eine kurze Anmerkung zur Haltung der SED gegenüber den Juden erforderlich. Das ganze Problem der Juden und Jüdischen Gemeinden konnte von der Enquete-Kommission aus Zeitgründen nicht erörtert werden. Es gehört zweifellos zu den wichtigen Desideraten der Forschung.

Die etwa 4 500 Überlebenden der Shoa, die in der SBZ 1946 lebten, waren schon frühzeitig neuen Repressionen ausgesetzt. Sie wurden als passive „Opfer des Faschismus" eingestuft und erhielten im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland in der Regel keine Entschädigung. In das „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer" konnten sie nur aufgenommen werden, wenn sie gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten.

Für die antijüdischen Maßnahmen der SED spielten zu Beginn der fünfziger Jahre insbesondere die Verdächtigungen Stalins eine Rolle, daß der Zionismus und die internationalen jüdischen Organisationen „Werkzeuge des amerikanischen Imperialismus" wären. Auch nach dem Tode Stalins bestimmte die Feindschaft gegen den Staat Israel, „die Speerspitze des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten", die Haltung gegenüber den Juden in der DDR, deren Gemeinden streng kontrolliert wurden. Juden konnten sich auch nicht politisch organisieren. Lediglich der „Verband der Jüdischen Gemeinden" war als religiöse Organisation offiziell zugelassen. Auch in diesem nahmen SED-Funktionäre Spitzenpositionen ein.

Die SED gewährte den Juden soziale Sicherheit, sofern sie auf ihre jüdische Identität verzichteten, die eigene Vergangenheit, die sozialen Traditionen verschwiegen und verleugneten sowie sich gegenüber den Verwandten und Freunden im Ausland, insbesondere in Israel, abschotteten [→ Bericht Maser].

Der Anteil jüdischer Menschen am Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde weitgehend verschwiegen. In der Präsentation der antifaschistischen Gedenkstätten erschienen Juden nur am Rande als beklagenswerte Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Die konspirative Durchdringung der Jüdischen Gemeinden durch das MfS ist bisher erst durch Einzelfälle bekannt. Hier besteht ebenso Forschungsbedarf wie bei der Aufarbeitung der Geschichte der Jüdischen Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung der einschlägigen SED-Direktiven.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Weber:

„Die Lage der Juden und der Jüdischen Gemeinden wie auch die SED-Politik gegenüber Juden und jüdischen Gemeinden in den verschiedenen Phasen der DDR verlangen eine differenzierte sorgfältige Untersuchung. Diese ist von der Enquete-Kommission nicht geleistet worden. Die vorliegende Textpassage zum Judentum ist ganz unzureichend, ihre Plazierung im Anschluß an die Passage über den Rechtsradikalismus läßt Sensibilität vermissen."

2. *Die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR*

2.1. *Mittel zur Formung der „sozialistischen Gesellschaft" und deren Wirksamkeit*

Die soziale und wirtschaftliche Umgestaltung folgte in der SBZ/DDR nur selten der Eigendynamik gesellschaftlicher Strukturveränderungen oder gar individueller Entscheidungen, sondern wurde staatlich-politisch gelenkt entsprechend den Zielvorstellungen der SED. Die dabei von der „führenden Partei der Arbeiter- und Bauernklasse" auf dem Weg zur Formung und weiteren Ausgestaltung der „sozialistischen" Gesellschaft eingesetzten Mittel konnten im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission nur punktuell untersucht und können auch an dieser Stelle nur skizziert werden:

1. Die „antifaschistischen" Enteignungen trafen im Sinne der konsequent umgesetzten Ideologie die Großindustrie, den Großgrundbesitz und die Bauern [→ I. Themenfeld]. Die soziale Schicht freier Bauern wurde aufgelöst und damit die gesamte Landwirtschaft zwangsweise kollektiviert.
2. Durch die zusätzliche, ebenfalls überwiegend erzwungene Überführung von Handwerksbetrieben, Kleinunternehmern und Selbständigen in Genossenschaften wurde das „Besitzbürgertum" aufgelöst.
3. Die Zerschlagung des „bürgerlich-faschistischen" Staatsapparates führte zur Entfernung der Eliten aus allen Bereichen der Verwaltung; sie traf keineswegs nur Anhänger des Nationalsozialismus, sondern zielte auf die bürgerliche Elite insgesamt (Entlassungen von Beamten, Lehrern, Hochschullehrern u. a. bzw. ideologische „Umerziehung").

Trotz der Auflösung des Besitzbürgertums war die DDR weit entfernt von einer „klassenlosen" Gesellschaft. Es gab weiterhin eine Unterschicht, die sich aus niedrig entlohnten Arbeitern und Angestellten, beruflich Benachteiligten aus politischen Gründen und aus Rentnern sowie Fürsorgeempfängern zusammensetzte. Die neue Mittelschicht bildeten die leitenden Kader in den Betrieben und Organisationen und – soweit möglich bzw. noch vorhanden – die Handwerker und wenigen Selbständigen [→ Expertisen Voigt, Schneider]. Zu dieser Schicht sind auch die Nomenklaturkader und andere höhere SED-

und Staatsfunktionäre einschließlich der Leiter von militärischen, wissenschaftlichen, kulturellen und sonstigen Institutionen zu zählen. Eine besondere Gruppe innnerhalb dieser Schicht war die „Intelligenz“. Sie hob sich durch ein breit gestaffeltes System der Zusatzversorgung und durch die Einbindung in die Staatshierarchie hervor, was sich in zunehmendem Maße auch in der Möglichkeit zur Selbstrekrutierung (Studienplätze für ihre Kinder) niederschlug [→ Expertisen Hanke, Voigt]. An der Spitze stand die kleine, herrschende Schicht der hohen Parteifunktionäre, die isoliert von der breiten Bevölkerung aber auch von niederrangigen Kadern und den anderen Funktionären lebte.

Die Elitenrekrutierung erfolgte durch Kaderauswahl nach den Kriterien Treue zur Partei, „sozialistisches Bewußtsein“, Durchsetzungsvermögen nach unten, Bildungsgrad, fachliche Leistung und soziale Herkunft [→ Expertisen Hanke, Schneider, Voigt]. Für alle, die politische Vorgaben und Erwartungen nicht erfüllten, gab es wirkungsvolle Mechanismen zur Karriere-Erschwernis bzw. Karriere-Verweigerung, angefangen von der Schule (Noten in den ideologieträchtigen Fächern) bis hin zur Einflußnahme durch das MfS auf die Auswahl der Kader.

Diese Schritte und Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft gaben der SED das entscheidende Machtmittel in die Hand, um Gesellschaft und Wirtschaft zentral zu gestalten und zu lenken.

Die so entstehende „sozialistische Gesellschaft“ neuen Typs zeichnete sich u. a. durch folgende Merkmale aus:

- Eine Arbeiter- und Angestellten-Gesellschaft, die zu 98 vH aus abhängig Beschäftigten zusammengesetzt war.
- Die statusmäßige, berufliche Integration der DDR-Bevölkerung wurde durch ein dichtes Netz von Organisationen verstärkt, die jeden Bürger mehrfach erfaßten und kontrollierten [→ I. Themenfeld; Bericht Michalk, Expertise Hanke].
- Möglichst auch alle privaten Lebensbereiche sollten durch Kollektive, die von der SED politisch direkt oder indirekt durchdrungen waren, kontrolliert werden. In den hierarchisch organisierten Kollektiven wurden die Organisationsmitglieder diszipliniert (u. a. durch Kritik und Selbstkritik; Aufnahme und Übergaberituale z. B. bei den Thälmannpionieren, der FDJ oder in sozialistischen Brigaden) und möglichst gleichgeschaltet.
- Andererseits besaßen Familie, Verwandtschaft und Freundeskreis für den einzelnen eine hohe Wertigkeit. Manch einer entwickelte ein gespaltenes Bewußtsein, ein widersprüchliches Dasein von Beruf und Privatleben.

Die Sozialpolitik wurde mit dem Anspruch auf universelle Lenkung der Gesellschaft betrieben. Sie zielte daher auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse insgesamt im Sinne einer Lenkung durch Versorgung und Privilegiengewährung ab [→ Expertise Hanke]:

- Die Bürokratie ermittelte den Bedarf und bestimmte die Verteilungskriterien. Diesen Zugriffen waren die „Werktätigen“ mehr oder weniger hilflos ausgeliefert.
- Die „Durchstaatlichung“ und Normierung der Gesellschaft erfolgte im sozialpolitischen Bereich durch die Wohnungsbaupolitik (Zuweisung der Wohnungen; niedrige Mieten auf Kosten von Sanierungsmaßnahmen; stereotyper Plattenbau einschließlich der notwendigen Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, HO- und Konsum-Läden und zentralen Gaststätten).

Das Ergebnis dieser Politik war der „versorgte Mensch“, der gewohnt war, daß für ihn entschieden wurde. Systemkonformes Verhalten und Arbeitsleistungen wurden abgestuft materiell und moralisch anerkannt (Auszeichnungen und Privilegien). Dem Repressionssystem entsprach also ein Belohnungssystem für systemtreues Verhalten. Die Mechanismen wirkten so stark, daß Aufbegehren in größerem Maße erst dann zu beobachten war, als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Staates und damit das Versorgungssystem gefährdet waren.

Die SED erreichte zeitweise durch ihr Wohlfahrtsprogramm einerseits und durch Angsterzeugung als Herrschaftsinstrument andererseits gesellschaftliche Akzeptanz. Es läßt sich jedoch nicht nachweisen, daß die „sozialistische Bewußtseinsbildung“ als Mobilisierungsstrategie in der Gesellschaft im Sinne der Ausbildung parteiideologisch erwünschter mentaler und sozialer Verhaltenweisen massenhaft legitimatorisch wirksam geworden wäre [→ Expertise Thomas]. Vielmehr löste bereits ab der Anfangsphase der „antifaschistisch-demokratischen“ Umwälzungen bei den Betroffenen das Erlebte ein Gefühl hilflosen Ausgeliefertseins aus. Diesem entzog man sich durch „Republikflucht“ oder durch den Rückzug in private Refugien. Das heißt: Wo das Eigenleben in den Kollektiven zu stark unterbunden wurde, wanderten die Menschen zumindest „innerlich“ aus der offiziellen Sphäre in einen Freiraum informeller Beziehungen aus (Rückzug in die Familie; Aufbau privater Beziehungsnetze) und suchten damit die Unzuträglichkeiten der vorgegebenen Wirklichkeit zu unterlaufen [→ Expertise Hanke]. Die Menschen leisteten dabei häufig erheblichen Einsatz für den aktiven Auf- und Ausbau einer Nische ihres Privatlebens (→ die „Datschen“ als Lebensmittelpunkt). Nur in den privaten Bereichen, die dem staatlichem Zugriff entzogen waren, konnten sich Flexibilität, Eigenständigkeit, Einfallsreichtum und Durchsetzungskraft entfalten.

Die Einengung eigenverantwortlicher Gestaltungsmöglichkeiten erzeugte teilweise ein starkes Autoritätssyndrom: Obrigkeitsdenken, Autoritarismus, Paternalismus, Staatsgläubigkeit, vor allem aber Unselbständigkeit, Versorgungsmentalität, mangelndes Selbstvertrauen gekoppelt mit der Bereitschaft zur Anpassung [→ Expertisen Thomas, Hanke]. Charakteristisch war ein „angepaßtes

Ausweichverhalten“. Es gab eine eigentümliche Mischung aus „symbolischer Mitwirkung und politischer Absenz“ [→ Expertise Thomas].

Der informelle Sektor des Privaten war also von größter Bedeutung als Entfaltungsraum für Initiativen, Einfallsreichtum, Selbständigkeit, Selbstwertgefühl, den Aufbau und die Pflege eines persönlichen Beziehungsgeflechts. Diese wichtigen sozialpsychologischen Eigenschaften blieben auf das private Leben des Einzelnen beschränkt, da es keinen öffentlichen Raum gab, in dem man gemeinsam gemäß den eigenen Überzeugungen hätte handeln können. Eine Ausnahme bildeten nur die Kirchen [→ V. Themenfeld].

Von den großen Umstrukturierungsprozessen wurde die Gesellschaft nur partiell erfaßt, da der private Bereich einschließlich des Miteinanders in der Arbeitswelt hiervon weitgehend unberührt blieb. So entstand jener eigentümliche scheinbare Widerspruch zwischen den Aktionen zentralstaatlicher Planung und den Beharrungstendenzen einer immobilen Gesellschaft in den informellen Kleinstrukturen.

Das gesamte Gebiet der direkten und indirekten Einflußnahme des SED-Staates auf die Bevölkerung bedarf dringend vertiefter Untersuchungen insbesondere zu folgenden Problemen:

- Enteignung als psychische Schädigung und volkswirtschaftliches Unrecht,
- psychische Gefahren des Versorgungsstaates,
- psychische Gefahren der Karrierenprogrammierung,
- Wirkungen des Lebens im informellen Sektor,
- vergleichende Untersuchungen zu den psychosozialen Auswirkungen freiheitlicher, demokratischer und totalitärer Systeme.

2.2. *Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber zur Gesellschaftspolitik der SED*

„Die Gesellschaftspolitik war ein zentrales Politikfeld der SED. In ihr manifestierte sich der Wille, die Gesellschaft nach Vorstellungen der herrschenden Partei zu gestalten, zugleich aber war sie auch Mittel zum Zweck, um das SED-System abzusichern. Sie gehört zweifellos zu den wirksamen „integrativen“ Faktoren des SED-Systems.

Die Enquete-Kommission hat diesen Themenbereich nicht näher ausgeleuchtet (hier liegt ein wesentliches Themenfeld für eine Fortsetzung der Arbeit). Von den wichtigen Aspekten der Gesellschaftspolitik sei hier lediglich der der Frauenpolitik etwas genauer angesprochen, obgleich auch er zu den von der Kommission nicht eingehender behandelten Fragen gehört [→ Abschnitt 3].

Hauptziel der SED-Gesellschaftspolitik war die Erreichung eines bisher in der Geschichte unbekannten Zustandes, dessen Eintritt jedoch vom Marxismus-Leninismus als historisch gesetzmäßig, also determiniert bezeichnet wurde: die klassenlose Gesellschaft des Kommunismus. Dabei handelte es sich gleichermaßen um eine konkrete Utopie, um eine quasi-religiöse Verheißung, um ein strategisches Fernziel wie um einen propagandistischen Rauchvorhang, hinter dem sich ein umfassender Repressionsapparat etablierte, der sich dann auch noch mit der Aufgabe rechtfertigte, diesen paradiesischen Endzustand herbeizukämpfen.

Die Expertise Thomas hat wichtige gesellschaftspolitische Problemfelder abgesteckt:

- ideologisch fixierte Konstitutionsprinzipien und Legitimationsmuster der SED-Gesellschaftspolitik in den verschiedenen Phasen
- Wechselwirkungen von Gesellschaftspolitik und Mentalitätsentwicklung
- die Frage des Generationswechsels
- lebensweltliche und psychosoziale sowie politische Konsequenzen der SED-Gesellschaftspolitik
- die Entwicklung von Wertorientierungen angesichts des Scheiterns der Ansprüche der SED-Politik.

Die Expertise Hanke behandelte u. a.

- das Spannungsverhältnis von Sozialstrukturentwicklung und Gesellschaftspolitik
- die Diskrepanz zwischen angestrebter sozialistischer und realer Lebensweise
- die gesellschaftlichen Probleme, die durch Entdifferenzierung und Abwanderung erzeugt wurden
- die von einer „paternalistischen“ Sozialpolitik geschaffenen Abhängigkeiten
- die Bedeutung informeller Beziehungen.

Beide Expertisen geben zusammen einen guten Überblick über den gegenwärtigen Diskussionsstand, der zu weiteren Forschungen innerhalb der angegebenen Themenfelder führen muß.

Zahlreiche bedeutsame, in ihrer Nachwirkung relevante Fragen sind bislang von der wissenschaftlichen Forschung ganz unzureichend behandelt worden. Dazu gehören:

- die Folgen der Entlassungen und Vertreibungen der alten Eliten nach Ende des Zweiten Weltkrieges und die Mechanismen neuer Rekrutierungsmuster in den einzelnen Phasen der DDR-Geschichte (alle Spielarten der Kaderpolitik, nicht nur im Hinblick auf die Nomenklaturkader A und B)
- die Aufhebung der tradierten deutschen, vom Nationalsozialismus nur kurz

unterbrochenen föderalistischen staatlichen und gesellschaftlichen Verfassung Deutschlands mit ihren stark-regionalistischen kulturellen Prägungen und ihr Ersatz durch einen hypertrophen Zentralismus

- die Folgen der Hypostasierung des Kollektivs auf allen gesellschaftlichen Ebenen für die SED, die gesamte Gesellschaft und den einzelnen
- die systematische Untersuchung des Wechselverhältnisses von fortgeltenden tradierten und von oktroyierten neuen Wertmustern und der Einfluß eventuell entstandener Wertkonglomerate auf bis heute praktizierte, den Vereinigungsprozeß fördernde bzw. ihn behindernde Verhaltensweisen
- die gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung gegenkultureller Orientierungen und die Herausbildung sogenannter Selbstentfaltungsmodelle (orientiert an der westdeutschen „Beziehungsgesellschaft“)
- Stadt-Land-Migrationen, Urbanisierungs- und Agrarisierungstendenzen, Stadtarchitektur und Wohnungsbau und ihre gesellschaftlichen Folgen
- die Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik im engeren Sinne, also Renten-, Behinderten- und Familienpolitik und ihre verschiedenen Phasen
- die Analyse der Widerstände, die einer zentral dramaturgisierten Gesellschaftspolitik aus informellen sozialen und kulturellen Milieus erwachsen
- Gesellschaftspolitik als Reaktion auf Einflüsse, die von außen auf die DDR wirkten und auf die die Einheitspartei reagieren mußte
- Gesellschaftspolitik unter Modernisierungszwang angesichts des stets propagierten „wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ bzw. der „wissenschaftlich-technischen Revolution“
- auch die Fragen, welche strukturellen und legitimatorischen Begrenzungen für eine Gesellschaftspolitik a priori gelten, die in einer Teil-Nation vollzogen werden soll.

Dieser Katalog der Desiderate ist nicht vollständig und stellt auch keine Prioritätenliste dar. Zu seiner Bearbeitung ist umfangreiche Forschungsarbeit – eine Vielzahl von Projekten – nötig. Es war nicht Aufgabe der Enquete-Kommission, diese Forschungsarbeit selbst zu leisten. Was ihr zu diesem Thema an Material vorgelegt wurde, läßt ein abschließendes Gesamturteil über 40 Jahre SED-Gesellschaftspolitik noch nicht zu.“

3. *Frauen- und Familienpolitik*

Vorbemerkung

Die SED verfolgte im Bereich der Frauen- und Familienpolitik, abgesehen von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, zwei Ziele: Die Integration der Frauen

in die Gesellschaft sollte durch die Berufstätigkeit geschehen, und dabei sollte sich die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau von selbst ergeben. Der gesellschaftspolitische Rahmen wurde in der SBZ/DDR daher so gestaltet, daß die Frauen in allen gesellschaftlichen Funktionen weitgehend gleichberechtigt hätten integriert werden können. Die Familie und ihre Bedeutung für den einzelnen trat dabei zurück.

3.1. *Gesellschaftspolitische und gesetzliche Grundlagen*

Seit ihrer Gründung hat sich die SED die traditionelle marxistisch-leninistische Auffassung zu eigen gemacht, daß die Emanzipation der Frau das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital und deshalb nur in der sozialistischen Gesellschaft möglich sei. Die Bemühungen der DDR um Berufstätigkeit von Frauen aus ideologischen Gründen korrespondierten mit dem Bestreben, möglichst viele Frauen für den Produktionsprozeß zu gewinnen. Neben den politisch-ideologischen und ökonomisch-pragmatischen Elementen umfaßte der Emanzipationsgedanke einen erzieherischen Aspekt. Die volle Entfaltung und Selbstverwirklichung der Persönlichkeit sei, so lehrte die Ideologie, nur im Prozeß der Arbeit und hier wiederum nur den im sozialistischen Kollektiv arbeitenden Menschen erreichbar.

Für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung war nach Auffassung der SED auch die Gleichberechtigung der Frau unerläßliche Voraussetzung. Damit einher ging die Ansicht, daß die Herstellung wirklicher Gleichberechtigung neben den oben genannten Voraussetzungen auch die ökonomische Unabhängigkeit vom Mann erfordere. Diese wiederum war nur durch die Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu sichern.

Bei der Forderung nach Verwirklichung der Gleichberechtigung knüpfte die DDR an die sozialistische Tradition an, wie sie etwa in dem bedeutenden Werk „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel entworfen wurde, das auch in der DDR große Verbreitung und Propagierung erfuhr.

Formal-juristisch war in der DDR die Gleichberechtigung der Frau umfassend verwirklicht. In der Verfassung von 1949 wurde die volle rechtliche, ökonomische und politische Gleichstellung der Frau, ihre Gleichberechtigung auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens – insbesondere im Arbeits- und Familienrecht – prinzipiell gesichert.

Alle der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehenden oder dieselbe beeinträchtigenden gesetzlichen Bestimmungen wurden aufgehoben. So nimmt Artikel 20 Abs. 2 der Verfassung von 1968 die bereits in Artikel 7 Abs. 1 der ersten Verfassung der DDR enthaltenen Bestimmungen über die Gleichberechtigung der Frau in erweiterter Form auf: „Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen,

staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe."

Dieser verfassungsmäßigen Festschreibung vorausgegangen waren mehrere Beschlüsse und Regelungen, die das Ziel hatten, die Frauen nicht nur eine gleichberechtigte Stellung, sondern auch einen gleichwertigen Platz neben den Männern in der zunehmend technisierten Produktion einnehmen zu lassen.

Im sogenannten Frauen-Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 23. Dezember 1961 wurde die unzureichende Durchsetzung frauenpolitischer Ziele hinsichtlich ihrer Rolle und Stellung in der sich verändernden Gesellschaft artikuliert sowie eine gezielte Anhebung des Qualifizierungsniveaus, eine verstärkte Heranziehung für naturwissenschaftlich-technische Berufe und eine stärkere Vorbereitung für Leitungsfunktionen festgelegt (Beschluß über die Aufgaben der Staatsorgane zur Förderung der Frauen und Mädchen in Durchführung des Kommuniqué s des Politbüros des ZK der SED von 1961). Das Frauenkommuniqué wurde die Richtschnur künftiger Beschlüsse in den Bereichen Familie, Arbeit und Bildung.

Um den Belangen der Frauen entgegenzukommen und eine Erhöhung der Geburtenrate zu erreichen, wurden familienfreundliche Sozialprogramme aufgelegt. Das Gesetzbuch der Arbeit von 1961 (GBA) und das Arbeitsgesetzbuch (AGB) von 1977 bauten die besonderen Rechte der berufstätigen Frauen und Mütter aus:

- Einrichtung von Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorten, betrieblichen Verkaufsstellen und Wäschereien
- arbeitszeitliche Sonderregelungen und Kündigungsschutz für Schwangere
- Arbeitsfreistellung bis zum Ende des ersten bzw. – im Falle der Nichtbereitstellung eines Krippenplatzes – dritten Lebensjahres des Kindes bei teilweiser Zahlung von Mütterunterstützung
- Gewährung einer 40-Stunden-Arbeitswoche und von Hausarbeitstagen
- Eheschließungskredite mit der Möglichkeit, Rückzahlungsraten bei der Geburt von Kindern erlassen zu bekommen bis hin zur völligen Streichung der Kreditsumme
- ab 1979 Verlängerung des Grundurlaubs für Mütter mit mindestens zwei Kindern unter sechzehn Jahren
- Förderung studierender Mütter, etc.

Es gab detaillierte Weiterbildungsmaßnahmen für die weiblichen Beschäftigten in Frauen-Förderplänen und es wurden Frauenausschüsse gebildet.

Anspruch und Realität gerieten jedoch ständig in Widerspruch zueinander. Es mußten zum einen politisch-administrative Entscheidungen getroffen werden,

die mit staatlicher Förderung und Unterstützung den berufstätigen Frauen entgegenkamen.

Zum anderen mußte jedoch ein gesellschaftlich-emanzipatorischer Diskurs stattfinden, um das tradierte Männerbild zu ändern. Ein solcher Diskurs fand in der DDR über Jahrzehnte nicht statt. Die offiziellen Verlautbarungen seitens der SED-Spitze waren nicht das Ergebnis eines gesellschaftlichen Konsens, sondern die Zielprojektion eines in der gesellschaftlichen Realität nicht existierenden Idealbildes [→ Expertise Helwig].

3.2. *Frauen im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf*

Marx und Engels hatten die Aufhebung von Ehe und Familie gefordert. Lenin folgerte daraus, daß die berufliche Emanzipation der Frauen parallel zu einer generellen Entlastung von Familienpflichten verlaufen müsse. Die Hausarbeit sollte „industrialisiert", die Kindererziehung „vergemeinschaftet" werden. In keinem sozialistischen Land, auch nicht in der SBZ/DDR, konnten diese Vorstellungen voll verwirklicht werden, Ansätze zur Verwirklichung dieser Konzeption lassen sich aber in sozialistischen Ländern durchaus finden, wenn auch die ideologische Konzeption oft von arbeits- und bevölkerungspolitischen Zielsetzungen und Notwendigkeiten durchkreuzt wurden [→ Expertise Helwig].

Das Familiengesetzbuch der DDR (FBG) von 1965 erkennt Ehe und Familie als „kleinste Zelle der Gesellschaft" an, verpflichtet aber auch die Ehegatten dazu, „ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten, daß beide das Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können" [→ Expertise Helwig]. Daraus ergab sich die Forderung nach voller Berufstätigkeit der Frau. Der Verzicht darauf wurde mit dem negativen Signum des „Bewußtseinsrückstandes" versehen. Selbst Müttern mit Kleinkindern wurde prinzipiell mit Blick auf die Wochen- und Tages-Kinderkrippen keine Sonderstellung eingeräumt [→ Expertise Helwig].

Die Mobilisierung der Frauen für die Berufsarbeit entsprang in der SBZ/DDR von Anfang an neben den ideologischen Vorgaben auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Sie ergaben sich anfänglich aus den Kriegsfolgen, dann aus der wirtschaftlich schlechten Situation in der DDR. Die Übernahme einer Arbeit war für die meisten Frauen tatsächlich nicht eine Frage des Strebens nach emanzipatorischer Einordnung in den „gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß" oder nach Gleichberechtigung, sondern des ökonomischen Zwanges für jede einzelne. Hierin war die Ausgangslage in Ost und West nach dem Krieg zunächst ähnlich. Während der Beschäftigungsgrad der Frauen im Westen jedoch schon bald nach der Normalisierung der Verhältnisse rückläufig tendierte, war er im Osten aus den genannten Gründen ständig steigend [→ Expertise Helwig]. 1989 befanden sich 91,3 vH aller Frauen

im arbeitsfähigen Alter entweder in einem Arbeitsverhältnis oder in der Ausbildung.

Die einseitige Zuschreibung der Familienrolle an die Frauen – allerdings zusätzlich zur Erwerbsarbeit – blieb bestehen. Das schlug sich u. a. darin nieder, daß im Arbeits- wie im Sozialrecht Familienpflichten stets bei Müttern, nicht bei Vätern, berücksichtigt wurden. Nur in Ausnahmefällen bezog die betriebliche Praxis auch Väter in solche Rücksichtnahmen ein.

Die Durchsetzung der vollen Berufstätigkeit der Frauen geschah also weitgehend unter Beibehaltung der tradierten arbeitsteiligen Lebensform in den Familien. Rund 80 vH der häuslichen Pflichten blieben den Frauen überlassen. Für die zur Berufstätigkeit verpflichteten Frauen ergab sich daraus eine Doppel- und Dreifachbelastung, die nach Entlastung streben ließ:

– immer mehr verheiratete Frauen und Mütter gingen von einer Vollbeschäftigung zur Teilzeitarbeit über,
– die Geburtenrate sank rapide,
– die Zahl der Ehescheidungen nahm kontinuierlich zu.

1970 waren zwar 80,7 vH der Ehefrauen berufstätig, jedoch davon nur 52,2 vH vollbeschäftigt. Die SED mußte wenige Jahre nach Inkrafttreten des Familiengesetzbuches zur Kenntnis nehmen, daß ein erheblicher Abstand zwischen dem sozialistischen Leitbild und der Wirklichkeit bestand.

Die Folge war ein vehementer Kampf der SED gegen die Teilzeitarbeit. Die Frauen mußten „unwiderlegbare Gründe“ angeben, um verkürzt arbeiten zu dürfen. Die Propaganda für sozialistische Familienbeziehungen wurde verstärkt: Die Frau dürfe nicht, um den wachsenden Erwartungen und Anforderungen beider Lebensbereiche gemäß ihr Leben gestalten zu können, auf Teilzeitbeschäftigung ausweichen oder verantwortungsvolle Funktionen ablehnen oder auf mehrere Kinder verzichten. Die Drei-Kinder-Familie als gesellschaftliche Norm wurde propagiert.

Folgt man der Theorie, daß sich in Industriestaaten der Erfolg der Familienpolitik in der Bevölkerungsentwicklung niederschlägt, dann muß der DDR ein gewisser Erfolg ihrer Familienpolitik bescheinigt werden. Eheschließungen und Geburtenentwicklung verliefen seit den siebziger Jahren steigend. Diese Entwicklung hing ursächlich mit den gezielten familienfördernden Maßnahmen zusammen.

Trotz all dieser Bemühungen, die Eheschließung und Familiengründung zu fördern, nahm die DDR aber bei der Scheidungsrate eine Spitzenposition ein. Dafür waren u. a. die folgenden Gründe ausschlaggebend:

– zu jung und zu schnell geschlossene Ehen (Eheschließungskredite waren altersmäßig begrenzt!),
– fehlender eigener Wohnraum,

– mangelnde partnerschaftliche Zusammenarbeit und

– wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen.

Die Zahl alleinlebender und in nichtehelicher Gemeinschaft lebender Frauen nahm ständig zu. Auch die Zahl der außerehelich geborenen Kinder lag mit 33,8 vH (1985) außerordentlich hoch.

Obwohl einige Teilerfolge bei den Bemühungen der DDR-Gesellschaft, die Gleichberechtigung der Frauen in der Familie zu erreichen und damit eine günstigere Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen, verzeichnet werden konnten, blieben große Defizite, die sich vor allem in der erheblichen Mehrbelastung berufstätiger Mütter niederschlugen.

Auch haben die finanziellen Zuwendungen keinesfalls ein stabiles Fortbestehen der positiven Einstellung zu Kindern in der Gesellschaft bewirkt. Dem kurzfristigen Erfolg familienpolitischer, vor allem finanzieller Maßnahmen, folgte immer wieder die Phase der Stagnation, so daß auch dadurch die Bevölkerungszahl in der DDR ständig abnahm [→ Expertise Helwig].

Die Frage, inwieweit diese Realität die Interessen der Kinder berücksichtigte, muß immer wieder neu gestellt und durchdacht werden. Dazu gehört vor allem auch die Frage, ob psychosoziale Folgen durch die außerfamiliäre Erziehung der Kleinkinder eingetreten sind. Eine Längsschnittuntersuchung aus dem Jahr 1963 ergab, „. . . daß die durchschnittliche neuropsychische Entwicklung der Kinder im allgemeinen um so günstiger ist, je enger sie mit dem Alltag der Erwachsenen verbunden sind und durch die Beobachtung und den Umgang mit den Erwachsenen während deren Tätigkeit lernen können. Deshalb stehen die . . . überprüften Familienkinder in fast allen Seiten der Entwicklung an der Spitze. Ihnen am nächsten stehen Kinder aus den Tageskrippen, im Abstand folgen dann die Kinder aus den Wochenkrippen." [→ Expertise Helwig]

Ungeachtet vielfältiger gesetzlicher Grundlagen und Bestimmungen bleibt festzustellen, daß der Lebensalltag der Frauen in der DDR hinter dem politisch-ideologisch formulierten Anspruch weit zurück blieb.

Bis zum Ende der DDR blieb die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung allen sozialistischen Programmreden und Zwängen zum Trotz bei der Meinung, daß Mütter zeitweise bzw. „wenn die Kinder klein sind" beruflich zurückstecken sollten. Das meinten 1980 62 vH der Frauen und 69 vH der Männer. Nur 3 vH der Frauen und nur 1 vH der Männer meinten, die Väter sollten zeitweise beruflich zurückstecken. Bedeutung und Anspruchsniveau des Berufs wurde also deutlich dem familiären Bereich nachgeordnet [→ Expertise Helwig].

3.3. *Frauen in Ausbildung und Beruf*

Das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem von 1965 garantierte den Frauen und Mädchen gleiche Ausbildungsmöglichkeiten und den gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungsinstitutionen. In den Schulen wurden Mädchen und Jungen gemeinsam und nach einheitlichen Lehrplänen (abgesehen von Sport) unterrichtet. Detaillierte Weiterbildungsmaßnahmen für die weiblichen Beschäftigten in Frauen-Förderplänen (Bestandteil der Betriebskollektivverträge BKV) und die Bildung von Frauenausschüssen unterstützten, allerdings weniger erfolgreich, die Weiterqualifizierungsbemühungen.

Das Ergebnis der Qualifizierungsbemühungen bei Frauen war positiv. Hatten noch zu Beginn der siebziger Jahre nur ca. 50 vH der beschäftigten Frauen einen Berufsabschluß, waren es 1986 81,5 vH. Seit den siebziger Jahren waren jeweils etwa 50 vH aller Abiturienten und Studierenden weiblich. Der Anteil weiblicher Studierender war ständig steigend. In einzelnen Studienrichtungen wie Humanmedizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Pädagogik waren sie stark überrepräsentiert. In den naturwissenschaftlichen Disziplinen behaupteten sie sich mit einem Anteil von ca. 45 vH. Bei den Qualifizierungsabschlüssen für spätere Führungspositionen, etwa bei Promotionen und Habilitationen, war der Frauenanteil allerdings ähnlich gering wie im Westen.

Der hohe Grad der Erwerbstätigkeit der Frauen galt der SED als Nachweis der vollzogenen Gleichberechtigung. Bei näherem Hinsehen zeigten sich jedoch erhebliche Benachteiligungen von Frauen.

1985 wurde in einem Bericht der DDR-Regierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen behauptet, daß rund ein Drittel aller Leiter in der sozialistischen Wirtschaft Frauen seien. Der Verzicht auf die Aufschlüsselung nach Leitungsebene ließ allerdings den Schluß zu, daß die tatsächliche Situation anders war.

Legt man die Qualifizierungsmuster von Facharbeitern, Meistern, „Fachschulkadern“ (mit Fachschulabschluß), „Hochschulkadern“ zugrunde, dann waren 1986 Frauen im Meisterbereich mit 12,4 vH am geringsten, als „Fachschulkader“ mit 61,8 vH am stärksten vertreten, bei den Facharbeitern lag ihr Anteil bei 48 vH. Unter den Hochschulkadern gab es insgesamt 38,2 vH Frauen, jedoch betrug der Prozentsatz bei den Professoren nur 5 vH.

1987 wurde in der medizinischen Fachzeitschrift „humanitas“ moniert, daß bei einem Anteil weiblicher Mediziner von über 50 vH nur 1,9 vH der Kreisärzte Frauen waren. 1989 war der DDR-Frauenzeitschrift „Für Dich“ zu entnehmen, daß es in der gesamten DDR-Industrie nur vier weibliche Generaldirektoren gab.

Die Begründung dafür läßt sich aus einer unveröffentlichten Studie des DDR-Instituts für Berufsbildung entnehmen. Die Betriebe begründeten die

Bevorzugung männlicher Mitarbeiter für bestimmte Bereiche und für Führungspositionen vorrangig damit, daß die Ausfallquote und die Fluktuationsrate bei Frauen wesentlich höher lägen als bei Männern. 1987 kritisierte die Zeitschrift „Für Dich“ auffallend sarkastisch, daß auch gut ausgebildete Frauen wegen biologisch begründeter Störanfälligkeit namentlich für leitende Positionen offenbar generell weniger geeignet erschienen als „babymäßig nicht störanfällige“ männliche Kollegen [→ Expertise Helwig]. Die notwendigen und familienpolitisch sinnvollen sozialen Hilfsmaßnahmen erwiesen sich also gelegentlich als Hemmnis für die Verwirklichung der beruflichen Gleichstellung der Frau und verstärkten die Tendenz zur Ausgrenzung der Frauen aus attraktiven beruflichen und gesellschaftlichen Positionen.

Die Folgen ungleicher beruflicher Aufstiegschancen lassen sich in der beruflichen Pyramide erkennen: Ende der achtziger Jahre stellten Frauen ca. 75 vH jener Vollbeschäftigten in der DDR, die 600 bis 700 DDR-Mark verdienten. Ihr Anteil an den höchsten Gehaltsstufen 1 500 bis 1 700 DDR-Mark und darüber betrug nur 17 vH bzw. 15,7 vH. Eine bittere Konsequenz daraus war die verbreitete „weibliche Altersarmut“. 1989 erhielten 92 von 100 Frauen eine Altersrente von unter 500 DDR-Mark und die Bezieher von Mindestrenten (zuletzt 330 DDR-Mark) waren fast ausschließlich Frauen.

Obwohl der Staat die meisten Berufe für Mädchen und Frauen geöffnet hatte und für Frauen in „Männerberufen“ warb, zeigte sich schon bei der Berufswahl letztendlich ein tradiertes Rollenverständnis [→ Expertise Helwig].

Der DDR ist die volle Integration der Frauen in das Berufsleben quantitativ gelungen, qualitativ blieb sie hinter ihren propagierten Zielen zurück. Trotz der aufgezeigten Diskrepanzen kann aber behauptet werden, daß die Berufstätigkeit der Frauen ein fester Bestandteil ihrer Lebensplanung und ihres Selbstverständnisses war.

3.4. *Frauen in Gesellschaft und Politik*

Die von der SED geforderte gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben war besonders groß in jenen gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen und Gremien, die primär einen repräsentativen Charakter hatten oder lediglich eine beratende Funktion ausübten. Die umfangreiche Einbeziehung der Frauen in die Volksvertretungen der DDR war ideologisch motiviert, da sie wegen deren verfassungsrechtlichen Primats als Beweis weiblicher Mitbestimmung in der Politik galt.

Der Frauenanteil betrug:

- bei der SED 35 vH
- bei der CDU 46 vH
- bei der NDPD 34 vH

- bei der LDPD 32 vH
- bei der DBD 32 vH
- in der Volkskammer 31,2 vH
- in den Bezirkstagen 31,2 vH
- in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen 42,6 vH
- in den Gemeindevertretungen 36,8 vH.

In den politischen Entscheidungsorganen und Entscheidungsfunktionen von Partei und Staat, in denen ein hoher weiblicher Anteil wirksame Gleichberechtigung hätte bedeuten können, waren die Frauen hingegen weder ihrem Mitgliederanteil in den Parteien – namentlich der SED – noch ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entsprechend vertreten:

- im Politbüro, dem obersten Führungszirkel der SED, gab es nie eine Frau,
- unter den nicht stimmberechtigten Kandidaten des Politbüros waren zwei Frauen,
- im Sekretariat des ZK gab es eine Frau,
- unter den ersten Sekretären der fünfzehn SED-Bezirksleitungen war eine Frau (1988 im Bezirk Frankfurt/Oder),
- dem Staatsrat gehörten sieben Frauen an und
- dem Ministerrat nur zwei Frauen (Hilde Benjamin und Margot Honecker).

Der FDGB war mit einem Anteil von 52,6 vH weiblicher Mitglieder (fünf Millionen) die größte „Frauenorganisation“ der DDR. Auch hier waren die Frauen nur auf unterster Ebene (Vertrauensleute, Orts- und Kreisgewerkschaftsleitungen) entsprechend ihrem Mitgliederanteil vertreten. Unter den Bezirksvorsitzenden befand sich eine Frau.

Die einzige zugelassene Frauenorganisation der DDR, der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), war eine von der SED gesteuerte Einheitsorganisation der Frauen. Ihr gehörten 1,5 Millionen Frauen an. Der DFD war eine Massenorganisation, die bei den Wahlen auf allen Ebenen Kandidatinnen für die Volksvertretungen auf den Einheitslisten der Nationalen Front der DDR nominierte und in den Volksvertretungen eigene Fraktionen bilden durfte. Der DFD-Fraktion der Volkskammer gehörten 35 Frauen an (ab 1986 32). Der DFD war aber trotz dieser Repräsentanz nicht in der Lage, frauenpolitische Anliegen durchzusetzen.

Stellt man die drei Bereiche Arbeitswelt, Familie und Politik gegenüber, so zeigt sich deutlich, daß die Gleichberechtigung der Frauen auf dem Feld der Politik am wenigsten durchgesetzt war. Die mangelnde Repräsentanz der Frauen in den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsgremien wurde in der DDR nur selten öffentlich thematisiert. Zwar lassen sich in den Ansprachen der Funktionäre ständig Hinweise darauf finden, daß der

Zustand noch nicht befriedigen kann, ein ernsthaftes Bemühen hingegen, diesen Mißstand wirksam zu ändern, war nie feststellbar.

Als besonders hinderlich wirkte es sich aus, daß es in der DDR keine unabhängige Frauenbewegung gab, die diese Mißstände hätte aufgreifen können. Erste verändernde Ansätze lassen sich über die Frauengruppen in den Kirchen und der Friedensbewegung und bei einigen Wissenschaftlerinnen in den achtziger Jahren wahrnehmen.

3.5. *Nachwirkungen*

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems in der DDR und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern hatte die Veränderung der Arbeitsmarktsituation besonders negative Folgen für die Frauen. Die systembedingt hohe Erwerbstätigkeitsquote von Frauen (über 90 vH) sank bereits bis April 1991 auf 77 vH (bei Männern auf 86 vH). Personelle Überbesetzungen und verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR wurden also sehr bald sichtbar.

Bis 1992 schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze für Frauen auf knapp zwei Drittel des Standes von 1990. 1993 lag die Arbeitslosenquote von Frauen mit 22 vH in den neuen Bundesländern doppelt so hoch wie die der Männer (11 vH). Dabei wird insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit (gegenwärtig knapp die Hälfte der Frauen über ein Jahr) zu einem besonderen Problem der Frauen. Diese Entwicklung ist trotz der finanziellen Absicherung durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe für viele Betroffene nicht leicht zu verkraften – blieb doch der Wunsch zur Berufstätigkeit bei den Frauen in den neuen Bundesländern sehr hoch. Von den zur Zeit nicht berufstätigen Frauen wollen ca. 60 vH, sobald sie eine Stelle finden, wieder arbeiten. Bezeichnenderweise sind 40 vH davon an Teilzeitarbeit interessiert, so daß sich diese Möglichkeit besserer Vereinbarkeit von Familien- und Berufstätigkeit, die in der DDR aus ideologischen Gründen verpönt war, erneut als angemessen und politisch erstrebenswert erweist. Es bleibt die Erwartung, daß mit der Neustrukturierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern auch die Beschäftigungsquote der Frauen angemessen verbessert wird. Frauen dürfen nicht in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht die Verliererinnen der deutschen Einheit werden.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Weber:

„Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit der Frauen (April 1994: 775 000; 10 vH höher als April 1993) liegt nicht nur – wie häufig behauptet wird – an der systembedingten hohen Erwerbsquote von Frauen in der ehemaligen DDR. Vielmehr ist für die überproportional hohe Arbeitslosigkeit der Frauen entscheidend, daß sich in den neuen Bundesländern sehr schnell die Muster einer problematischen, westlichen Beschäftigungsstruktur durchgesetzt

haben. Das heißt Frauen unterliegen nun auch bei den Neueinstellungen vielfach geschlechtsspezifischer Diskriminierung, obwohl ihr Qualifizierungsgrad sich nicht von dem der Männer unterscheidet. Hierzu kommt die Umstrukturierung innerhalb des Arbeitsmarktes. Bisher frauentypische Branchen werden Mischbranchen (Handel, Banken, Versicherungen), Mischbranchen werden zu tendenziell männerdominierten Branchen (verarbeitendes Gewerbe), männerdominierte Branchen zu reinen Männerbranchen (Bau, Metall, Elektro). Ein Hierarchiegefälle zugunsten der Männer bestand zwar auch in der ehemaligen DDR, jedoch waren die Frauen weitgehend wirtschaftlich unabhängig. Diese Unabhängigkeit gehörte zu ihrem Selbstverständnis und war Bestandteil ihrer persönlichen Lebensplanung.

Die Vereinigung von Ost und West wäre eine Chance gewesen, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben. Diese Chance wurde nicht genutzt."

3.6. *Forschungsdesiderate*

Viele Forschungsthemen in diesem Bereich sind nicht allein DDR-spezifisch, müssen aber unter den besonderen Bedingungen in der DDR untersucht werden:

- Überbeschäftigung in der DDR als Grund für die erhöhte Arbeitslosigkeit von Frauen nach der Wende
- Langzeit-Auswirkungen der Wochen- und Tageskrippenbetreuung
- Ursachen für die unterschwellige Frauen-Diskriminierung in Beruf und Politik
- Situation der Rentnerinnen
- Wohnungsproblematik hinsichtlich Bestand der Ehen, Familienleben
- Frauenanteil in bestimmten akademischen Fachrichtungen.

4. *Stellenwert und Mißbrauch von Erziehung und Bildung*

4.1. *Bedeutung von Erziehung und Bildung für die SED*

Aufgrund der beherrschenden Rolle der SED in der Gesellschaft der DDR wurden auch Bildung und Erziehung inhaltlich und strukturell von der Partei gesteuert und geleitet. Politische und ideologische Entscheidungskriterien waren dabei ausschlaggebend. In diesem Sinne war das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR für die Heranwachsenden fremdbestimmt und wurde von „oben" her ausgerichtet. Erziehung stand an erster Stelle, auch wenn ständig die „Einheit von Bildung und Erziehung" verkündet wurde. Sie wurde als Anliegen der ganzen Gesellschaft für alle Altersstufen betrachtet.

Bildung war demgegenüber etwas Spezifischeres. Die Partei erhob den Anspruch, allein zu wissen, wohin die Menschen erzogen werden müßten. In diesem Sinne war Erziehung in der DDR vor allem Bevormundung.

Ziel war die Erziehung zur Konformität. Anspruch und Erziehungspraxis verhielten sich, wie in anderen Bereichen der DDR-Gesellschaft auch, widersprüchlich zueinander. Auf der Grundlage eines primär an äußeren, gesellschaftlichen Faktoren orientierten Menschenbildes glaubte man, mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Ideologie „sozialistische Persönlichkeiten" formen zu können, die den Ansprüchen an die neue Gesellschaft genügten. Die Praxis war demgegenüber viel differenzierter und reichte von der Indoktrination bis zum Unterlaufen der Vorgaben oder sogar bis zum „elastischen Widerstand".

Im Zentrum der Erziehung stand die ideologische Beeinflussung, die Ausrichtung auf Anpassung. Diese Beeinflussung begann im Kindergarten und erstreckte sich auf alle Bildungseinrichtungen und alle Formen der Berufsausübung in staatlichen Institutionen bis zum Rentenalter [→ Expertise Margedant, Protokoll Nr. 32].

Die fachliche Bildung hatte immer einen hohen Stellenwert, besonders im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich. Dies wurde von der Partei im ökonomischen Wettlauf mit dem Kapitalismus auf dem Gebiet der Produktivkräfte mit dem Erfordernis begründet, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die schließlich den Ausschlag geben und die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung beweisen werde.

In den ersten Jahren der SBZ/DDR war die „Brechung des Bildungsmonopols der bürgerlichen Schichten" ein energisch proklamiertes aber nicht immer durchsetzbares Ziel. Die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern für weiterführende Bildungseinrichtungen stand im Vordergrund. In den späteren Jahrzehnten lag der Akzent stärker als am Anfang auf der politischen Anpassung [→ Expertise Fischer].

Die Ausrichtung auf das sowjetische Vorbild und die kontinuierliche Aufforderung an die Lehrer und Erzieher, sich an der Sowjetpädagogik zu orientieren, sollte gewährleisten, daß „bürgerliche Einflüsse" ausgeschaltet wurden. In welchem Maße sowjetische Vorstellungen tatsächlich wirksam wurden, bedarf noch genauerer Untersuchung.

4.2. *Ausgestaltung des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems"*

Es kann an dieser Stelle nur auf einige Aspekte des Themas eingegangen werden. Im übrigen sei auf die Anhörungen und Expertisen verwiesen. Auf- und Ausbau des Bildungswesens in der SBZ/DDR sind außerdem in der einschlägigen Literatur detailliert behandelt.

In allen Ländern der SBZ wurde 1946 das gegliederte Schulsystem abgeschafft und durch das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" eine

achtjährige, gemeinsame Schule für alle Kinder eingeführt. Erstmals gab es damit in einem Teil Deutschlands eine achtjährige (Grund-)Schule für alle Kinder.

Nach der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ erfolgte die Ideologisierung des Bildungswesens in Anlehnung an das sowjetische Vorbild (Einführung als marxistisch-leninistisch bezeichneter Lehrpläne; Russisch als einziger Fremdsprache ab der 5. Klasse; Kampagnen zum Studium der sowjetischen Pädagogik mit obligatorischer Weiterbildung). Dieser Prozeß fand seinen Abschluß mit dem „einheitlichen sozialistischen Bildungssystem“, das entscheidend zur „Entdifferenzierung der Gesellschaft“ beitrug.

Es wurde mit einem entsprechenden Gesetz 1965 [→ Expertise Margedant] eingeführt. Seit diesem Zeitpunkt gab es die Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule (POS, bis zur 10. Klasse) und die Erweiterte Oberschule (EOS, 11. und 12. Klasse). Bereits 1959 war die zehnklassige Schule zur Pflichtschule gemacht worden. Erst ab 1983 war die EOS von der POS völlig getrennt, d. h. es entschied sich erst in der 10. Klasse, wer die Erweiterte Oberschule besuchen durfte.

Die erzieherische und ideologische Einflußnahme wurde durch formulierte Programme und Aufgabenstellungen in den Erziehungs- und Bildungsplänen der Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Fachschulen, Universitäten) festgeschrieben, die von der Partei weitgehend festgelegt wurden. Die Bildung diente außerdem der zunehmend politisch ausgerichteten Auswahl geeigneter „Kader“ für höhere Positionen in Partei und Staat.

Bis in die sechziger Jahre herrschte in der DDR-Pädagogik die ideologisch begründete Vorstellung, allein die gesellschaftlichen Verhältnisse seien pädagogisch wirksam. Man glaubte, durch deren Gestaltung jede pädagogische – und auch politisch-ideologische – Wirkung erzielen zu können. Ungeachtet der Vereinheitlichungsbemühungen in der Erziehung und Bildung wurden aber bald Differenzierungen in der Förderung von Begabungen notwendig. Spezialschulen mit den Schwerpunkten Mathematik oder Fremdsprachen (vor allem Russisch) oder Musikschulen förderten besonders Begabte. Begabtenförderung wurde auch noch auf andere Weise betrieben, so durch die Einbindung naturwissenschaftlich interessierter und begabter Schüler höherer Klassen in Fördergruppen an den Universitäten oder durch Mathematik- und Russisch-Olympiaden. Es gab auch spezielle Kinder- und Jugendsportschulen. Wie schwer es aber war, Differenzierungen in der Volksbildung durchzusetzen, zeigt sich an der Tatsache, daß es bis zuletzt trotz mannigfacher Bemühungen von Pädagogen nicht möglich war, die Regelung, die Schüler für die zum Abitur führende EOS erst in der 10. Klasse auszuwählen, wieder rückgängig zu machen. Diese Regelung hatte politisch-ideologische Gründe. Die SED hoffte, die Jugendlichen zu stärkerem Entgegenkommen in politischen Entscheidungssituationen (z. B. bei der Auswahl von Offiziersbewerbern) bewegen zu

können, wenn die Auswahl, wer zur EOS zugelassen wurde, spät getroffen wurde.

4.3. *Ausgewählte Problembereiche*

Obschon Erziehung und Bildung bei der Behandlung der DDR-Vergangenheit als zentrale Themen betrachtet werden müssen, hat die Enquete-Kommission diesen Themenbereich nur knapp bearbeiten können. Dementsprechend sollen hier nur einige Problembereiche behandelt werden, die aus Sicht der Kommission jedoch charakteristisch für die DDR-Gesellschaft waren.

Verbindung zu praktischer Arbeit

In den allgemeinbildenden Schulen wurde besonderer Wert auf die Verbindung zu praktischer Tätigkeit gelegt. Praktische Fertigkeiten sollten im Polytechnischen Unterricht angeeignet werden. Daneben gab es das Unterrichtsfach „Einführung in die sozialistische Produktion“. Die Beziehungen zur „materiellen Produktion und ihrem Träger, der Arbeiterklasse“ sollten durch den Unterrichtstag in der Produktion und durch Patenschaften zwischen Produktionsbrigaden und Schulklassen hergestellt werden. Die SED verband damit auch die Absicht, durch Arbeit in Produktionsbetrieben die Einpassung in gesellschaftliche Strukturen zu befördern. Jedoch wirkte die unmittelbare Anschauung der Arbeitsbedingungen in den Produktionsbetrieben und der Lebensbedingungen der Arbeiter auf die Schüler über den üblichen „Praxisschock“ hinaus oft desillusionierend.

Ideologische Erziehung in Staatsbürgerkunde und Geschichte

Die von der SED propagierten sozialistischen Überzeugungen sollten im Geschichtsunterricht historisch begründet werden und wesentlich zum obersten Erziehungsziel der Formung „sozialistischer Persönlichkeiten“ beitragen, was auf die Erziehung zum parteitreuen gläubigen Verhalten hinauslief. Im Interesse der Politik der SED wurde der Unterricht instrumentalisiert; er reagierte inhaltlich und methodisch-didaktisch auf Veränderungen der Geschichtswissenschaft, der Pädagogik und der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der DDR, die von der SED diktiert wurden. Die ideologische Einflußnahme auf den Unterricht reichte bis in die Gestaltung der einzelnen Unterrichtsstunden. Entsprechend wurden Unterrichtsziele formuliert, wie „sozialistischer Patriotismus“, Hervorhebung der „fortschrittlichen und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes“ und seiner großen historischen Persönlichkeiten. Der Akzent wurde zunehmend auf die nationale Geschichte und die Parteinahme für die „historische Mission der Arbeiterklasse“, d. h. die Führung der SED, gelegt.

Die erhoffte Effektivität der politisch-ideologischen Erziehung konnte nicht im erwünschten Maße erreicht werden. Deshalb verstärkte die SED vor allem in den achtziger Jahren ihre Bemühungen, bewußtseinsprägend zu wirken. In den neuen Geschichtsbüchern und -lehrplänen von 1988/89 schlug sich dieses u. a. darin nieder, daß sich der Unterricht in der Klasse 10 ausschließlich mit der DDR befaßte. Begründet wurde dieser Schritt damit, daß den Schülern ein „konkretes, wissenschaftlich exaktes und parteiliches Bild" von der Entwicklung der DDR als Teil des sozialistischen Weltsystems vermittelt werden sollte; zudem verkörpere die DDR die besten Traditionen deutscher Geschichte.

Auswahl und Ziele der zeitgeschichtlichen Stoffeinheiten stimmten weitgehend mit dem Elementen des Staatsbürgerkundeunterrichts überein. Im Lehrplanwerk wurden entsprechend die Stoffe der beiden Fächer zusammengefaßt, um die „Leitlinien der ideologischen Erziehung im Unterricht" zusammenzuführen. Dem Staatsbürgerkundeunterricht fiel dabei die Aufgabe zu, die „Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse" durch die SED „konkret-historisch" aus den Grundzügen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR abzuleiten. Folglich hatte der Unterricht die Aufgabe, grundlegende Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus in enger Verbindung mit Kenntnissen der Politik der SED zu vermitteln, um den Schüler zur „unverrückbaren Klassenposition" zu erziehen und seine Bereitschaft zu entwickeln, für das SED-System und die Politik der SED-Führung „Partei zu ergreifen". Der gesamte Staatsbürgerkundeunterricht sollte durch einen „kämpferischen und polemischen Stil" gekennzeichnet sein [→ Expertise Margedant].

Die Vermittlung „sozialistischer Werte" in diesen Unterrichtsfächern bediente sich einer Sprache mit stereotypen Floskeln. Autoritative Handlungsanweisungen durchzogen die Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien und Unterrichtshilfen („Linienführung des Unterrichts"). Vor allem die im Unterricht vermittelten ideologischen Phrasen fanden wenig Anklang bei den Schülern. Zudem wirkten der Frontalunterricht und die Lehrervorträge motivationshemmend. Kritisches Arbeiten mit Quellen und Texten war nicht vorgesehen und mit den vorhandenen Materialien auch nicht möglich.

Militarisierung als Ziel der Erziehung

Das ständige Streben der SED-Führung, die gesamte Gesellschaft zu militarisieren, wurde zunehmend zu einem Charakteristikum der DDR-Gesellschaft [→ I. Themenfeld]. Es äußerte sich in der Einführung militärischer Strukturen als gesellschaftliches Organisationsprinzip. Die Militarisierung galt als eine erzieherische Aufgabe, die unter Losungen wie „Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft" oder „Verstärkung der revolutionären Wachsamkeit" propagiert

wurde und zu deren Erfüllung Zwangsmaßnahmen auch außerhalb der Wehrpflicht angewendet wurden.

Massiv betrieben wurde die „Wehrerziehung“ an den Einrichtungen der Volksbildung und des Hochschulwesens. Sie wurde in den siebziger Jahren forciert aufgebaut. Bereits in den Kindergärten wurden den Kindern altersgemäß Freund-Feind-Schemata nahegebracht [→ Expertise Margedant]. In den Schulen und Hochschulen wurde die obligatorische oder quasi-obligatorische Teilnahme an Wehrübungen sowie an Militär- oder Zivilverteidigungslagern eingeführt [→ Expertise Margedant; Blachnik, Protokoll Nr. 31].

Die Lehrer sollten in ihren Fächern Beispiele aus dem militärischen Bereich verwenden. Besondere Bedeutung hatten dabei Geschichte und Staatsbürgerkunde. Über die Jungen Pioniere wurde in der Unterstufe während der Winterferien regelmäßig das „Manöver Schneeflocke“ organisiert. Für Jugendliche war die GST (Gesellschaft für Sport und Technik) als paramilitärische Organisation gedacht, die mit Fahrschulausbildung auf dem Motorrad und Möglichkeiten zum Segelflug lockte.

Der obligatorische Wehrunterricht wurde in den oberen Klassen der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule 1978 eingeführt. Ab 1981 wurde er auf die EOS (Klasse 11) ausgedehnt [→ Expertise Margedant]. Wehrausbildungslager gab es für die männlichen Schüler (9. Klasse) ab 1979. Ab 1982 wurde für die Teilnahme „freiwilliger Zwang“ ausgeübt. Die Schießausbildung war dort ab 1985 obligatorisch [ausführlich zum Thema Wehrerziehung → Blachnik, Protokoll Nr. 31]. Es gab „Tage der Wehrbereitschaft“ an den Schulen und jedes Jahr im Februar den „Marsch der Bewährung“ an den Universitäten. Ergänzend sei auf die Ordnungsgruppen der FDJ hingewiesen, in denen etliche tausend Jugendliche organisiert waren. Sie übten mit Pistolen, Maschinenpistolen, Karabinern.

Umerziehung in Spezialheimen und Jugendwerkhöfen

Eine unbeabsichtigte Folge des Ziels, sozialistische Persönlichkeiten zu formen, war die Hilflosigkeit von in pädagogischem Optimismus gedrillten Erziehern gegenüber Kindern und Jugendlichen, die sich nicht anpassen wollten oder konnten. Politisch renitente Jugendliche, kindliche und jugendliche Straftäter, Heranwachsende mit Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen ließen sich nur schwer oder auch gar nicht im gewünschten Sinne pädagogisch beeinflussen [→ Expertise Hille]. Auch in der Pädagogik neigte man dazu, den Widerspruch zwischen den politischen Anforderungen und der Wirklichkeit mit Beschönigungen zu „überwinden“. Dies wirkte sich auch bei der „Umerziehung“ von schwer erziehbaren Heranwachsenden aus. Entwürdigende Disziplinierungspraktiken sind in einigen Kinderheimen (Spezial- und Durchgangsheimen) systematisch angewendet worden, also in Kenntnis und

mit Billigung der jeweiligen Heimleitung [→ Expertise Hannemann, Beispiele für Brutalität durch Erzieher in einigen Jugendwerkhöfen [→ Expertise Sengbusch].

Es gab in der DDR Normalkinderheime und – abgestuft mit zunehmender Intensität in der Anwendung von Zwangs- und Disziplinierungsmaßnahmen – Spezialkinderheime, Jugendwerkhöfe für Jugendliche sowie für sich als besonders renitent erweisende Jugendliche den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau.

Als Kernproblem der Persönlichkeitsdeformierung, die zur Einweisung in ein Spezialkinderheim oder in einen Jugendwerkhof führte, wurden individuelle Konflikte zwischen dem einzelnen und den gesellschaftlichen Verhaltensnormen genannt, die sich u. a. in einer negativ eingeschätzten politisch-ideologischen Position, in negativer Einstellung zum Lernen und zur Arbeit und in Rechtsverletzungen äußerten.

Die Umerziehungspädagogik in den Spezialheimen und Jugendwerkhöfen war Ausdruck einer Radikalisierung der Erziehungskonzepte in der DDR; sie beruhte auf dem Prinzip absoluter Gruppenerziehung. Es gab keine individuelle Förderung, vielmehr waren völlige Anpassung und Aufgabe der Individualität das pädagogische Ziel. Gewaltanwendung und Isolierhaft gehörten zu den pädagogischen Mitteln

[→ Hannemann, Protokoll Nr. 31]. Einweisungsgründe waren Fluchtversuche, renitentes Verhalten, wiederholte Arbeitsverweigerung, „Aufwiegelei“, Angriffe auf Erzieher, Kritik am gesellschaftlichen System der DDR, die Weigerung, im „offenen“ Jugendwerkhof eine gesellschaftliche Funktion (z. B. FDJ-Sekretär) zu übernehmen.

Im geschlossenen Jugendwerkhof Torgau wurden Jugendliche ab vierzehn Jahren psychisch und physisch geschädigt und einzelne sogar in den Selbstmord getrieben. Es handelte sich um Jugendliche, bei denen Erziehungsmethoden in anderen Jugendhilfeeinrichtungen versagt hatten [→ Expertise Sengbusch].

4.4. *Erziehung und ideologische Ausrichtung außerhalb der Schule*

Erziehung als ideologische Ausrichtung war an keine Altersgrenze gebunden und wurde systematisch in allen staatlichen Institutionen, nicht nur in der Volksbildung, in Verantwortung der Parteileitungen und der „staatlichen Leiter“ betrieben.

Ein umfangreiches Schulungs- und Versammlungssystem sollte diese Indoktrination verwirklichen, was allen Beteiligten viel Zeit und Aufwand abverlangte und sicher auch ökonomisch zu negativen Folgen führte (die Veranstaltungen fanden oft in der Arbeitszeit statt). Die Pioniernachmittage für Schüler, das FDJ-Studienjahr für Studenten und Berufsschüler, die „Schulen der sozialistischen Arbeit“ oder das Parteilehrjahr (in der Volksbildung und im Hoch-

schulwesen auch für Parteilose) für Berufstätige, marxistisch-leninistische Weiterbildung für wissenschaftliche Mitarbeiter und Hochschullehrer, waren obligatorische Veranstaltungen. Hinzu kamen Zeitungsschauen, FDJ- und Gewerkschaftsversammlungen, „aktuelle politische Gespräche", die jeweils den aktuellen Bezug zur von der Partei festgelegten ideologischen Linie herstellen sollten.

Eine wichtige, vermutlich auch beabsichtigte, aber nicht offen proklamierte Folge der umfangreichen Schulungs- und Disziplinierungsmaßnahmen sowie der „gesellschaftlichen Aktivität" war, daß auch die Heranwachsenden ständig organisiert und „in Trab gehalten" wurden und somit über ihre Freizeit nur beschränkt verfügen konnten. Besonders in der Jugend entwickelte sich eine Abneigung gegen die andauernde einseitige ideologische Beeinflussung und pädagogische Gängelei.

Die DDR-Pädagogik zeichnete sich besonders in der ideologischen Erziehung häufig durch einen belehrenden, trockenen, schulungsmäßigen Stil aus. Abstrakte Persönlichkeitsideale wurden konstruiert, denen allerlei hervorragende Eigenschaften zugeordnet wurden, die die Pädagogen und Leiter bei den ihnen Anvertrauten herausbilden sollten. Solche Schablonen wurden dann mit hochtrabenden Worten wie „Sozialistische Leiterpersönlichkeit", „Sozialistische Frauenpersönlichkeit", „Sozialistische Lehrerpersönlichkeit" usw. bezeichnet. Natürlich trugen diese abstrakten und blutleeren Muster nicht zur Motivation bei. Es gab durchaus Funktionäre auf unteren Ebenen in der FDJ, dem FDGB und auch in der SED, die versuchten, die Diskrepanz zwischen ideologischem Anspruch und täglich erlebter Wirklichkeit in recht offen geführten Diskussionen zu thematisieren, freilich ohne dabei die Grundsätze in Frage zu stellen. Im Bereich der Volksbildung waren solche Versuche bis zuletzt vergeblich oder blieben auf kleine Gruppen begrenzt.

Gesellschaftliche Tätigkeit

Man verstand darunter politische, soziale, kulturelle, sportliche, organisatorische Aktivitäten im Rahmen der Parteien sowie der gesellschaftlichen und Massenorganisationen unter ideologischer Anleitung der SED. Sie sollten der praktischen Aneignung von sozialistischen Haltungen und Einstellungen, der „Ausbildung gefestigter sozialistischer Überzeugungen" und gleichzeitig der Heranführung und Auswahl künftiger hoher FDJ- und Parteifunktionäre an ihre Aufgaben im Dienste der politischen Führung dienen.

Neben dem Fachwissen und der Berufsarbeit wurde die „gesellschaftliche Aktivität" als notwendiger Teil einer „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit" begriffen und gefordert. Jugendliche und Erwachsene, die sich nur auf ihrem Fachgebiet bzw. in ihrem Beruf anstrengten, wurden als Menschen charakterisiert, die „nur auf einem Bein stehen". Für die Heran-

wachsenden waren die Jungen Pioniere/Thälmann-Pioniere und die FDJ – als eine besonders wichtige Organisation – die maßgeblichen vorgeschriebenen Betätigungsbereiche für „gesellschaftliche Tätigkeit“. Diese wurde von der Partei nachdrücklich gesteuert. Der Nachweis wenigstens eines „Stückchens“ solcher geleisteter gesellschaftlicher Arbeit war wichtig für die ständig anzufertigenden Beurteilungen. Wer es aus den unterschiedlichsten Gründen ablehnte, „gesellschaftliche Tätigkeit“ zu leisten, wurde von den Funktionären oder von Kollektivmitgliedern aufgefordert, die „gesellschaftlichen und individuellen Interessen in Übereinstimmung zu bringen“. Die individuellen Wünsche und Neigungen waren der jeweiligen ideologischen Linie der Partei unterzuordnen.

Wenn man schon nicht selbst aktiv wurde bei der Organisation von Veranstaltungen oder dem Abhalten von Versammlungen, so sollte man doch wenigstens an ihnen teilnehmen. So wurde die Teilnahme an den Veranstaltungen der FDJ, oft auch des FDGB, als „freiwilliger Zwang“ erlebt. Es war aber auch möglich, sich unter der Überschrift „gesellschaftliche Tätigkeit“ in unpolitische Nischen zu begeben. Nicht nur die Gestaltung von Wandzeitungen, die Teilnahme am Wettbewerb „Junger Agitator“, die Organisation von Kollektivveranstaltungen auch kultureller oder sportlicher Natur, die Bildung von „Patenbrigaden“ in Betrieben und Produktionsgenossenschaften zur erzieherischen und materiellen Unterstützung von Schulklassen, Kinderheimen, Kindergärten, galten als gesellschaftliche Arbeit, sondern auch die Mitwirkung im Chor, einer Sportgemeinschaft oder die Tätigkeit als Kassierer für eine gesellschaftliche Organisation.

Rolle der FDJ

Die Jugendlichen waren überwiegend in der FDJ organisiert. Bei ihrer Gründung 1946 wurde die FDJ noch als „überparteilich“ bezeichnet, aber bereits seit Anfang der fünfziger Jahre betrachtete die SED die Jugendorganisation als ihre Kaderreserve [→ Expertise Mählert, I. Themenfeld].

Jeder Betrieb, jede Schule und Universität hatte eine FDJ-Leitung, in größeren Institutionen im Status einer Kreisleitung. Die Kreisleitungen, in denen auch hauptamtliche Funktionäre tätig waren, leiteten die FDJ-Leitungen an. Die FDJ-Gruppenleitungen hatten nicht nur die Aufgabe, die Gruppenmitglieder ideologisch zu erziehen und politisch zu schulen, sondern auch Veranstaltungen sportlicher und kultureller Art zu organisieren und dabei möglichst viele FDJ-Mitglieder einzubeziehen. Die FDJ-Leitungen hatten ein gewisses Mitspracherecht bei betrieblichen Entscheidungen auf Ausführungsebene und übten in bestimmten Bereichen auch Kontrollfunktionen im Betrieb aus. Sie konnten sich dabei auf das Jugendgesetz berufen, insbesondere auf das 3. Jugendgesetz von 1974 [→ Expertise Hille]. Die FDJ-Sekretäre der oberen

Leitungsebenen spielten oft eine zwiespältige Rolle. Als FDJ-Sekretäre der Gruppen waren keineswegs nur fanatische Einpauker der jeweiligen politischen Linie tätig, obschon es solche FDJ-Funktionäre gab.

Die Partei war bemüht, alle Aktivitäten von Jugendlichen in der FDJ einzufangen. Es gab keine Möglichkeit, sich in selbstorganisierter Weise in der Freizeit zu betätigen, nur in der FDJ (bzw. in einer anderen Massenorganisation wie dem DTSB oder der GST) oder innerhalb der Kirchen. Jedes Jugendklubhaus, das Haus der Jungen Talente in Berlin, Diskotheken, Singegruppen – alles wurde von der FDJ organisiert und ideologisch beeinflußt.

Parteischulungen

Die Parteimitglieder waren einem speziellen System von Parteischulungen und Parteischulen unterworfen, das sehr differenziert war [→ Leonhard, Protokoll Nr. 28, Donner, Protokoll Nr. 32]. Alle Mitglieder waren verpflichtet, am Parteilehrjahr teilzunehmen. Es gab Betriebs- und Kreisschulen des Marxismus-Leninismus, Bezirksparteischulen (Direkt- und Fernstudium) sowie die Parteihochschule (Direkt- und Fernstudium). Je nach Position und Karriereambitionen hatten die jeweiligen „Kader" aus der SED dort ein Studium zu absolvieren. Das Studium in den Betriebs- und Kreisschulen fand z. T. während der Arbeitszeit, z. T. außerhalb derselben statt. Für ein Studium an einer Bezirksparteischule oder der Parteihochschule wurde man von der beruflichen Tätigkeit freigestellt.

Die Schulungen wurden aber auch fortlaufend am Arbeitsplatz durchgeführt. Die Planung dazu wurde vom Zentralkomitee der SED geleitet. Zwischen den Parteitagen gab es jährliche Vorgaben zur Durchführung der Parteischulungen. In den Bezirken und Kreisen, z. T. auch auf zentraler Ebene, wurden jedes Jahr im September oder Oktober Partei-Aktivtagungen durchgeführt, wo die SED-Mitglieder die Generallinie der SED-Führung erfuhren.

Die nach jedem Parteitag der SED und nach jeder Tagung des Zentralkomitees veröffentlichten Reden und Materialien sollten von allen „Werktätigen" und Studenten durchgearbeitet werden, nicht nur von den Parteimitgliedern. Dazu wurden an den Hochschulen und in den Betrieben, so in FDJ- oder Gewerkschaftsversammlungen, spezielle Seminare und Auswertungen angesetzt. Eigene Schulungssysteme besaßen auch die Massenorganisationen und die Blockparteien.

4.5. *Wirkungen des Bildungs- und Erziehungssystems*

Das Ziel der SED-Führung, mit Hilfe der Bildungs- und Erziehungsinstitutionen den „neuen Menschen" zu „formen", konnte fraglos nicht erreicht werden. Unbeabsichtigte Nebenwirkungen dieser Pädagogik waren Apathie,

Ausweichen und Lippenbekenntnisse. Dessenungeachtet wurde ein hoher Bildungsstand erreicht, besonders auf naturwissenschaftlichem und technischem Gebiet. Das Interesse in der Bevölkerung an Fragen des technischen Fortschritts war stark ausgeprägt. Aber auch in diesem Bereich wirkte sich manche von der Partei initiierte Kampagne demotivierend aus. Der andauernde Zwang zur Auseinandersetzung mit ideologischen und politischen Fragen erzeugte nicht nur Widerwillen gegen die „Berieselungspraktiken" von Partei und FDJ, sondern auch kritische und skeptische Haltungen gegenüber politischen Verlautbarungen bei gleichzeitig guter Informiertheit über gesellschaftspolitische Fragen. In der Jugend zeigte sich jedoch zunehmend (ab den achtziger Jahren) eine Tendenz zur Entpolitisierung, die bei dem starken ideologischen Druck als Versuch gewertet werden kann, sich den ständigen Indoktrinationen zu entziehen [→ Expertisen Hille, Fischer]. Letzteres wurde von der Parteiführung als beunruhigend beurteilt.

Widerspruch zwischen offizieller Ideologie und erlebter Wirklichkeit

Der unauflösbare Widerspruch zwischen krampfhaft aufrechterhaltenem Erziehungsziel und Wirklichkeit konnte natürlich an den Schülern nicht spurlos vorübergehen. Sie lernten früh und manchmal auf schmerzhafte Weise, sich anzupassen. Immer wieder wird gefragt, wie sich denn dieses „Gespaltensein" – zu Hause anders reden als man das im Unterricht mußte – bei den Heranwachsenden ausgewirkt haben mag. Da auch für die Schüler die eigene Erfahrung und Wahrnehmung der bestehenden Verhältnisse gegenüber der Einflußnahme in der Regel die entscheidendere Sozialisationsbedingung war [→ Expertise Fischer], sind Behauptungen, den Menschen in der DDR sei durch die Erziehung generell „das Rückgrat gebrochen" worden oder sie seien durch die Erziehung zur Heuchelei charakterlich deformiert, so nicht haltbar. Sicher gab es Menschen, die im politisch-ideologischen Aufstiegskampf psychische Deformationen erlitten, wie es andere gab, deren Widerstandswillen durch den ständigen Druck gestärkt wurde. Was jedoch die Schüler betrifft, so hatten diese viele Gesprächspartner, entweder zu Hause oder in der Schulklasse, um die Diskrepanzen ohne psychischen Schaden überstehen zu können [→ Birthler, Protokoll Nr. 31]. Allerdings führten die politischen Vorgaben und die Ausrichtung auf ideologische Kriterien oft zu einer negativen Auswahl bei Aufstiegsmöglichkeiten [→ Expertise Voigt] oder zur späteren Desillusionierung derjenigen, die den Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit zunächst nicht durchschauten. Auch wurden durch die vielfältigen Anpassungsleistungen, besonders im Bereich der Volksbildung, sowohl durch die Lehrer als auch die Schüler, erhebliche Kräfte verbraucht [→ Expertise Hille]. Dennoch waren Möglichkeiten psychischer Balance auch innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen vorhanden [→ Expertise Hanke], wenn auch

entsprechende Gestaltungs- und Ausgleichsmöglichkeiten in der Volksbildung viel geringer waren als in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Behinderung von Kreativität

Die ständige Außensteuerung im Bildungs- und Erziehungssystem, die Behandlung auch des jungen Menschen als Objekt im Dienste eines zu verwirklichenden höheren Zieles, führte häufig zur Abwertung, Verschüttung und Unterdrückung spontaner kreativer Impulse und Neigungen, auch schon im Kindesalter. Die unentwegt proklamierte Notwendigkeit, sich selbst und die eigenen Neigungen und Leistungen in den Dienst einer „höheren Sache" zu stellen („Sicherung des Friedens", „Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse", „dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch verhelfen"), wirkte sich – sicher ungewollt – hemmend auf Kreativität und Originalität aus. Auch kreative Leistungen sollten planmäßig, am rechten Ort, zur rechten Zeit, und möglichst auch noch von der rechten Person – einem der Partei „zutiefst ergebenen Kader" oder auch Kollektiv – erbracht werden. Erinnert sei an das Schlagwort vom „Schöpfertum der Massen". Selbständiges Denken war nicht erwünscht, auch wenn es natürlich nicht völlig unterdrückt werden konnte. Es gab Lehrer, „die inmitten eines wirklich repressiven Systems es geschafft haben, Freiheit zu vermitteln, Fragen zu provozieren und wirklich Erwachsenwerden zuzulassen" [→ Birthler, Vollmann, Protokoll Nr. 31].

Reaktionen auf Kritik, Möglichkeiten, sich zu entziehen

Trotz des repressiven Erziehungs- und Bildungssystems gab es gelegentlich Bedingungen in Schulen, die öffentliche kritische Äußerungen von Schülern ohne nachfolgende Sanktionen ermöglichten [→ Expertise Fischer]. Waren diese Bedingungen (1iberale Schulleitung, undogmatische Parteileitung in der Schule, fehlende Nähe zu SED-Führungspersonen) jedoch nicht gegeben, konnten selbst harmlose kritische Äußerungen in der „Öffentlichkeit" (z. B. an einer Wandzeitung) gravierende Folgen haben, wie die Relegation von Schülern an der Carl-von-Ossietzky-Oberschule 1988 in Pankow zeigt [→ Expertise Fischer]. Ausgesprochene Tabu-Themen, bei denen die ideologisch wachsamen Kräfte sehr empfindlich zu reagieren pflegten, waren kritische Äußerungen zu den zunehmenden Versuchen der Militarisierung der DDR-Gesellschaft sowie alternative ideologische Bestrebungen im Marxismus-Leninismus oder in dessen gedanklicher Nähe, speziell in anderen kommunistischen Parteien (ausgenommen die KPdSU bis 1985).

Widerständiges Verhalten zeigte sich eher im Unterlassen (z. B. Fernbleiben von der Jugendweihe), auch durch die Lehrer und Erzieher selbst, als in expliziten Äußerungen oder Handlungen. Es gab z. B. nicht wenige

Kindergärten, in denen das obligatorische Kriegsspielzeug permanent auf dem höchsten Schrank der Einrichtung aufbewahrt wurde. Andere Gelegenheiten, sich den ideologischen Anforderungen und Indoktrinationsbemühungen zu entziehen, bestanden in der lediglich formalen Erfüllung von Forderungen. Sie eröffneten sich dadurch, daß sich viele der hochgestochenen Zielstellungen in Volksbildung, Berufsbildung und Hochschulwesen nicht ohne weiteres vereinbaren ließen oder sich sogar gegenseitig ausschlossen.

Die Situation der Lehrer

Diejenigen, die die Konsequenzen der verfehlten Bildungspolitik der SED-Führung zuerst und am deutlichsten spürten, waren die Lehrer. Sie hatten sowohl die Probleme zu bewältigen, die sich aus den oft unrealistischen bildungspolitischen Vorgaben als auch aus den politisch-ideologischen Zielvorstellungen ergaben. Die Lehrer waren einem doppelten Druck ausgesetzt, da sie zwischen den Anordnungen des Ministeriums für Volksbildung und nachgeordneter Dienstellen und den Bedürfnissen der Schüler standen, für deren Verhalten sie verantwortlich gemacht wurden. Nicht wenige hielten dem Druck von oben nicht stand und versuchten, die Vorgaben des Ministeriums für Volksbildung durchzusetzen. Es gab aber auch andere, die die Widersprüche zwischen Anspruch und Realität als unerträglich erlebten und diese Spannungen oft jahrzehntelang zu ertragen hatten. Der Drang, die Volksbildung zu verlassen, war dementsprechend sehr stark und wurde vom Ministerium sowohl mit administrativen Maßnahmen als auch der Gewährung von Privilegien (spezielle Altersversorgung, sog. Intelligenzrente, für alle pädagogisch Beschäftigten in der Volksbildung) sowie mit zahlreichen Ehrungen und Würdigungen (Tag des Lehrers, Medaillenverleihungen) bekämpft.

Die Situation der Lehrer in den neuen Bundesländern ist gegenwärtig teilweise durch Unsicherheit geprägt. Der alte autoritäre Leitungsstil, der durch die Struktur des Systems vorgegeben war, ist diskreditiert. Die Schüler haben jetzt mehr Möglichkeiten, ihre Interessen zu artikulieren und auch durchzusetzen.

4.6. *Nachwirkungen des SED-geprägten Umgangs mit der Erziehung und Bildung*

Der Umbau des DDR-Bildungssystems durch Einführung des gegliederten Schulsystems in Anlehnung an die alten Bundesländer stellt alle Beteiligten vor schwierige Aufgaben und Probleme: die Neuorganisation der Schulen, die Weiterbildung von Lehrern, die Erarbeitung von neuen Lehrplänen, die Einführung neuer Fächer, die Demokratisierung der Schule usw. Diese Aufgaben und Probleme sind keineswegs bereits durchgängig gelöst, eine Bilanzierung des gegenwärtigen Standes ist noch nicht möglich.

Der Zusammenbruch des SED-Systems bereitete auch der politisch-ideologischen Erziehung ein Ende. Es stellt sich freilich die Frage nach den Nachwirkungen, die im einzelnen der empirischen Untersuchung bedürfen. Hypothesen über mögliche Nachwirkungen sind teilweise oben im Abschnitt über Ideologie formuliert.

Nachwirkungen des Bildungs- und Erziehungssystems der DDR auf die heutige Zeit bestehen vor allem in Gewohnheiten, hauptsächlich auf Außensteuerungen zu reagieren und in fortwirkenden autoritären Denkmustern.

Die Außensteuerung im Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, also die ständige Gängelung, Bevormundung und Reglementierung, unterminierte nicht nur Initiative und Kreativität. Manchem gewährleistete sie auch einen gewissen Halt. Es war klar, was zu tun war und auch, was man lieber unterließ. Man konnte sich an die Bevormundung gewöhnen, es gab aber auch andere Reaktionen, mit der ständigen Gängelei zurechtzukommen, so Ironie oder Unterlaufen des Geforderten. Heute fehlen die Vorgaben, jeder muß sich selbst orientieren. Für viele ist das eine Erleichterung, aber nicht alle Eltern, Schüler und auch Lehrer sind dieser neuen Situation, in der man auswählen und Entscheidungen treffen darf und muß und dadurch auch Verantwortung übernimmt, sofort gewachsen. Für Eltern und Heranwachsende besteht die Gefahr, Verheißungen und Verlockungen nachzugeben und sich dadurch in Schwierigkeiten zu bringen, zumal noch nicht immer die notwendige Sachkenntnis für die Auswahl von Alternativen vorhanden ist. In dem Maße, in dem es gelingt, den Übergang von Vorgabe und Bevormundung zu Offenheit und Pluralismus für Pädagogen und Erzogene als Chance zu verstehen und zu bewältigen, wird auch Orientierungslosigkeit überwunden.

Daß autoritäre gesellschaftliche Muster im Verhalten sogleich nach der Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen verschwinden, ist nicht zu erwarten. Es bestand keine ausreichende Möglichkeit, Verhaltensweisen zu lernen und zu üben, die in einer freien Gesellschaft unverzichtbar sind und die man in der DDR nicht erwerben konnte, wie z. B. das freie Reden vor einer größeren Öffentlichkeit. Man konnte in der DDR nicht lernen, mit konfligierenden Auffassungen konstruktiv umzugehen und andere Meinungen zu ertragen. Die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, ist wenig ausgeprägt und beschränkt sich auf einen relativ kleinen Personenkreis. Man hält sich zurück, wenn es darum geht, Verantwortung wahrzunehmen und wartet ab, wohl auch aus Unsicherheit. Die Fähigkeit, zur Konfliktbewältigung ist im neuen Umfeld noch eingeschränkt und muß in Disputen und Rechtsabläufen erst noch erworben werden. Die skeptische Haltung gegenüber Parteien und Vereinen sowie gegenüber der Politik im allgemeinen resultiert aus den Erfahrungen der Vergangenheit und dem Gefühl, mißbraucht worden zu sein. Es wird noch zuviel „von oben“ erwartet. Die Möglichkeiten, eigene Interessen

durchzusetzen, indem man sich organisiert, werden noch zu wenig erkannt und wahrgenommen.

4.7. *Offene Fragen, Forschungsdefizite und Empfehlungen*

Um vergangene Benachteiligungen auszugleichen, sollten besondere Förderungsprogramme in der Bildungspolitik entwickelt werden, die relativ unabhängig vom Alter der Betroffenen umzusetzen sind (keine starren Altersgrenzen).

In den Schulen sollte die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit intensiv thematisiert werden, um das demokratische Selbstbewußtsein zu entwickeln. Dabei sollte zum einen die lokale Vergangenheitsaufarbeitung im Vordergrund stehen, zum anderen sollten die Mechanismen und Folgen von Diktaturen den Schülern am Beispiel der DDR verdeutlicht werden.

Forschungsdefizite bestehen im empirischen Nachweis der tatsächlichen Wirkungen ideologischer Indoktrination. Die Anzahl der Hypothesen auf diesem Gebiet ist viel größer als die der erhobenen verallgemeinerungsfähigen Untersuchungsergebnisse. Eine Reihe von wichtigen Forschungsthemen zur DDR-Pädagogik und zur Volksbildung ist an unterschiedlichen Einrichtungen in Bearbeitung, so zur Wehrerziehung, der Pionierorganisation, dem Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterricht, der Bildungs- und der Erziehungstheorie, dem Jugendwerkhof Torgau, der Erziehung zur „Völkerfreundschaft“, der Jugendweihe. Andere wichtige Bereiche scheinen noch nicht erforscht zu werden. Hier eine Zusammenstellung einschlägiger Probleme, die sich bei Anhörungen der Enquete-Kommission ergaben:

- Untersuchung der Faktoren, die gegenwärtig politisches Engagement in den neuen Bundesländern ver- oder behindern und die die Übernahme von Verantwortung und den Erwerb von Fähigkeiten, diese wahrzunehmen, fördern
- Empirische Untersuchungen zu Verhaltensformen bei Pädagogen und Eltern gegenüber den verschiedenen Leitungsebenen der Volksbildung
- Empirische Untersuchung des Alltagsverhaltens von Kindern und Jugendlichen gegenüber Pädagogen, sowie der FDJ
- Der Stellenwert der Behinderten- und Rehabilitationspädagogik
- Die wissenschaftliche Entwicklung in der DDR-Pädagogik und die Rolle der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.

5. *Rolle und Funktion der Wissenschaft im SED-Staat*

5.1. *Ziele der SED-Wissenschaftspolitik*

Es gibt kaum ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, in dem mehr pluralistische Meinungsvielfalt und individualistische Selbständigkeit vorhanden und notwendig sind als in der Wissenschaft. „Wissenschaftler sind Individualisten oder sie sind keine Wissenschaftler." [→ Schroeder, Protokoll Nr. 33] Entsprechend groß waren die Schwierigkeiten für die SED, wissenschaftliche Einrichtungen in das sozialistische Ganze der SED-Diktatur einzufügen und sie sich als theoretisches Instrument für die Planung und Lenkung des gesamten Gesellschaftsprozesses verfügbar zu machen.

Den Naturwissenschaften und der Technik hat die SED-Führung entscheidende Bedeutung in der „Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus" beigemessen. Sie meinte, daß der Wettbewerb zwischen den Gesellschaftssystemen auf dem Gebiet der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität entschieden werde. Wissenschaft und Technik wollte die SED-Führung bewußt auch nutzen, um die Wirtschaft international konkurrenzfähig zu machen, die „Verteidigungsfähigkeit" des Landes zu sichern und international Ansehen zu erwerben. Sie glaubte, aufgrund ihrer „wissenschaftlichen Weltanschauung" einen Vorteil bei der Nutzung der Wissenschaft gegenüber dem Westen zu haben. Den Gesellschaftswissenschaften wurde folglich vorrangig eine ideologische, sinnstiftende, interpretierende und motivierende Funktion zugeordnet.

Die SED-Führung erhob den Anspruch, die wissenschaftliche Entwicklung nach ihren Vorstellungen zu leiten. Sie glaubte, die wissenschaftliche Forschung ähnlich planen zu können, wie sie es in der Wirtschaft vorhatte. Die wissenschaftliche Kommunikation wurde zudem überwacht und gestört, Berichte wurden geschönt, wissenschaftliche Öffentlichkeit fehlte insbesondere in kritischen Bereichen. Aus diesem Grunde konnte man nicht aus Fehlern lernen und sie nicht rechtzeitig korrigieren.

Folglich gab es auch für die wissenschaftlichen Einrichtungen keinen Raum für eigenständige Kompetenzen. Jede Universität und jede Forschungsstätte war im Verständnis der SED eine ausschließlich staatliche Institution, der bestimmte Aufgaben zur eigenen Erledigung übertragen wurden, der jedoch keine wirkliche Eigenkompetenz zukam. Alle, die z. B. ein Amt an einer Universität innehatten, waren prinzipiell den Parteifunktionären nachgeordnet.

Die externen Steuerungsversuche der Partei störten die Einhaltung der für wissenschaftliche Qualität unerläßlichen Kriterien und behinderten die wissenschaftliche Kommunikation. Da die notwendige finanzielle und materielle Unterstützung für die Forschung oft fehlte und wissenschaftliche Fragestellungen stets den politischen untergeordnet wurden, gelang es auch nur in eingeschränktem Maße, mit Hilfe der Wissenschaft internationale Reputation

für die DDR zu erlangen. Die ständigen Rechtfertigungs- und Legitimierungsbestrebungen der Wissenschaftler gegenüber der Partei, deren Einmischung in fachliche Angelegenheiten, untergruben die gesellschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen für wissenschaftliche Produktivität und Kreativität. Diese Wissenschaftspolitik war zwar realitätsfern, wenn dennoch teilweise beachtliche wissenschaftliche Leistungen erbracht wurden, dann lag das daran, daß die SED Kompromisse eingehen mußte [→ Meyer, Wolf, Protokoll Nr. 33].

5.2. *Die Politik der SED gegenüber Hochschulen und Akademien*

Hochschulen

Wie für das sozialistische Schulwesen begann auch für das Hochschulwesen in der SBZ/DDR die Entwicklung mit der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die durch die 1. Hochschulreform hergestellt wurde. Die traditionelle Fakultäten- und Ordinarienstruktur der deutschen Universitäten blieb erhalten. Aber die notwendige Entfernung nationalsozialistischen Personals und die Wiedereinsetzung politisch und rassisch verfolgter Hochschullehrer wurde bald verbunden mit dem systematischen Zurück- und Hinausdrängen solcher Gelehrter, die als antisozialistisch oder antikommunistisch galten. Es folgte die Zerschlagung von demokratisch gewählten Studentenräten, weil SED und FDJ in diesen keine Mehrheiten gewinnen konnten [→ Meyer, Protokoll Nr. 33].

Wichtig für die Struktur der geplanten sozialistischen Hochschule war die Einrichtung von Vorstudienanstalten für Kinder aus der Arbeiter- oder Bauernschaft, die ab 1946 unter dem Namen „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ fortgeführt wurden. Neben dem berechtigten Anliegen, die Zugangsmöglichkeiten sozial weiter zu öffnen, dienten sie dem Zweck, eine der SED nahestehende Intelligenz heranzubilden, um die damals noch unverzichtbare bürgerliche Intelligenz allmählich ablösen zu können.

Erst durch die 2. Hochschulreform von 1951 unter der Losung „Stürmt die Festung Wissenschaft“ wurde der Marxismus-Leninismus als obligatorisches Studienfach für alle Studiengänge eingeführt (dreijähriger Kurs mit den Bestandteilen marxistisch-leninistische Philosophie, Politische Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus). Russisch wurde obligatorische Fremdsprache. Ein erstes zentralistisches Leitungselement wurde durch die Einrichtung von Prorektoraten für Studienangelegenheiten und für marxistisch-leninistisches Grundstudium in die Hochschulstruktur eingeführt. Die direkte Einflußnahme der SED wurde dadurch erreicht, daß SED- und FDJ-Repräsentanten in die Senate der Universitäten einzogen.

Bereits auf der 3. Hochschulkonferenz 1958 orientierte die SED die Gesell-

schaftswissenschaften allein auf den Dialektischen und Historischen Materialismus und stellte ihnen im wesentlichen zwei Aufgaben: die „Wissenschaftlichkeit“ der Politik der Partei zu belegen und zur „sozialistischen Bewußtseinsbildung der Werktätigen“ beizutragen.

Eine weitere Zäsur läßt sich für die Zeit des Mauerbaus ausmachen. Zwischen August 1961 und Januar 1962 fand die größte Verhaftungswelle nach dem Bau der Mauer statt, und in dieser Zeit gab es an den Universitäten große Disziplinierungsaktionen. Der Anteil der berufenen SED-Mitglieder betrug damals an den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten 90 vH, an den naturwissenschaftlichen Fakultäten lediglich 20–40 vH [→ Mitter, Protokoll Nr. 33].

Mit der 3. Hochschulreform 1968/69 versuchten Ulbricht und die Parteiführung, die Wissenschaft effektiv und für die gesellschaftliche Entwicklung unmittelbar nutzbringend zu gestalten. Großzügige finanzielle Ausstattungen wurden zur Umstrukturierung der Universitäten in Aussicht gestellt (z. B. die Errichtung eines Universitätscampus mit modernsten Einrichtungen in Jena-Lobeda, im Stadtzentrum von Halle und in Berlin-Friedrichsfelde), aber dann doch nicht aufgebracht. Verwirklicht wurden lediglich tief in die historisch gewachsene disziplinäre Struktur der Universität greifende Änderungen durch Auflösung von Instituten und Fakultäten, an deren Stelle Sektionen traten. Ohne die betroffenen Wissenschaftler zu konsultieren, wurden aus ideologischen und ökonomischen Gründen in den Natur- und Geisteswissenschaften Fächer zu Sektionen zusammengefaßt, die oft nicht zusammenpaßten. Sie waren zum Teil so abenteuerlich und wirklichkeitsfremd, daß sie teilweise schon nach wenigen Wochen wieder zurückgenommen wurden.

Durch diese Hochschulreform wurde an den Universitäten der Einfluß der Parteileitungen gestärkt, die den Status von Kreisleitungen hatten [→ Meyer, Protokoll Nr. 33]. War auch vorher schon der Einfluß der SED z. B. in Berufungsfragen sehr deutlich gewesen, so wurde er nun noch direkter durchgesetzt. Es gab aber keinen vollständigen Austausch der Hochschullehrer.

Gravierende Veränderungen erfuhren die Geisteswissenschaften durch die Beseitigung der – ideologisch natürlich besonders verdächtigen – historischen Fächer, wie etwa der Klassischen Philologie und der Alten Geschichte, oder der historischen Fachteile, z. B. der Mediävistik in der Germanistik, Romanistik und Anglistik. Die Fremdsprachen-Philologien sollten durch die Ausblendung des kulturellen Kontextes auf die bloße Sprachvermittlung verwiesen werden [→ Meyer, Protokoll Nr. 33].

Strukturell gesehen bedeutete diese Reform einen radikalen Bruch mit der Universitätstradition und einen schweren Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit. Die Einordnung von Lehrstühlen und Instituten in Sektionen führte zum Verlust eigener Etats und zur Einschränkung der selbständigen Gestaltung des Lehrangebots. Die Direktoren der Sektionen waren weisungsgebunden und

unterstanden direkt dem Rektor und ersten Prorektor der Universität. Dieser Schritt beinhaltete zugleich die zentrale Lenkung der Professorenschaft.

Nach der 3. Hochschulreform versuchte die Partei, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme durch stärkere Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere aus den Wirtschaftswissenschaften, der Operationsforschung und der Kybernetik, zu lösen. Die sog. Leitungswissenschaften wurden vorübergehend stark gefördert. Da aber auch hier die ideologische Anpassung wichtiger war als wissenschaftliche Solidität, versandeten – auch zum Teil aus Geldmangel – die Reformbemühungen schnell wieder. Es kam sogar zu Gegenkampagnen (z. B. zur neuerlichen Stigmatisierung von Kybernetik und der Anwendung mathematischer Methoden in den Gesellschaftswissenschaften).

Mit Honeckers Machtantritt wurde die Unterstützung des Hochschulwesens durch den Staat deutlich eingeschränkt [→ Meyer, Protokoll Nr. 33]. Im Zuge der umfangreichen Sparmaßnahmen wurden an manchen Universitäten und in manchen Fächern sogar die Institutsbibliotheken aufgelöst (z. B. an der Universität Leipzig) und zentralistisch zusammengefaßt. Die Isolierung von der internationalen wissenschaftlichen Kommunikation, die erhebliche Einschränkung des Zugangs zu westlicher Fachliteratur ab 1976 und die sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen von Lehre und Forschung führten zu einem deutlichen Rückgang der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit. Den Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern wurde immer wieder nahegelegt, den Studierenden sowjetische Fachliteratur zu empfehlen. Bei Qualifikationsarbeiten, z. B. Dissertationen, mußte in speziellen Fragebögen angegeben werden, wieviel sowjetische Autoren zitiert worden waren.

Gestaltung des Studiums

Das Hochschulwesen galt in seiner erzieherischen Funktion als Fortsetzung der DDR-Volksbildung für eine spezielle Gruppe. Es zeichnete sich dementsprechend durch ähnliche Elemente aus wie die Volksbildung: Verschulung, ideologische Indoktrination mit Hilfe des Marxismus-Leninismus, „Betreuung“ der Studenten, straff organisierte Ausbildung, Einfluß militärischer Organisationsformen und Inhalte im Studienablauf, hoher gesellschaftlicher Organisationsgrad, ideologisch geprägte Kaderauswahl.

Die Studierenden wurden intensiv in Seminargruppen fachlich und politisch „betreut“ [→ Meyer, Protokoll Nr. 33]. Zu Beginn jeden Studienjahres im September gab es eine Woche, in der in fast nur politischen Veranstaltungen die Studierenden auf die aktuelle politische Situation im Sinne der Partei eingestimmt werden sollten [→ Berg, Protokoll Nr. 31]. Zu Beginn des Studienjahres oder während der Sommerferien nahmen Studenten an Ernteeinsätzen auf dem Lande teil.

Die Studierenden waren organisatorisch in Studienjahre eingeteilt und hörten in der Regel studienjahresweise Vorlesungen. Die Studienjahre waren wiederum in Seminargruppen (von fünfzehn bis zwanzig Studenten) unterteilt. In jeder Seminargruppe, die einer FDJ-Gruppe mit gewählter FDJ-Leitung entsprach, gab es eine „Parteigruppe Studenten".

In der staatlichen Leitungshierarchie der Sektionen war der Stellvertretende Direktor für Erziehung und Ausbildung für Erziehungsfragen zuständig. Ihm waren Studienjahresleiter aus dem Lehrkörper unterstellt und diesen wiederum Seminargruppenbetreuer. Die FDJ-Gruppenleitung hatte Einfluß auf studienorganisatorische Maßnahmen. Ein Vertreter der FDJ-Leitung hatte z. B. in den achtziger Jahren das Recht, als Beisitzer bei mündlichen Prüfungen teilzunehmen. Gab es „ideologische Probleme" bei Studierenden, hatten die Seminargruppen oder die übergeordneten Leitungen (SED- und FDJ-Kreisleitung) unterschiedliche Sanktionsmitteln, die man auch differenziert einsetzte.

Durch die straffe Organisation des Studiums, die Betreuung, aber auch die Verschulung, wurden kurze Studienzeiten eingehalten. Die Verschulung des Studiums wurde besonders am ungeliebten obligatorischen Fach Marxismus-Leninismus deutlich. Damit dieses Fach, das oft – allerdings nicht immer – recht einseitig und unkritisch gelehrt wurde, von den Studierenden auch wirklich ernstgenommen wurde, mußte die Gesamtnote in Marxismus-Leninismus bei der Festlegung der Diplomnote berücksichtigt werden.

Es bildete sich eine Art des Studiums heraus, das eher Unselbständigkeit als wissenschaftliche Selbständigkeit förderte [→ Mitter, Berg, Protokoll Nr. 33].

Immer wieder wurde versucht, die Verschulung aufzubrechen und die Studierenden zu „eigenverantwortlichem Handeln" und „schöpferischem Denken" zu erziehen. Man versuchte, die gebremste Kreativität in der DDR-Wissenschaft, besonders im Studium, durch Reformen zu stimulieren: „wissenschaftlich-produktives Studium", d. h. die Einbeziehung der Studierenden in die Forschung, alljährliche Durchführung von Studententagen in Verantwortung der FDJ, Begabtenförderung durch spezielle Stipendien und von Schülern direkt durch die Universität, Leistungsschauen, Auslandspraktika. Da die Partei aber auch bei diesen Aktivitäten nicht über ihren Schatten springen konnte, waren sie nur begrenzt erfolgreich.

Akademien und sozialwissenschaftliche Einrichtungen

Im Zuge der 3. Hochschulreform wurde – sowjetischem Vorbild entsprechend – die Akademie der Wissenschaften zur zentralen Forschungseinrichtung der DDR umstrukturiert (zuletzt insgesamt 60 Institute mit ca. 25 000 Mitarbeitern). Hauptaufgabe war die Grundlagenforschung vor allem in den

Natur- und Technikwissenschaften. Die Geistes- und Sozialwissenschaften banden nur etwa 10 vH des Potentials. Fächer, die weder einen ökonomischen noch militärischen Nutzen in ihrer Anwendung versprachen (z. B. Klassische Philologie oder die Alte Geschichte) wurden vernachlässigt.

Mit der Umstrukturierung der Akademie der Wissenschaften der DDR bahnte sich eine Entwicklung an, die von dem alten Humboldtschen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre mehr und mehr Abschied nahm. Gleichzeitig wurde versucht, die Wissenschaft dem Zugriff der SED total auszuliefern. An der Akademie führte das dazu, daß alle fünf Jahre ein Zentraler Forschungsplan aufgestellt wurde, der vom Politbüro des ZK der SED bestätigt werden mußte. Über Einhaltung und Durchführung dieses Plans hatte die Kreisleitung der SED zu wachen. Die ideologische Ausrichtung der Belegschaft der Akademie wurde intensiviert, ebenso die straffe Anbindung an das ZK. Sicherheitspolitisch relevante Forschungsarbeiten führten wohl dazu, daß die Staatssicherheit großen Einfluß auf die Akademie gewann. Ab 1988 hatte eine Ablehnung durch die Staatssicherheit bei einer geplanten Einstellung absolut bindende Wirkung

[→ Schütrumpf, Protokoll Nr. 33].

1951 wurde das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED – seit 1976 Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED – gegründet mit der Aufgabe, „Kader“ für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in den Gesellschaftswissenschaften der DDR auszubilden. Viele der so Ausgebildeten wurden nach Abschluß ihrer Dissertation an die Universitäten delegiert, wo sie oft Schlüsselpositionen übernahmen und die Linie der SED durchsetzten. Von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften wurden auch Kräfte ausgebildet, die für die Besetzung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Lehrstühlen in der Bundesrepublik vorgesehen waren, um auf diese Weise für eine mögliche Wiedervereinigung geistig gerüstet zu sein [→ Schütrumpf, Protokoll Nr 33].

Seit den siebziger Jahren spielte das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED keine wichtige Rolle mehr. Es blieb Produzent von promovierten Kadern. Weiterhin gepflegt wurde die gesellschaftswissenschaftliche Forschung. Doch die Ergebnisse hatten kaum noch Wirkung auf die Politik der SED.

Eine politisch bedeutsame Rolle erhielt die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die eng mit der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften kooperierte und gemeinsame interdisziplinäre Forschungsprojekte durchführte. Daneben gab es Parteihochschulen der Blockparteien, die jedoch kein Promotionsrecht besaßen. Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften trat nach 1985 anläßlich der Gespräche der SED-Führung mit der SPD bei

der Erarbeitung des SED-SPD-Papiers von 1987 [→ Schütrumpf, Protokoll Nr. 33] ins öffentliche Bewußtsein.

Die eigentliche Kaderschmiede der SED, an der die ersten und zweiten Kreissekretäre geschult wurden, war die Parteihochschule. Spitzenfunktionäre wurden zusätzlich an den Hochschulen der KPdSU qualifiziert.

Soziologische Fragen wurden bis zum Beginn der sechziger Jahre ausgeklammert. Bis dahin glaubte man, die Soziologie auf den historischen Materialismus reduzieren zu können. Ab 1963/64 jedoch wurde plötzlich der Ruf nach empirischer sozialwissenschaftlicher Forschung durch das Politbüro laut (Schlagwort „konkrete Sozialforschung"). Ein Institut für Meinungsforschung wurde gegründet (bezeichnenderweise wurde es dem Minister des Innern zugeordnet) sowie das bis zum Ende der DDR in der empirischen sozialwissenschaftlichen Forschung führende Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Dieses war direkt dem Ministerrat, also der Regierung, unterstellt. Wenige Jahre nach seiner Gründung durfte dieses Institut seine empirischen Forschungsergebnisse nicht mehr veröffentlichen und die institutseigene Zeitschrift „Jugendforschung" wurde eingestellt.

5.3. *Lenkung und Instrumentalisierung der Forschung durch die SED*

Das Prinzip der Selbststeuerung der Wissenschaft wurde von der SED-Führung auch für die Forschung außer Kraft gesetzt. Die Strukturen für die Forschung (Institutsgründungen oder -umstrukturierungen z. B.) wurden von der Partei festgelegt, die Forschungsmittel und von ihr als wichtig angesehene Forschungsthemen beschlossen, die leitenden Wissenschaftler von ihr berufen. An den Hochschulen und Akademien hatten nach der 3. Hochschulreform die SED-Kreisleitungen auch die Forschungspolitik zu bestimmen [→ Meyer, Schütrumpf, Protokoll Nr. 33].

Die Wissenschaftler gerieten aufgrund der externen Steuerung der Forschung unter Legitimierungszwänge. Es gab zwei grundsätzliche Begründungsmuster: Den Nutzen für die sozialistische Gesellschaft, den die jeweiligen Forschungsergebnisse erbringen würden, und der ideologische Gewinn, der mit den betreffenden Untersuchungen in der internationalen Klassenauseinandersetzung zu erzielen sei. Der Forschungsalltag unterschied sich allerdings oft von diesen Begründungsvorgaben [→ Meyer, Protokoll Nr. 33]. Die an den Universitäten und Akademien offiziell durchgeführte Forschung war in Plänen unterschiedlich hoher Ebenen niedergelegt. Es gab Forschung, die in zentralen Staatsplänen verankert war (sog. ZP-Themen), in Plänen auf Ministeriumsebene (ZM-Themen) oder lediglich auf Universitätsebene.

Wegen der Ausrichtung auf den ökonomischen Nutzen war die Industrieforschung in der DDR stark entwickelt. Die Pläne Wissenschaft und Technik erfuhren durch Parteivorgaben besondere Wertung. Diese Kampagnen ent-

sprachen den auf Parteitagen der SED vorgegebenen Hauptzielstellungen. Auf die entsprechenden Betriebe wurden Staatsplanthemen, Arbeitskräfte, Investitionen und Material konzentriert. Staatsplanthemen waren in der Regel gleichzeitig unter Parteikontrolle [→ Jork, Protokoll Nr. 33].

Politisch als wichtig erachtete Forschungsthemen und -arbeiten wurden oft geheimgehalten. Das hatte zur Folge, daß ein freier Informationsaustausch innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft nicht möglich war, nicht einmal im eigenen Land.

Offen ist, ob durch solche Geheimforschungen interessante wissenschaftliche Erkenntnisse erbracht wurden. Erste Recherchen lassen die Vermutung sinnvoll erscheinen, daß das in der Regel nicht der Fall gewesen sein dürfte, außer vielleicht im militärischen Bereich [→ Expertise Voigt]. Als besonders kritische Gebiete, in der die Geheimhaltung recht intensiv und extensiv betrieben wurde, galten militärische Bereiche, andere „sicherheitsrelevante" Themen (z. B. aus der Kriminalistik), ökonomische Fragestellungen, sportwissenschaftliche Untersuchungen (z. B. zu Trainingsmethoden von Leistungssportlern) und empirische Forschungsergebnisse aus den Sozialwissenschaften. Generell geheim war die Tätigkeit an der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS [→ Arbeitsgruppe Staatssicherheit], an der Staatssicherheitsoffiziere im Direkt- und Fernstudium zu „Diplom-Juristen" ausgebildet wurden. Die Stasi-Kaderschmiede besaß auch Promotions- und Habilitationsrecht, das sie mißbräuchlich für politische Zwecke nutzte [→ Expertise Voigt].

In den ersten Jahren der SBZ/DDR wurde besonders im Hochschulbereich die „Brechung des Bildungsmonopols" der Bourgeoisie als Ziel verkündet und durch entsprechende Maßnahmen (Förderung von Arbeiter- oder Bauernkindern) umgesetzt. In späteren Jahrzehnten kam es jedoch mehr und mehr zur Rekrutierung der Studierenden aus den herrschenden Schichten der Partei- und Militärbürokratie sowie aus der Intelligenz. Dem Ziel, hochqualifizierte, politisch ausgerichtete „Kader" heranzubilden, wurde durch strikte politische Auswahl nachgeholfen. So konnten männliche Studienbewerber ihre Aussichten, für begehrte Fächer zugelassen zu werden, beträchtlich erhöhen, wenn sie sich verpflichteten, drei Jahre statt achtzehn Monate ihren „Ehrendienst bei der Nationalen Volksarmee" abzuleisten. Die Hochschulen hatten auch die Aufgabe, „Kader" in höheren Leitungspositionen, die sich bereits politisch bewährt hatten, aber keine ausreichenden Fachkenntnisse besaßen, fachlich weiterzubilden [→ Expertise Voigt]. Der größte Teil der nur begrenzt anpassungsfähigen oder -bereiten Wissenschaftler blieb im Mittelbau stecken, d. h. in meistens unbefristeten Stellen als wissenschaftliche Assistenten oder Oberassistenten, in der Regel promoviert, oft auch habilitiert, aber ohne reale Aussicht, jemals als Hochschullehrer berufen zu werden.

5.4. *Nachwirkungen des SED-geprägten Umgangs mit der Wissenschaft*

Lehre und Forschung wurden einerseits direkt von der SED gelenkt, andererseits zur „wissenschaftlichen" Steuerung von Wirtschaft, Kultur, Bildung und allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens instrumentalisiert. Die DDR ist ein Beispiel für den Versuch externer Steuerung der Wissenschaft.

Die Neuordnung des Hochschulwesens in den neuen Bundesländern hatte vor allem die Wiederherstellung der Freiheit der Wissenschaft durch eine angemessene Struktur der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen zum Ziel, ferner den Wiederaufbau der kulturwissenschaftlichen Fächer, die Beseitigung des Faches Marxismus-Leninismus, die erneute Wiederherstellung der Einheit von Forschung und Lehre durch Abbau bzw. Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften und anderer Forschungseinrichtungen. Mit diesen strukturellen Neuordnungen ging der Abbau enormer Überkapazitäten einher, vor allem aber auch die Entlassung solcher Wissenschaftler, die sich zum Nachteil ihrer Kollegen und Studenten in den Dienst des MfS hatten einspannen lassen.

Zur Bewältigung dieser Probleme wurden in den einzelnen Ländern unterschiedliche Wege eingeschlagen, und es muß späteren Untersuchungen und Berichten vorbehalten bleiben, ein differenziertes und umfassendes Bild über diese noch nicht abgeschlossenen Vorgänge zu entwerfen. Das Bemühen durch Evaluierungen und durch Stasi-Überprüfungen eine gerechte Auswahl unter den Betroffenen vorzunehmen, scheint im großen und ganzen gelungen, wenn auch in Einzelfällen zweifelhafte Entscheidungen getroffen wurden [→ AG Seilschaften]. Der Wiederaufbau einiger besonders betroffener Fächer war nur durch Berufungen westdeutscher oder ausländischer Professoren möglich, weil in der DDR dafür überhaupt kein qualifiziertes, nicht-kompromittiertes und erfahrenes Hochschulpersonal vorhanden war.

Dies alles zusammengenommen führte zu mancher Unzuträglichkeit und wurde und wird von den Betroffenen vielfach nicht ganz verstanden oder falsch interpretiert. Durch die „Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne des Artikel 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages" wurden Anerkennungen und Anerkennungsverfahren für alle mit den Abschlüssen der alten Bundesländer vergleichbaren Bildungsabschlüssen der DDR durch die Kultusministerkonferenz der Länder festgelegt. Für die Studierenden aus den neuen Bundesländern bedingt die neue Situation an den Hochschulen (Strukturänderung, Freiheit der Wissenschaft und Forschung), eine erhebliche Umstellung und ein hohes Maß an Selbständigkeit.

5.5. *Offene Fragen und Forschungsdesiderata*

Rolle und Funktion der Wissenschaft im SED-Staat konnten von der Enquete-Kommission nicht eingehend behandelt werden, so daß gerade in diesem Bereich vielfältige Themen für die weiterführende Forschung empfohlen werden müssen:

- Exemplarische Studien über einzelne Hochschulen und Wissenschaftsdisziplinen sowie das Verhalten von Wissenschaftlern bei dem Versuch der SED, die wissenschaftliche Entwicklung durchgängig extern zu steuern
- Auswirkungen marxistisch-leninistischer Dogmen und Prägungen auf die Geisteswissenschaften und die Rolle und Funktion von Parteiinstitutionen im Bereich vor allem der Geisteswissenschaften
- Die Rolle der Industrieforschung in der DDR und ihre Wirksamkeit in der sozialistischen Planwirtschaft
- Auswirkungen der Bündnispolitik der SED mit der Intelligenz auf die Gegenwart
- Umfang und Ergebnisse nichtregulärer Forschungen in der Wissenschaft der DDR infolge persönlichen Engagements von Wissenschaftlern
- Ursachen und Folgen aus ideologischen Gründen verhinderter und abgelehnter Qualifikationsarbeiten an den Universitäten und Hochschulen der DDR
- Ursachen und Bedingungen für hohe Leistungen in einzelnen Wissenschaftsdisziplinen trotz der ständigen Versuche der externen Einflußnahme, so in der Linguistik oder in der Psychologie
- Untersuchung der Frage, ob die Ausweitung von Fachschulen als Kompensation für die Einschränkung des Hochschulstudiums zu werten ist.

5.6. *Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber zur Funktion von Wissenschaft und Forschung in der DDR*

„Die Arbeitsgruppe der SPD in der Enquete-Kommission hält es für angebracht, in den Abschlußbericht keinen Abschnitt über das Thema Wissenschaft (und Forschung) aufzunehmen. Dafür gibt es a) formale und b) sachliche Gründe:

a) Die Kommission konnte sich aus Zeitgründen dem Thema nicht in der notwendigen Intensität zuwenden. Zu den wichtigsten Problemkreisen wurden keine Expertisen erstellt. In einer Anhörung wurden nur Teilaspekte des Themas erörtert, so daß zwangsläufig kein halbwegs vollständiges Bild von der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der DDR bis zur

Wende im Herbst 1989 sowie von ihrer strukturellen wie ideologischen Bedeutung für das Herrschaftssystem entstehen konnte.

b) Eine nur beiläufige oder verknappte Darstellung der Funktion von Wissenschaft und Forschung in der DDR widerspräche zunächst einmal dem Anspruch jener Menschen auf gerechte Beurteilung, die häufig ein ganzes Leben im Wissenschafts- und Forschungsbetrieb der DDR verbracht haben. Sie würde aber auch nicht dem Stellenwert gerecht, den dieses gesellschaftspolitische Aktionsfeld für die Herrschenden besessen hat. Für die hier notwendige und hinreichende Akkuratesse wäre die systematische Klärung einer Reihe grundsätzlicher Fragen notwendig gewesen.

Hierzu gehörte:

- die Definition der Begriffe „Wissenschaft", „Forschung" und vor allem „Wissenschaftlichkeit" sowie „Wahrheit" im ideologischen Sprachhaushalt des in der DDR propagierten Marxismus-Leninismus (ML)
- die Analyse der Folgen jener verhängnisvollen Tatsache, daß der ML in dogmatischer Weise als eine Art „Oberwissenschaft" verordnet und bis in die Forschungsergebnisse der Einzelwissenschaften hinein als Kontrollinstrument der Wissenschaftsfunktionäre der SED eingesetzt wurde
- die sorgsame Analyse des Verhältnisses von Grundlagen- zur angewandten, von Akademie-, Universitäts- und Industrieforschung in der DDR. In diesem Kontext wäre die Frage zu beantworten, warum die – auch im internationalen Vergleich – erheblichen Mittel, die die SED über vier Jahrzehnte für Wissenschaft und Forschung ausgegeben hat, in einigen Bereichen nur Mittelmäßigkeit erzeugt haben, und warum in anderen, zumeist den natur- bzw. technikwissenschaftlichen aber beachtliche, auch international beachtete Resultate erzielt wurden
- die Kaderpolitik an den Lehr- und Forschungseinrichtungen in den einzelnen Phasen der DDR-Geschichte einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Lage der Studentenschaft und ihr Selbstverständnis (Versorgungsmentalität, Anpassungsverhalten etc.)
- die (Anleitungs-) Funktion der außeruniversitären, insbesondere der SED-Institute mit wissenschaftlichem Anspruch (AfGW, IPW, IfML, Institut für Meinungsforschung, Hochschule „Karl Marx" etc.)
- die Erörterung der Frage, welche Folgen die ideologisch fixierte Vorstellung von der Planbarkeit von Wissenschaft und Forschung in der Praxis gehabt hat
- die Darstellung der Formen der Abschottung von Wissenschaft und Forschung von den internationalen Kommunikationsströmen, v.a. den westlichen, und ihre Folgen, einschließlich der internen, z. T. ins

Absurde gesteigerten Geheimhaltungspraxis, die weit über den militärwissenschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich hinausreichte

– die Analyse der mittel- und unmittelbaren Eingriffe der Partei in den Lehr- und Forschungsbetrieb.

Dieser Aufgabenkatalog ist nicht vollständig. Schon die genannten Themenkomplexe lassen sich aber nicht en passant oder, wie im vorliegenden Fall, im Weg eines rhapsodischen Eklektizismus erledigen. Für die Aufarbeitung der Geschichte eines Systems, dessen Träger sich jeder Kritik mit dem Hinweis entzogen, daß ihre Politik auf einer wahren, weil „wissenschaftlichen Weltanschauung" beruht, ist jedoch die adäquate Bewertung der Funktion gerade von Wissenschaft und Forschung unerläßlich. Hierbei wären insbesondere die schon vorliegenden Ergebnisse der Wissens- und Wissenschaftssoziologie zu berücksichtigen. Angesichts des Zeit- und Arbeitsdrucks, unter dem die Kommission stand, war das leider nicht möglich."

6. *Kulturpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit*

Vorbemerkung

Das SED-Regime versuchte, alle kulturellen Bereiche in den Dienst einer „Staatskultur" zu stellen. Bildende Kunst wie Literatur, Theater und Film, Musik, die Kulturwissenschaften und die Architektur sollten die aus ideologischen Gründen verordneten Richtungen, vor allem den „sozialistischen Realismus" vertreten und das Bild des „sozialistischen Menschen" propagieren. Mittel der Durchsetzung dieser Ziele waren die offene oder indirekte Zensur und ein Instrumentarium von Kontroll-, Belohnungs- und Bestrafungsmaßnahmen, von der Vergabe von Preisen und Gewährung von Privilegien, bis hin zur Verweigerung von Vergünstigungen, dem Ausschluß aus Verbänden, der strafrechtlichen Verfolgung oder der Ausweisung, der Überwachung und „operativen Bearbeitung" durch das MfS [→ Walther, Protokoll Nr. 35].

Anfangs verdeckte der demonstrierte Konsens den von der KPD-Führung bereits 1944/45 in Moskau formulierten ideologischen Herrschaftsanspruch. Ende der vierziger Jahre wurde die Kultur dann offen den Maßgaben einer stalinistischen Herrschaftspraxis unterworfen.

Im Rückblick auf 45 Jahre SBZ/DDR läßt sich erkennen, daß die Kulturgeschichte der DDR einerseits zu einer Geschichte „verlorener Illusionen", andererseits zu einer Geschichte „ästhetischer Selbstbehauptung" geriet [→ Expertise Thomas]. Damit wird ein Grundkonflikt markiert, der die kulturellen Prozesse in der SBZ/DDR über vier Jahrzehnte in wechselhafter Ausprägung bestimmen sollte: Es war das Ziel der Staatspartei, eine institutionelle Kultur zu etablieren, die den Normen ihrer utilitaristischen Scheinästhetik folgen sollte. Andererseits war es die Sehnsucht vieler Künstler einen authentischen

Ausdruck für ihre eigene Welt- und Selbsterfahrung zu finden sowie eine autonome Kultur zu entwickeln.

Dieser Antagonismus zwischen institutioneller und autonomer Kultur wurde auf unterschiedliche Weise verarbeitet und führt auch heute noch zu einer unterschiedlichen Einschätzung der SED-Kulturpolitik und ihrer Wirkungen in der ehemaligen DDR. Dies kam auch im Rahmen der Anhörung „Kunst und Kultur in der DDR“ und in manchen einschlägigen Expertisen zu diesem Thema zum Ausdruck. Die Enquete-Kommission hat einige dieser Widersprüche zu beleuchten versucht. Dabei ist deutlich geworden, daß auch im Kulturbereich noch eine Fülle von Forschungsarbeiten zu leisten ist.

- Waren bildende Kunst und Literatur tatsächlich immer nur Formen parteilicher Kultur, eine Waffe zur weiteren Durchsetzung bzw. zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft der SED-Führung?
- Waren Kunst und Literatur ausschließlich Waffen für den Sozialismus, wie Kurt Hager meinte?
- Setzt ein totalitäres Herrschaftssystem nicht auch schöpferisch künstlerische Energien frei oder ist Kultur nicht steuerbar, in ihren Wirkungen unberechenbar, nicht abschirmbar gegenüber unerwünschten Einflüssen?

Dem Streit um die „Gesinnungsästhetik“ folgte der Schock über die Skrupellosigkeit, mit der die Staatssicherheit die Kulturszene zu unterminieren suchte. Zeitweilig wurde gar der Eindruck erweckt, als könnte unter den Bedingungen einer Diktatur keine wirkliche Kunst entstehen, sondern nur eine „Staatskultur“. Es ist offenkundig, daß es in der DDR eine „Staatskultur“ gegeben hat und sich „Kulturschaffende“ den bornierten Maßgaben der SED-Politik und dem Reglement des Überwachungsstaates unterworfen haben. Damit gewinnt die alte Frage nach dem Verhältnis von Geist und Macht eine beklemmende Aktualität. In aller Regel hat die SED mit ihrer Politik die Kultur gezähmt und beschädigt. Die Kulturpolitik blieb somit ein unerträglicher Störfaktor für die Künstler [→ Jäger, Protokoll Nr. 35].

Die Aufarbeitung der Kulturpolitik in der DDR steht aufgrund der jetzt zugänglichen Aktenbestände noch ganz am Anfang. Das gesamte Geflecht, die Einzelvorgänge, auch die Publikationsschicksale einzelner Werke, die Wege und Umwege von Personalentscheidungen usw. können erst durch den zusammenfassenden Vergleich der Unterlagen des Kulturministeriums, der Kulturabteilung des SED-Zentralkomitees, der Künstlerverbände, einschließlich der Akademie der Künste und der Staatssicherheit, voll erschlossen werden.

6.1. *Der kulturpolitische Anspruch der SED-Führung und Phasen der SED-Kulturpolitik*

Der Neuaufbau der Kulturlandschaft Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte in der sowjetischen Besatzungszone sehr früh. Künstler, In-

tellektuelle und Wissenschaftler kamen aus dem Exil zurück, nicht zuletzt deshalb, um einen Beitrag zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu leisten, wie von der KPD im Juni 1945 und wenig später von den anderen in der sowjetischen Besatzungszone zugelassenen Parteien verkündet wurde. Jedoch vollzog sich dieser Neuaufbau unter der Parole des Antifaschismus von Anfang an selektiv; d. h. bereits vor der Gründung der DDR hatte die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD bzw. spätere SED ihre kulturpolitischen Ziele zumindest perspektivisch formuliert und zum Teil realisiert [→ Jäger, Protokoll Nr. 35].

Schon 1948 wurde vom Büro der Kominform verkündet, daß es in den „Volksdemokratien" in der Kultur keine eigenen Wege geben könne. Wie zuvor in der Sowjetunion wurde moderne Kunst in der Malerei und Architektur (so die Kampagne gegen die Bauhaus-Tradition) unterbunden. Hatten zunächst noch sowjetische Kulturoffiziere zonenübergreifende Initiativen gefördert und künstlerische Freiräume gesichert, wurde der Einfluß des Stalinismus seit Anfang 1948 immer stärker.

Die Kulturpolitik in der DDR hatte die Aufgabe, die Herausbildung von sozialistischen Denk- und Verhaltensweisen zu fördern. Künstlergruppen, Kunsthochschulen und Verbände wurden systematisch gleichgeschaltet und Kunstwerke, die nicht den Vorstellungen der Kulturabteilung des ZK der SED entsprachen und von der vorgegebenen Sicht von der Rolle der Partei und ihrer Politik abwichen, als dekadent und abweichlerisch verurteilt.

Die „Kunstschaffenden" sollten ihren Beitrag zur Festigung der kommunistischen Ideologie leisten und zur Prägung der „sozialistischen Persönlichkeit" beitragen. Die entschiedene Parteinahme für den Sozialismus beinhaltete zugleich ein Freund-Feind-Schema, das einerseits mit Hilfe der Kunst seinen ästhetischen Ausdruck finden sollte, das andererseits aber auch zur Ablehnung „bürgerlich-dekadenter" Kunstrichtungen und -entwicklungen führen konnte. Erinnert sei hier an die „ismen"-Debatten (z. B. Formalismus) der fünfziger und sechziger Jahre, oder die Ablehnung der Rock-Musik durch Ulbricht. In den siebziger Jahren änderte sich hier allerdings die Taktik der Kulturpolitik. Die Künstler erlangten eine größere Freiheit in der Wahl der Form ihrer künstlerischen Mittel, ohne damit den Protest der SED hervorzurufen. Allerdings hat die größere Freiheit in der Wahl der ästhetischen Mittel nicht zu mehr widerständigem Verhalten der Künstler geführt, als es vorher beobachtet werden konnte. Vielmehr gelang es der SED mit Hilfe ihrer flexibleren Haltung, Reibungsverluste zwischen ihrer Kulturpolitik und den Künstlern abzubauen. Eine kulturpolitische Großkampagne war der 1959 initiierte „Bitterfelder Weg". Künstlerisch tätige Laien sollten im Sinne des Slogans „Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische deutsche Nationalliteratur braucht dich!" mobilisiert werden. Außerdem sollten Künstler in die Betriebe gehen, um den Werktätigen die Kunst nahezubringen. Aber bald wurde sichtbar: Diskussionen

der Werktätigen zeigten den Betriebsalltag zu kritisch, ließen die Planer- und Leiterebene vermissen, waren propagandistisch eher untauglich – insgesamt blieb auch die künstlerische Qualität zu weit zurück. Die „kulturrevolutionäre" Initiative Bitterfeld, eine Initiative von oben, wurde zuerst abgeschwächt, dann ganz begraben.

Die Kafka-Konferenz (27./28. Mai 1963) markierte in der Kulturpolitik der sechziger Jahre eine Zäsur. Franz Kafkas Werk erschien auch als ein Deutungsmuster für die Undurchsichtigkeit des bürokratischen Systems des Stalinismus. Eine Aktualisierung Kafkas im Sinne einer literarisch gestalteten Anwendung der Entfremdungstheorie auf das sozialistische System selbst mußte zu einer politisch folgenschweren Erschütterung führen. Im Inneren wurden die Künstler auf eine parteiliche Kunst und Literatur „im Dienst von Volk und Fortschritt", auf den „sozialistischen Realismus" verpflichtet [→ Expertise Mechtenberg; Jäger, Protokoll Nr. 35].

Unter den Bedingungen der DDR bestand aber seit jeher ein Spannungsverhältnis zwischen der staatlichen Kulturpolitik auf der einen und den „Kulturschaffenden" auf der anderen Seite. Die Durchsetzung der Ziele der SED-Kulturpolitik über die Parteiorganisationen auf den verschiedenen Ebenen, die staatlichen Organisationen sowie die einzelnen Künstlerverbände blieb ein widerspruchsvoller Prozeß, der sich sowohl in verordneten Maßnahmen, als auch im nachträglichen Reagieren auf künstlerische Entwicklungen vollzog. Die innere und die äußere Situation blieben maßgebend für die Art und Weise, in der die Konflikte zwischen den „Kulturschaffenden" und der Obrigkeit ausgetragen wurden [→ Bentzien, Protokoll Nr. 35; Bericht Michalk].

Exemplarische Beispiele für die Konfliktaustragung zwischen den Kulturschaffenden und der Obrigkeit waren das gewaltsame Ende des Prager Frühlings 1968 und die Machtübernahme Honeckers 1971 in der DDR. In Ulbrichts harmonisches Konzept der „sozialistischen Menschengemeinschaft" ließ sich die subjektive Erfahrung widerspruchsvoller Wirklichkeit nicht einfügen. So erscheint es beinahe zwangsläufig, daß sich die Kluft zwischen Kunst und Kulturpolitik zunehmend vertiefte.

Der Rücktritt Ulbrichts weckte zunächst neue Hoffnungen. Auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 registrierte der neue Parteichef, Erich Honecker, „Oberflächlichkeit, Äußerlichkeit und Langeweile" in der DDR-Kultur und ermutigte die „Suche nach neuen Formen". Die Künstler sollten die „Breite und Vielfalt der Lebensäußerungen" mit dem „Reichtum ihrer Handschriften und Ausdrucksweisen" ausschöpfen und dadurch zur Prägung der „sozialistischen Persönlichkeit" beitragen. Es sollte keine „Tabus" geben, wenn man von „festen sozialistischen Positionen ausgeht" – erklärte Honecker im Dezember 1971.

Die Veröffentlichung verschiedener zurückgehaltener Werke, zu denen u. a. Stefan Heyms „König David Bericht", Ulrich Plenzdorfs „Die neuen Leiden

des jungen W." und Brigitte Reimanns „Franziska Linkerhand" zählten, wurde als Indiz für eine hoffnungsvolle Entwicklung aufgefaßt. Spätestens im Herbst 1976 war das Ende aller Träume auf einen wirklichen Wandel der Kulturpolitik gekommen. Rainer Kunze wurde nach der Veröffentlichung seines Buches „Die wunderbaren Jahre" in der Bundesrepublik am 26. Oktober 1976 aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen und konnte im April 1977 in die Bundesrepublik ausreisen. Wenige Tage nach einem Konzert in Köln wurde Wolf Biermann am 16. November 1976 die Staatsbürgerschaft der DDR entzogen und damit eine Zwangsausbürgerung veranlaßt, die der ZK-Sekretär Kurt Hager zynisch als „reinigendes Gewitter" bezeichnete. Die „administrative Blitzaktion" (M. Jäger) wurde von vielen Künstlern der DDR als Schock empfunden.

Die politische Reaktion der SED-Führung zerstörte jede Illusion. Aus dem „Fall Biermann" war ein kulturpolitischer Grundkonflikt geworden, der den endgültigen Bruch zwischen Geist und Macht herbeiführte. Der kulturpolitische Klimawechsel äußerte sich nicht nur in verschiedenen Parteiausschlußverfahren, sondern wurde vor allem durch die Ausreise zahlreicher prominenter Künstler (wie Erich Loest, Rainer Kunze, Angelika Domröse, Hilmar Thate, Armin Mueller-Stahl, Manfred Krug, Günter Kunert, Sarah Kirsch) bestätigt [→ VI. Themenfeld]. Dieser Exodus wurde von der skrupellosen SED-Kulturpolitik zunächst als Entlastung von Konflikten betrachtet, doch bedeutete er vor allem einen wachsenden Prestige- und Substanzverlust. Die Verstörung und Resignation vieler Künstler wurde vom Mißtrauen der SED-Politiker begleitet, die zu den Mitteln der Diffamierung, der verschärften administrativen Kontrolle und der Überwachung durch die Staatssicherheit griffen, um auf diese Weise die Kulturszene zu unterdrücken. In der Kulturpolitik war eine neue Eiszeit angebrochen.

Auch die Auswärtige Kulturpolitik der DDR hat bei der angestrebten Systemstabilisierung des sozialistischen SED-Staates eine stetig wachsende, nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Es dürfte jedoch nicht leicht fallen, die De-facto-Wirkungen im Ausland im Sinne der jeweiligen Zielsetzung angemessen zu bewerten. Sicherlich waren diese regional unterschiedlich. Dort, wo die DDR weniger mit einer Systemkonkurrenz (Bundesrepublik Deutschland) zu rechnen hatte, dürften sie nachhaltiger gewesen sein. Jedoch hat die Auswärtige Kulturpolitik in zahlreichen Fällen mitgeholfen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR mit anderen Staaten zu erleichtern und die zunehmende Bedeutung des zweiten deutschen Staates in der internationalen Politik zu verdeutlichen [→ Jacobsen, Protokoll Nr. 36].

Ausgehend von dem ideologisch bedingten Selbstverständnis der Führungseliten und ihres Kulturbegriffes, der dem „kommunistischen Klassenstandpunkt" und damit der „sozialistischen Lebensweise" entsprechen mußte, standen Parteilichkeit, „Volksverbundenheit" und „sozialistischer Ideengehalt" als

Anspruch im Mittelpunkt von Äußerungen, Richtlinien, Vereinbarungen und Aktivitäten. Gemeint war damit aber, daß die Auswärtige Kulturpolitik zuerst und vor allem den politischen Interessen der DDR-Führung, der Verwirklichung des sozialistischen Internationalismus sowie der Strategie und Taktik der nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu dienen hatte. Im Zuge der Entspannungspolitik hat sie darüber hinaus einen besonderen Beitrag zur Politik der „friedlichen Koexistenz", d. h. der Zusammenarbeit unterschiedlicher Gesellschaftssysteme zu leisten, ohne jedoch den Klassenantagonismus in Frage zu stellen.

Im Rahmen und als zusätzliches Instrument der Auswärtigen Politik wurden der Auswärtigen Kulturpolitik drei besondere Aufgaben übertragen:

- die Integration der sozialistischen Staaten nach besten Kräften zu fördern
- offensiv die ideologische Auseinandersetzung des Sozialismus mit dem „Imperialismus" mit allen kulturellen Mitteln zu unterstützen, um gleichzeitig
- defensiv den „zersetzenden" Einfluß der „bürgerlichen Pseudokultur" zu bekämpfen. Diese Aufgabe wurde nach Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte (1975) im Hinblick auf den Korb III (Informationsfluß usw.) noch dringlicher.

Nach der weltweiten Anerkennung der DDR und der Aufnahme in die UN (1973) änderten sich die Schwerpunkte der Auswärtigen Kulturpolitik. In den Vordergrund trat nunmehr die wachsende Konkurrenzsituation mit den kulturpolitischen Einflüssen der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen der Propagierung einer „sozialistischen Nation", verbunden mit einer unmißverständlichen Abgrenzung von der Bundesrepublik – also das Streben nach einer eigenen kulturellen Identität. Dieses Programm konnte allerdings nicht überzeugen, wie dies u. a. die Reaktionen in mehreren sozialistischen Staaten des Warschauer Paktes und anderen Industrienationen verdeutlicht haben. Trotz beachtlicher Einzelerfolge konnte die Auswärtige Kulturpolitik der SED zu keinem Zeitpunkt – sieht man einmal vom Sport ab – die Überlegenheit der „sozialistischen deutschen Nationalkultur" im Ausland beweisen. Das lag in erster Linie an der Herrschaftspraxis der SED-Führung, der Mißachtung von Menschenrechten und dem eingeschränkten Handlungsspielraum für die Bürgerinnen und Bürger der DDR [→ Jacobsen, Protokoll Nr. 36].

6.2. *Die Rolle der kulturellen Verbände bei der Instrumentalisierung der Kultur*

Der am 14. Juli 1945 gegründete Kulturbund trat als „antifaschistische Sammelbewegung" auf. Ursprünglich zur Stärkung des klassisch-humanistischen Erbes und zur Überwindung der Folgen des Nationalsozialismus gedacht, wurden auf diesem Wege die Künstler in eine kontrollierende Organisa-

tion eingebunden und instrumentalisiert. Nur in den ersten Nachkriegsjahren konnten sich unter dem Dach des Kulturbundes unterschiedliche Positionen artikulieren. Die propagierten Leitsätze des Kulturbundes traten bereits in den Anfangsjahren zunehmend als angewandte Prinzipien der sozialistischen Kulturpolitik zutage. Letztlich war auch der Kulturbund – wie die anderen Massenorganisationen – ein „Transmissionsriemen", eine Verbindung zwischen Partei und bestimmten Bevölkerungsschichten [→ Expertise Mechtenberg; Jäger, Protokoll Nr. 35].

Der Verband **Bildender Künstler** war das entscheidende Werkzeug, um in diesem Bereich der Kunst Zensur auszuüben. Mitgliedschaft in dem Berufsverband eröffnete – nach einer dreijährigen „Probezeit" als Kandidat – die Möglichkeit, künstlerisch tätig zu werden; denn der Verband vergab die Aufträge von Betrieben und den Abteilungen Kultur der Räte der Bezirke an die Künstler. Zensur wurde auch über den Staatlichen Kunsthandel ausgeübt, der die Künstler auswählte, deren Werke ausgestellt werden durften [→ Bohley, Protokoll Nr. 35].

Der **Schriftstellerverband**, 1952 auf dem III. Deutschen Schriftstellerkongreß gegründet, hatte eine Monopolstellung in der DDR, die weitgehend unterbinden konnte, daß oppositionelle Schriftsteller in der Öffentlichkeit auftraten. Eine Aufnahme in den Schriftstellerverband setzte eine kontinuierliche staatsloyale schriftstellerische Arbeit voraus; außerdem benötigten die Kandidaten zwei Bürgen für die Aufnahme. Die Mitgliedschaft im Schriftstellerverband verbürgte einen bestimmten Anspruch auf Wohn- und Arbeitsraum, auf Stipendien und Reisen, auf Kranken- und Sozialversicherung und hatte die Folge, daß die Schriftsteller im Verständnis der Behörden als Berufstätige galten und nicht Gefahr liefen, in die Nähe des kriminell Straffälligen zu geraten. Nach der rechtswidrigen Biermann-Ausbürgerung wurde die Aufnahme in den Schriftstellerverband zunehmend restriktiver gehandhabt. Bewarben sich Schriftsteller nicht um die Aufnahme in den Schriftstellerverband, wurde ihnen die Arbeitsmöglichkeit in der DDR in absehbarer Zeit erschwert und schließlich verwehrt [→ Expertise Michael; Bericht Michalk].

Zur kulturpolitischen Abhängigkeit gehörte auch die Parteizugehörigkeit der Mehrzahl der Präsidiumsmitglieder des Schriftstellerverbandes, unter ihnen – wie wir heute wissen – zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiter (IM). Eine Vernetzung mit dem ZK der SED war zudem durch den Präsidenten Hermann Kant gegeben. Diese enge Verbindung von Politbüro, ZK, MfS und Parteiorganisation mit dem Schriftstellerverband bot die Garantie dafür, daß kulturpolitische Beschlüsse der SED innerhalb des Schriftstellerverbandes umgesetzt wurden.

6.3. *Die Steuerung der kulturellen Tätigkeiten durch Repressionen und Privilegierung*

Obwohl offiziell eine Zensur bestritten wurde und man allenfalls von Maßnahmen zur Ausschaltung feindlicher Einflüsse sprach, gab es mit der „Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen“ seit 1959 eine Handhabe für die Durchsetzung der staatlichen Kontrolle. Vorbild für die Zensurmechanismen war die Sowjetunion [→ Faust, Protokoll Nr. 35].

Das 3. Strafrechts-Änderungsgesetz vom 28. Juni 1979 stellte die Weitergabe von „Nachrichten, Manuskripten und anderen Materialien, die geeignet sind, den Interessen der DDR zu schaden“ unter Strafe. Damit hatte sich Partei und Staat ein Rechtsmittel geschaffen, das als latente Drohung über jeder nicht genehmigten Drucklegung eines Manuskripts in der Bundesrepublik schwebte und der Partei den Ermessensspielraum gab, gegen kritische Schriftsteller strafrechtlich vorzugehen.

Steuerungselemente in der Kulturpolitik waren z. B. materielle Anreize, die bewußt eingesetzt wurden, jedoch oft eine Eigengesetzlichkeit entwickelten und den literaturpolitischen Zielsetzungen der SED-Führung oftmals entgegenwirkten. Die wichtigsten Anreize für Schriftsteller waren die hohen Auflagen, die bei der 1. Auflage durchschnittlich zwischen 10 000 und 25 000 Exemplare erreichten. Die Kalkulation beruhte auf gesichertem Absatz bei den zahlreichen Büchereien der Betriebe und gesellschaftlichen Organisationen, dem stark ausgebauten öffentlichen Bibliothekswesen und der vielfach geübten Praxis, Bücher als Prämien zu verschenken. Diese materiellen Anreize (u. a. auch hohe Entgelte für Fernseh- und Hörspiele, Anstellungen als Lektor oder Dramaturg) wurden durch ein ausgedehntes System von Preisen ergänzt.

6.4. *Die Rolle des MfS bei der Durchsetzung der Kulturpolitik*

Das Thema DDR-Literatur und Staatssicherheit steht neben dem der Verstrickung der Kirchen und einzelner Politiker an herausragender Stelle des öffentlichen Interesses.

Das Ministerium für Staatssicherheit verfügte über wenig Einsicht in die Besonderheiten von Literatur und Kunst. Sein Instrumentarium war darauf gerichtet, primär die ideologischen Abweichungen und Gefährdungen zu messen. Der SED-Staat gründete seine niemals legitimierte, usurpierte Macht nicht unwesentlich auf eine normierte Sprachregelung, um Denk-Tabus hinter Worthülsen zu verstecken. In solch einer Gesellschaft wird unreglementiertes Denken und Sprechen, wird das frei geführte Wort tatsächlich und notwendigerweise zur Bedrohung des streng bewachten Scheins. Dieses Unvermögen schuf Unsicherheit, Mißtrauen bei den ohnmächtig Mächtigen und löste letzt-

endlich den Impuls aus, die Kunst im ganzen, wenn sie schon nicht total beherrschbar war, doch wenigstens umfassend zu überwachen. Diese mit den Jahren zunehmend hypertrophe Tendenz läßt sich auch an der strukturellen und quantitativen Ausweitung der „literaturoperativen" Abteilung des MfS belegen [→ Walther, Protokoll Nr. 35; Expertise Michael].

Der strukturelle Zugriff des Staatssicherheitsdienstes auf die Bereiche Kultur, Bildung und Wissenschaft erfolgte 1954 mit der Einrichtung einer Hauptabteilung (HA V). 1969 – nach dem Prager Frühling – verfügte Mielke die Schaffung einer eigenständigen Hauptabteilung (HA XX), deren vornehmliche Aufgabe es bis 1989 war, das kulturelle Leben der DDR mit all seinen Einrichtungen zu kontrollieren und für eine reibungslose Durchsetzung der SED-Kulturpolitik zu sorgen. Das MfS observierte Schriftsteller und ließ die Führungspositionen in Verlagen, Verbänden und anderen Kulturorganisationen mit Inoffiziellen Mitarbeitern besetzen. Nach den aufsehenerregenden Vorgängen um Biermann, Havemann, Kunze u. a. wurden die Aktivitäten der Stasi flächendeckend ausgeweitet. Besondere Aufmerksamkeit widmete das MfS ab 1979 dem künstlerischen Nachwuchs, um Ansätze auch systemimmanenter Kritik möglichst im Keime zu ersticken. Etwa 30–40 vH der Mitglieder des Präsidiums und Vorstandes des Schriftstellerverbandes und des Verbandes Bildender Künstler waren Inoffizielle Mitarbeiter. Personen, die im kulturellen Alternativbereich tätig waren und nicht als IM der Staatssicherheit hervorgetreten sind (etwa fünfzehn bis zwanzig vH), wurden in Operativen Vorgängen verfolgt und observiert [→ Walther, Protokoll Nr. 35; Expertise Michael].

Mechtenberg u. a. erbrachten aber auch den Nachweis, daß für die DDR-Literatur in ihren besten Vertretern und Werken ein Emanzipationsprozeß von den Auflagen der Kulturpolitik kennzeichnend war, der auch durch repressive Maßnahmen des MfS nicht aufzuhalten war. Der schmerzliche, doch literarisch produktive Konflikt zwischen Dichtung und Doktrin, der das Autonomiestreben bestimmte, hat nicht nur Werke von literarischem Rang hervorgebracht, sondern auch zu einer geistigen, letztlich auf die Überwindung des repressiven Systems gerichteten Entwicklung beigetragen. Daher muß entgegen einer unter dem Eindruck der Diskussion um die Einflußnahme der Staatssicherheit auf die Literatur verbreiteten Tendenz, den in der DDR verbliebenen Autoren ihre Glaubwürdigkeit abzusprechen und ihre Werke als letztlich systemstabilisierend einzustufen, das Autonomiebestreben als Teil einer geistigen Widerstandskultur gewertet werden [→ Expertise Mechtenberg].

Kunst und Kultur in der DDR waren mehr als nur „Staatskultur" im Sinne der SED, obwohl die Partei mit ihren Instrumentarien des Regierungsapparates, des Schriftstellerverbandes und des MfS dauerhafte Einflußnahme versuchte. Die kulturpolitischen Richtlinien des Staates konnten nun den Rahmen bestimmen, innerhalb dessen die Künstler tätig sein durften. Die Künstler haben diesen Rahmen aber immer wieder auch überschritten und haben ihn dadurch

erweitert. Bei allen Rückschlägen und immer neuen Disziplinierungsversuchen hat es auch Phasen einer relativen „Liberalität“ und Auflockerung gegeben. Es hat gewiß eine „Staatskultur“ gegeben. Besonders augenfällig ist dies in der Architektur und in der inhaltlichen Gestaltung von Museen und Gedenkstätten [→ 6.8]. Im Bereich der Literatur und der bildenden Kunst sind die Normen der SED jedoch immer wieder auch verletzt worden. Schriftsteller wählten den Ausweg, ihre Werke in Westdeutschland zu veröffentlichen oder ganz in den Westen überzusiedeln, ihre Rückwirkung in die DDR war ihnen trotz alledem sicher. Doch auch die in der DDR erschienene Literatur überschritt den offiziellen Rahmen oft, die „Botschaften“ steckten zwischen den Zeilen.

Das tatsächliche Kunstschaffen vollzog sich demnach, nicht zuletzt wegen der flächendeckenden Überwachung des kulturellen Bereichs durch das MfS, im Schatten der SED-Politik, zugleich aber vielfach auch im Streben nach mehr Autonomie und nach Ausweitung der – je nach ideologischer Linie schwankenden – zugestandenen Freiräume. Anstelle einer unerreichbaren Totalvereinnahmung mußte sich die SED mehr und mehr mit einer flexiblen – teilweise auch die Wünsche der Künstler und des Publikums berücksichtigenden – Kontrolle begnügen, blieb mit dieser aber insoweit erfolgreich, als auch in der Kunst Kritik im System nur bis zu einem gewissen Grad artikulierbar, Grundsatzkritik am System – soweit sie überhaupt gewollt war – öffentlichkeitsunfähig blieb [→ Schubert, Protokoll Nr. 36].

6.5. *Alternativkultur in der DDR*

In der DDR hatte sich in den achtziger Jahren eine „alternative/autonome Kultur“ energisch zu Wort gemeldet. Sie bezeugt das künstlerische Selbstverständnis einer Generation, die zwar in die DDR „hineingeboren“ war, diese aber nicht mehr als ihr eigenes Land erfahren wollte. Sie bezeugt die Skepsis und den Widerstand einer Generation, die in ihrem Staat nicht mehr eine fortschrittliche „Übergangsgesellschaft“ sah, sondern eine „Untergangsgesellschaft“. Die Erfahrungen dieser Generation hat Heiner Müller in einer Würdigung Thomas Braschs so charakterisiert: „Die Generation der heute Dreißigjährigen in der DDR hat den Sozialismus nicht als Hoffnung auf das Andere erfahren, sondern als deformierte Realität.“ Kultur wird als Ausdruck der „Verantwortung vor sich selbst“, als „Gegenwehr gegen kollektive Vereinnahmung“ (Stephan Ernst) verstanden.

Vor allem ab Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre bildete sich die Alternativkultur oder „zweite Kultur“ in der DDR heraus; sie war eine ausgegrenzte, „marginalisierte“ [→ Böthig, Protokoll Nr. 36] Kultur. Hierzu zählten Ausstellungen in privaten Wohn-, Produzenten- oder „Selbsthilfe“-Galerien, Lesereihen in Wohnungen und Ateliers oder in Kirchen, die „Samisdat-Literatur“ (Literaturzeitschriften, Künstlerbücher und politisch-kulturelle In-

formationszeitschriften), die unabhängige Musikszene. Die Ursprünge der Alternativ-Kulturszene reichen auf die Zeit des massiven Vorgehens gegenüber Literatur und Kunst nach der Ausweisung Biermanns zurück, nachdem 1978 die Bildung eines „Lektorats für Kultur“ durch die Abteilung Kultur des ZK der SED verfügt worden war, welche die Biermann-Sympathisanten aus den Verlagen und Künstlerverbänden entfernen ließ. Zwischen 1979 und 1989 erschienen etwa 30 Zeitschriften im Selbstverlag, die zum Teil als lose Manuskriptsammlungen oder Abschriften von Büchern herausgegeben wurden. Mit den Oppositions- und Bürgerrechtsgruppen entstanden ab Mitte der achtziger Jahre die ersten politisch-kulturellen Informationszeitschriften. Jedoch bestanden partiell Verbindungen zwischen diesen Publikationen und den literarischen Ausgaben, da die Mehrzahl der Autoren nicht oder nur am Rande an den Bürgerrechtsgruppen beteiligt war. 1988/89 versuchten Zeitschriften wie „Kontext“ und „Ostkreuz“ Verbindungen zu Oppositionsbewegungen in osteuropäischen Staaten herzustellen bzw. zu intensivieren.

Die Alternativkultur oder „zweite Kultur“ der DDR war eine ausgegrenzte Kultur [→ Expertise Michael]. Sie war erst in zweiter Hinsicht eine politische Protestkultur. Ihre Brisanz bestand weniger darin, daß sie sich in Gegensatz zum Staat begab. Sie erregte Aufmerksamkeit, weil sie allein schon durch ihre Existenz die kulturpolitische Hoheit und den Alleinvertretungsanspruch des Staates in Frage stellte. Alternativkultur läßt sich daher nur in eingeschränktem Maße als eine bewußt gewählte politische Alternative zum offiziellen Kulturbetrieb und zur Kulturpolitik der DDR verstehen. Viele Künstler, Galeristen, Musiker, Autoren und Kunst- und Literaturkritiker begannen hier, weil es in der DDR keine anderen Möglichkeiten für die unabhängige Arbeit und die öffentliche Wirksamkeit gab. Dies führte im Laufe der letzten fünfzehn Jahre dazu, daß sich bis 1989 eine eigenständige kulturelle Infrastruktur mit einer zwar eingeschränkten, aber lebendigen und stetig wachsenden Öffentlichkeit entwickelt hat [→ Expertise Michael].

6.6. *DDR-Gefängnisliteratur und Haftberichte*

Neben Berichten über Flucht und Vertreibung aus dem historischen Ostdeutschland, neben der Kritik an staatlicher Willkür, an ineffektiver Planwirtschaft und wachsender Umweltverschmutzung zählte die Erfahrung mit politischer Strafjustiz zu den verbotenen Themen der DDR-Literatur. Wie Monika Marons Roman „Flugasche“ (1981) über Umweltverschmutzung im Bitterfelder Industrierevier von keinem DDR-Verlag veröffentlicht werden durfte, konnten auch politische Häftlinge, bei Strafe erneuter Festnahme und Verurteilung, über ihre Erlebnisse in Gefängnissen, Zuchthäusern, Arbeitslagern nicht einmal im Verwandten- und Freundeskreis berichten. Eine gewisse „Lockerung“ dieses Verbots war erst wenige Wochen vor dem Fall der Berliner

Mauer zu beobachten, als im Sommer 1989 Christoph Heins Roman „Der Tangospieler“ erschien. So blieb ein ganzer Sektor DDR-Wirklichkeit in der DDR-Literatur ausgespart [→ Expertise Bilke].

Die Fülle von Haftberichten, die von 1977 bis 1989 in der Bundesrepublik veröffentlicht wurden, zeigt, daß das unerwünschte Thema nicht mehr ignoriert oder auf Einzelfälle reduziert werden konnte. Dafür sorgte auch der Freikauf von Gefangenen, der Jahr um Jahr mit Hunderten von Schicksalen aus dem SED-Staat bekannt machte. In den Zeitungen erschienen zunehmend Berichte aus Bautzen, Brandenburg, Waldheim, Hoheneck, aus einer totalitären Gegenwelt zum Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Hörspiele im Rundfunk, später auch Zeugenbefragungen und Spielfilme im Fernsehen wirkten wiederum hinein in die ummauerte Republik.

6.7. *Die Behandlung des kulturellen Erbes*

Unter dem kulturellen Erbe verstand die SED „die Gesamtheit von Bindungen, Beziehungen und Ergebnissen der geistigen Produktion vergangener geschichtlicher Epochen“. Seine Bewertung „erfolgt vom Standpunkt seiner praktischen Anwendung durch soziale Gruppen (Klassen, Nationen), durch ganze Generationen und durch neue sozialökonomische Formationen“. Aus dieser Doktrin ergaben sich für die kulturpolitische Praxis sowohl Schwerpunkte als auch Widersprüche.

Die „Pflege des kulturellen Erbes“ in der DDR steht im Zusammenhang mit einer auf die „sozialistische Persönlichkeit“ und die „sozialistische Nationalkultur“ ausgerichteten Kulturpolitik und mit dem Anspruch der SED, historische Vollenderin aller „progressiven“ und „humanistischen“ Tendenzen in der deutschen Geschichte zu sein. Es ist eine Entwicklung zu verzeichnen, die von einer engen Auffassung des „Erbe-Verständnisses“ zu Beginn der fünfziger Jahre (z. B. Abriß des Berliner Stadtschlosses) hin zu einer Differenzierung zwischen „anzueignendem“ und kritisch auszusonderndem Erbe in den siebziger und achtziger Jahren (z. B. „Preußenrezeption“, Rezeption der Romantik, Rekonstruktion ausgewählter historischer Bauwerke und Stadtkerne) führte. Welche Phasen und Zäsuren hierbei zu unterscheiden sind, ist bis heute Gegenstand der Diskussion geblieben, die noch bei weitem nicht abgeschlossen ist [→ Expertisen Schubert, Ackermann].

Es lassen sich zwei Hauptphasen unterscheiden: Die Herausbildung der „Zwei-Linien-Theorie“ sowie diejenige der „Zwei-Traditionen-Theorie“ seit dem Beginn der siebziger Jahre. In der „Zwei-Linien-Theorie“ liegt der Schwerpunkt auf der Herausbildung eines sozialistischen nationalen Geschichtsbildes, die „Zwei-Traditionen-Theorie“ hat dagegen das Ziel, neben der Integration der DDR-Geschichte in die Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft, das gewonnene Geschichtsbild so auszuweiten und zu differenzieren, daß die

DDR-Geschichte in ein erweitertes Spektrum der deutschen und europäischen Geschichte eingepaßt werden konnte [→ Expertise Schubert].

Symptomatisch für diesen konfliktreichen Prozeß ist die Rezeption des kulturellen Erbes der deutschen Vergangenheit. In den ersten Jahren nach Gründung der DDR hielt die SED-Führung den Anspruch einer einheitlichen deutschen Kulturnation aufrecht, beanspruchte jedoch schon damals das „fortschrittliche Erbe“ für sich und grenzte es von der „imperialistischen Kultur“ im Westen Deutschlands ab. Zeitgleich parallel zur Entwicklung der Formel vom „sozialistischen deutschen Nationalstaat“ verlief die Absage an das gesamtdeutsche kulturelle Erbe.

Die Propagandisten und Kulturtheoretiker der SED versuchten, spezifische Traditionslinien einer „sozialistischen deutschen Nationalkultur“ herauszuarbeiten. Einzelne Abschnitte und Ereignisse der deutschen Geschichte, etwa die Bauernkriege oder progressiv-realistische und sozialistisch-revolutionäre Inhalte der deutschen Literaturgeschichte, sind dabei in direktem Zusammenhang mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung der DDR gestellt worden. Dies geschah mit dem Anspruch, „die besten Traditionen der Geschichte und Kultur wieder zum Leben zu erwecken und im Sozialismus zu ihrer eigentlichen Blüte zu führen“. Der Bundesrepublik Deutschland wurde das Recht auf Aneignung und Verwaltung des kulturellen Erbes abgesprochen.

In dem Bemühen, ein eigenes DDR-Nationalgefühl zu entwickeln, und weil sich viele kulturelle Werte der Vergangenheit nicht nahtlos in dieses Konzept einfügen ließen, plädierte die SED-Führung für eine „kritische Aneignung“ des kulturellen Erbes. Das führte in der Praxis zunächst zu einer verstärkten Pflege kultureller Werte und Traditionen auch aus den osteuropäischen sozialistischen Ländern und der Sowjetunion; es hat aber auch die Auseinandersetzung mit früher verpönten oder ignorierten deutschen und ausländischen Kulturgütern (z. B. dem Surrealismus, den Werken Robert Musils) ermöglicht.

Unter der Regentschaft von Ulbricht gab es fortlaufend kulturpolitische Anweisungen zum Kulturerbe, in deren Gefolge auch Abkanzelungen und Streit. Eine kritische Diskussion begann erst mit dem Anfangsschwung der frühen Honecker-Jahre. Vor allem in der Literaturwissenschaft wollte man das Erbe in seiner „Gesamtheit“ diskutieren. Germanisten und besonders Schriftsteller relativierten in den Fachzeitschriften wie „Weimarer Beiträge“ oder „Sinn und Form“ die Urteile bekannter Persönlichkeiten, welche wesentlich verantwortlich waren für das Kulturverständnis der SED-Mächtigen: „Was Erbe ist und was nicht – steht nicht ein für allemal fest“ (Hans Kaufmann 1973).

Besonders auffallend und in der DDR selbst nicht unumstritten waren zu Beginn der achtziger Jahre zwei prinzipielle Wendungen in der Erbe-Rezeption: der 200. Geburtstag Karl Friedrich Schinkels im Jahre 1981 und die Ankündigung einer großen Preußen-Ausstellung in West-Berlin führten zu einer Änderung des offiziellen, bisher weitgehend negativen Preußenbildes. Sie

wurde eingeleitet mit einer Biographie Friedrichs II. der Historikerin Ingrid Mittenzwei. Danach verfügte Honecker persönlich die Wiederaufstellung des Reiterstandbilds Friedrich des Großen von Christian Daniel Rauch in der Ost-Berliner Straße Unter den Linden. Die Vorbereitung des Luther-Jahres 1983 bot der DDR Anlaß, auch ihr bisheriges Bild vom „Fürstenknecht" Martin Luther zu revidieren. Kurze Zeit später wurde auch der früher wegen der von ihm erlassenen „Sozialistengesetze" heftig geschmähte Reichskanzler Otto von Bismarck einer differenzierteren Bewertung unterzogen. Zwischen der Biographie von Ingrid Mittenzwei über „Friedrich II. von Preußen" im Jahre 1979 und der Bismarck-Biographie von Ernst Engelberg im Jahre 1985 hat es eine vielbeachtete Umorientierung in der Traditionspflege der DDR gegeben.

Das Bemühen um Traditionslinien zur Schaffung einer eigenen nationalen Identität der DDR führte schließlich auch zur Aneignung des kulturellen Erbes über eine verstärkte Förderung der Denkmalpflege [→ Expertise Ackermann] und des Heimatgefühls. Auf alte Traditionen beruhende Volksfeste, Umzüge, Kirmessen wurden zunehmend wiederentdeckt bzw. unter sozialistischen Vorzeichen wiederbelebt.

Der mehrfach festzustellende Wandel im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR spiegelt einen Prozeß, der von der politischen Führung initiiert und gesteuert worden ist. Darin ist vor allem der Versuch der SED zu sehen, ihre Herrschaft überwiegend als Kontinuitätselement der deutschen Geschichte zu legitimieren und ihre Ideologie auf eine breitere historische Grundlage zu stellen. Die verschiedenen Phasen und Zäsuren des Erbeverständnisses der DDR zeigen deutlich, daß vor allem die Konstruktion der Tradition beliebig, je nach politischen Gegebenheiten durch die staatlichen Organe im Sinne des ideologischen Bedarfs bestimmt wurde [→ Expertise Schubert].

Die DDR war gegen Ende ihrer Zeit selbst zur Tradition erstarrt. Vierzig Jahre einer an der Klassik orientierten „Erbepflege" produzierten eine Kette von Wiederholungen oder Wieder-Hereinholungen. Eine ritualisiertes Programm wurde abgespult: mit Gedenkstätten, Feiertagen und Auszeichnungen; in Schulen und Betrieben, in Massenorganisationen und Massenmedien, bei Staat und Partei. Interessant war eigentlich nur – und dies wurde besonders aus der Bundesrepublik mit großer Aufmerksamkeit registriert – wann die SED-Führung sich wieder welches neue Stück deutscher Geschichte „aneignete". Nach der Aneignung von Preußen und Luther blieb am Ende nur noch die NS-Zeit und das, was man ihr zuschrieb tabu bzw. eine „Erblast" der Westdeutschen [→ Expertise Ackermann].

6.8. *Städtebau und Architektur*

Für Städtebau und Architektur gab es kaum Möglichkeiten, Alternativen zur „Staatsarchitektur“ zu entwickeln. Das gesamte Bauwesen wurde zentral gelenkt. Die SED „führte“, d. h. sie leitete im Grunde vom Politbüro aus über das dort angeschlossene Sekretariat für Wirtschaft sowie über die Abteilung Bauwesen des ZK das gesamte Baugeschehen der DDR auf allen Ebenen, von der Planung im Bauministerium bis zur Verwirklichung auf der Baustelle. Diese radikale Zuordnung von Städtebau und Architektur zum Bauwesen als einem Volkswirtschaftszweig führte nicht nur zur Geringschätzung, sondern geradezu auch zur Beschneidung ihrer kulturellen Dimension.

Die Instrumentalisierung von Städtebau und Architektur durch den SED-Staat als Ausdruck der herrschenden Ideologie führte in der DDR – wie im gesamten Block der sozialistischen Länder – zu den allgemein bekannten charakteristischen Merkmalen: Verfall der Innenstädte mit ihren (bürgerlichen) Individualbauten, Aufbau riesiger Gebäudekomplexe in Blockbauweise mit normierten Wohnungen und mit stereotypen Plattenfassaden, versehen mit sozialen Einrichtungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Altenbetreuungseinrichtungen, zentraler Gaststätte, Einkaufsmöglichkeiten etc. Dieses städte- und wohnungsbaupolitische Konzept wurde zum sichtbaren Ausdruck der „sozialistischen Integration“ und Gleichschaltung der gesamten Bevölkerung.

In den frühen fünfziger Jahren ging es dem Staat hauptsächlich darum, mit den Investitionen für die dringendsten Bauaufgaben zugleich Zeichen zu setzen für den Neuaufbau der kriegszerstörten Städte im Rahmen des Aufbaus der neuen Gesellschaft. Haupttätigkeitsfelder waren neben dem Industriebau der Bau von Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen für Kultur, Bildung und Sport, Handel und Versorgung sowie für die neu zu installierenden staatlichen Verwaltungen.

Viele Bauprogramme waren durch das sowjetische Vorbild geprägt, das für den ‚sozialistischen Aufbau’ in der DDR generell und die ‚sozialistische’ Entwicklung von Städtebau und Architektur speziell – nach dem Willen von Ulbricht – als verpflichtend galt. So entstanden in den fünfziger Jahren – angeregt durch die repräsentativen Magistralen mit ihren Wohnstraßen in Moskau, Kiew und anderen sowjetischen Städten – die großen Wohnungsbauensembles entlang der Stalinallee in Berlin, an der Roßstraße in Leipzig, am Altmarkt in Dresden, im Zentrum von Magdeburg sowie an der Breite Straße in Rostock. Sie demonstrierten in durchaus differenzierter Anleihe an die empfohlenen ’nationalen Traditionen, die gewünschte „Neue Deutsche Architektur“ mit neoklassizistischen, neobarocken und neogotischen Stilelementen. Vor allem die Stalinallee – die heutige Karl-Marx-Allee – ist zum Symbolbauwerk der DDR geworden. Mit gutem Grund wurde sie mit dem Tag der staatlichen Vereinigung Deutschlands zum denkmalgeschützten Objekt erklärt.

Die Idee, in jeder bedeutenden Stadt, in erster Linie in der Hauptstadt und in den Bezirksstädten, je eine zentrale städtebauliche Dominante als politisch-ideologisches Symbol der Gesellschaft zu errichten, folgte sowohl dem sowjetischen Konzept vom Bau eines „obersten Gebäudes“ der Stadt als auch der deutschen Tradition der Stadtkrone. Die Projekte gingen mit großflächigen Stadtzerstörungen einher und betrafen die Städte Berlin (Ost) – die Errichtung des Fernsehturms zerstörte die Reste des Marienviertels –, Leipzig – das Universitätshochhaus erforderte den Abriß der gotischen Universitätskirche – und Jena – für das Zeiss-Hochhaus mußte ein Großteil der Jenaer Altstadt weichen.

In den siebziger Jahren präsentierte und repräsentierte sich der Staat nicht in erster Linie mit seinen solitären Sonderbauten wie dem Palast der Republik in Berlin, dem Neuen Gewandhaus in Leipzig und der Semperoper in Dresden, sondern vorzugsweise mit dem Massenbau im Rahmen des Wohnungsbauprogramms als Ausdruck seiner Sozialpolitik. Kein Wunder, wenn er das bevorzugt dort tat, wo ‚westliche’ Beobachter die DDR von innen und außen sehen konnten: in Berlin. Die Wohnhochhäuser entlang der Leipziger Straße – als Antwort auf die zuvor gebauten Westberliner Hochhäuser „nebenan“ – wie auch das Wohngebiet an der Otto-Grotewohl-Straße, heute wieder Wilhelmstraße, waren – ganz im Sinne einer städtebaulich-ideologisch gemeinten „Grenzbefestigung“ – geradezu als Außenansicht der DDR über die Mauer hinweg errichtet worden [→ Expertise Flierl].

In den siebziger Jahren gab es keine neuen städtebaulichen Direktiven mehr. Das hing auch damit zusammen, daß das 1973 beschlossene Wohnungsbauprogramm der DDR zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem nicht nur zum Kernstück – wie es hieß – der Sozialpolitik erklärt, sondern auch zur Hauptbauaufgabe gemacht worden war, unter die alles andere, auch der Städtebau subsumiert wurde. Städtebau wurde vorwiegend als Wohnungsbau betrieben, noch dazu fast ausschließlich extensiv auf der ‚grünen Wiese’ am Rande der Stadt (Plattenbauweise). Der Verfall der Innenstädte mit historischen Bauten, namentlich auch der „bürgerlichen Epoche“, wurde bewußt in Kauf genommen. Erst Anfang der achtziger Jahre wurden die dadurch eingetretenen volkswirtschaftlichen und sozial-kulturellen Verluste einer solchen Stadtentwicklung begriffen. Um dem Wohnungsbauprogramm eine tragfähige urbanistische Dimension zu geben, erließ 1982 das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik“. Sie waren völlig unter dem Niveau, das die gesellschaftliche Situation erfordert hätte: Alle realen Entwicklungswidersprüche zwischen Leben und Bauen, Wohnungsbau und Städtebau wie auch mögliche Varianten zu ihrer Lösung waren durch Wunschvorstellungen wegretuschiert; Ausdruck einer bereits konzeptionslos

gewordenen Gesellschaft. Als sich dann gegen Ende der achtziger Jahre immer mehr herausstellte, daß die vielgepriesene Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht in der gedachten harmonischen Übereinstimmung zu entwickeln war, sondern an ihren wachsenden Widersprüchen zerbrechen mußte, da stand auch die Stadtplanung vor nicht beantwortbaren Fragen.

Die Erwartungen, daß in der sozialistischen Gesellschaft wegen des Wegfalls von Bodenspekulantentum die Architektur zu neuer Entfaltung kommen würde, hatten sich nicht erfüllt. Der in der Endzeit der DDR einsetzende Bau von Eigenheimen erfolgte in trostloser Uniformität. Einzig die Restaurierung einiger historischer Bauten in der Phase der „Pflege des kulturellen Erbes“ führte zu anerkennenswerten Leistungen wie dem Wiederaufbau des Ensembles der Bauten am Gendarmenmarkt und des Nikolaiviertels in Berlin. Auch einige der Sonderbauten für „hochangebundene“ gesellschaftliche Zwecke wie der Palast der Republik, der Friedrichstadtpalast und einige große Hotelbauten gelten als architektonischer Ausdruck einer Epoche der deutschen Geschichte.

6.9. *Nachwirkungen und Forschungsdesiderata*

Die Nachwirkungen der sozialistischen Wohnungsbaupolitik der SBZ/DDR sind besonders dauerhaft und können nicht beseitigt werden. Forschungen über die psychosozialen Folgen der sozialistischen Wohnbauviertel sowie Programme zu ihrer individuelleren Gestaltung sind dringend erforderlich.

Wie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind auch in der Kultur erhebliche Neuorientierungen nach der Wende notwendig geworden. Vor allem die Umstellung auf ein marktwirtschaftliches System mit Wettbewerb und einer Fülle von Möglichkeiten, aber nur mit begrenzter beruflicher Sicherheit durch feste Anstellungsverhältnisse, erfordert von den nun weitgehend freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern viel Umstellungs- und Risikobereitschaft. Sie bedeutet andererseits die Freisetzung der in diesen Berufen besonders notwendigen individuellen Entfaltungskraft.

Für die kulturelle Breitenarbeit und die Einübung in demokratische Verhaltensweisen und Umgangsformen ist der Aufbau von Vereinen nach zwei Diktaturen von unschätzbarer Bedeutung. Es sollten Möglichkeiten der Unterstützung dieses gesellschaftspolitisch wichtigen Aufbauprozesses durch die Regierungen des Bundes und der Länder geprüft werden.

Die Erforschung der psychosozialen Folgen der SED-Politik ist in kultureller Hinsicht besonders bedeutungsvoll. Für den ideologisch bedingten Umgang mit dem historisch-kulturellen Erbe und für die ideologisch geforderten Kunstrichtungen sind intensive Forschungsarbeiten in Verbindung mit den geisteswissenschaftlichen Fächern notwendig.

7. *Rolle des Sports in der DDR*

7.1. *Zentralistische Organisationen*

Im Zuge der Liquidation des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen verfügte die Kontrollratsdirektive Nr. 23 vom 17. Dezember 1945 die Auflösung aller Turn- und Sportvereine in Deutschland. Der zweite Teil dieser Direktive bestimmte die Zulassung „nichtmilitärischer Sportorganisationen lokalen Charakters".

Unter Aufsicht der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) begannen 1946 ehemalige Arbeitersportler und zur Mitarbeit bereite Funktionäre mit dem Aufbau einer zentralistischen Sportorganisation nach sowjetischem Vorbild. Im Juni 1948 setzte eine breit angelegte Kampagne zur Neuorganisation des Sports ein, die vorher in allen ihren Einzelheiten zwischen der SMAD, der SED, der FDJ, dem FDGB und den Verwaltungsstellen des Kommunalsports vereinbart und vorbereitet worden war. Mit Zustimmung der SMAD kündigten am 1. August 1948 FDJ und FDGB übereinstimmend die Gründung des Deutschen Sport-Ausschusses (DSA) an. Im späteren Verlauf wurden die bisherigen kommunalen Sportgemeinschaften durch Betriebssportgemeinschaften ersetzt. Am 17. März 1951 ordnete das ZK der SED die Durchführung von „Aufgaben auf dem Gebiet der Körperkultur und des Sports" an und forderte die planmäßige Ausweitung und Propagierung der vom DSA geleiteten „Demokratischen Sportbewegung": Sie solle nicht mehr der Leitung durch FDGB und FDJ unterstehen, um so mehr bedürfe sie „der Unterstützung aller demokratischen Massenorganisationen". Entsprechend der Organisationsstruktur des FDGB wurden die Betriebssportgemeinschaften in Sportvereinigungen zusammengefaßt. Auf „Produktionsbasis" entstanden achtzehn Sportvereinigungen. „Zur Verbesserung der Tätigkeit und Struktur der Demokratischen Sportbewegung" erfolgte am 27./28. April 1957 die Umwandlung des DSA in den Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB).

7.2. *Breitensport als Integrationsinstrument*

Die außergewöhnlich große Förderung des Sports – auch mittels gesetzgeberischer Maßnahmen – war durch die konkreten innen- und außenpolitischen Zielsetzungen der SED-Führung motiviert. Vorrangig innenpolitische Aufgaben des Sports waren seine Beiträge zur Erhöhung der Produktivität und der Wehrkraft, zur Gesunderhaltung, zur Ausrichtung der Jugend am Leistungsprinzip und zur allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung. Im Mittelpunkt stand die Erziehung zu „patriotisch-klassenbewußtem" Denken und Handeln. Die Wertschätzung des Sports als Phänomen von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung war sicherlich zum Teil auf Erfahrungen

Ulbrichts in einem Arbeiter-Turn- und -Sportverein in der Weimarer Republik zurückzuführen. Ulbricht, dessen Name untrennbar mit dem Aufstieg des DDR-Sports verbunden ist, verkündete 1958 die Massensportlosung: „Jedermann an jedem Ort – einmal in der Woche Sport", die später von ihm in „jede Woche mehrmals Sport" erweitert wurde. Ulbricht gab auch am 8. November 1964 vor Studenten der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig das Kommando zur Mobilisierung der Schüler und Studenten für den Sport.

Die Zusammenarbeit zwischen DTSB sowie FDGB und FDJ diente vorrangig der Intensivierung des Massensports. Im DDR-Gesetzblatt vom 30. November 1972 wurde die Anordnung über die Wahrnehmung der Verantwortung der Betriebe und staatlichen Einrichtungen auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport veröffentlicht. Den Leitern der Volkseigenen Betriebe und staatlichen Einrichtungen ist damit die volle Verantwortung für eine regelmäßige und intensive sportliche Betätigung der Bürger übertragen worden. Während der seit 1959 jährlich im Juni veranstalteten „Woche der Jugend und Sportler" zur „Mobilisierung einer bewußten schöpferischen Mitarbeit im Kampf für den Sieg des Sozialismus und die Sicherung des Friedens" kam es zu einer Fülle massensportlicher Veranstaltungen.

Im Gegensatz zu den ständig erweiterten Sportaktivitäten von FDGB und FDJ dienten sportliche Förderungsmaßnahmen der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei sowie des Staatssicherheitsdienstes vorwiegend dem Leistungssport. Bis Ende 1956 war auf der Grundlage der militärischen Struktur die Organisation der Armeesportklubs (ASK) und der Armeesportgemeinschaften (ASG) abgeschlossen.

Die Sportpolitik der SED verfolgte unterschiedliche gesellschaftspolitische Absichten. Die erzieherischen und rekreativen Aspekte des Sports sind unter diesen Zielsetzungen ebenso zu subsumieren wie gezielte Integrations-, Mobilisierungs- und Disziplinierungsaufgaben. Verschränkungen von augenscheinlich politisch neutralen oder rein individuellen Wirkungen des gesamten Sportsystems in staatlich dominierten Organisationen, Verbänden, den Sportgemeinschaften, der Wissenschaft und dem Schul- und Hochschulbereich mit der Freizeit und dem persönlichen Sporterlebnis müssen in die Betrachtung einbezogen werden.

Der Sport besaß für Partei und Politik als „Mehrzweckwaffe" im Inneren und als Sympathieträgerwelle des Sozialismus nach außen eine herausragende Bedeutung. Vor allem in den späten siebziger und achtziger Jahren sollte der DDR-Sport mit seinen international erfolgreichen Athleten und „sozialistischen Kollektiven" die zunehmend bedrohte innere Stabilität stützen, das Regime als Basis dieses Erfolgssystem bestätigen und die geistige Konformität sichern helfen [→ Expertise Krebs].

Nur so erklärt sich der ungeheure Aufwand in personeller, finanzieller und

materieller Hinsicht, den die Partei- und Staatsführung der DDR betrieb, um ein eher kleines Land wie die DDR zu einer der führenden „Sportnationen“ der Welt zu entwickeln. So wurden im Jahre 1989 allein für die Zuwendungen an Sportler und für Löhne im unmittelbaren Trainingsbereich über 190 Millionen Mark ausgegeben. Die gesamten Ausgaben, von Bau und Unterhaltung der Trainingsobjekte bis zur Finanzierung der Forschung, umfaßten ein Vielfaches davon [→ Geiger, Protokoll Nr. 35 des Sportausschusses].

Ob der Sport den angestrebten wirksamen Beitrag zur DDR-eigenen Identität leistete, war seit jeher ungewiß. Auch in der DDR nahm der Freizeit- und Erholungssport eine besondere gesundheits- und freizeitpolitische Bedeutung ein. Sie ging über die Erhaltung der Arbeitskraft hinaus und beeinflußte das (offenbar neutrale) individuelle Wohlbefinden und die Lebensfreude [→ Dreger, Protokoll Nr. 35 des Sportausschusses, Expertise Krebs]. Der Breitensport als Wettkampfsport auf unterer Ebene und der sozialpolitisch bedeutsame Freizeit- und Erholungssport oder Massensport besaßen im Sportsystem der DDR verbal eine hohe Bedeutung. In der Realität standen diese Bereiche mit ihrer oft unzureichenden Infrastruktur im Schatten des Leistungssports. Es gehört zu den Absurditäten des DDR-Sports, daß im Breitensport trotz vielfältiger Kontrollen und Überwachungen größere Spielräume und mehr Chancen für Eigeninitiativen bestanden als im durchreglementierten Aushängeschild Leistungssport.

7.3. *Leistungssport*

Der staatstragende DDR-Sport war zentralistisch organisiert, generalstabsmäßig geführt (operativ gelenkt), straff reguliert und in seiner Leistungseffektivität wie auch in der ideologisch-politischen Zuverlässigkeit konsequent kontrolliert. Die personelle und oft strukturelle Vernetzung mit der Partei und ihren Organen, einschließlich des MfS, auf allen Ebenen erlaubte die durchgängige Verwirklichung der verbindlichen Pläne und Direktiven. Sie wurden grundsätzlich von den Spitzengremien der SED als der entscheidenden Befehlszentrale beschlossen und kontrolliert; dem „gesellschaftlichen Dienstleistungskombinat Sport“ war keine Sonderrolle eingeräumt [→ Expertise Krebs]. Die Staats- und Parteiführung der DDR sah im Leistungssport eine hervorragende Möglichkeit, sich international darzustellen.

Davon zeugt z. B. die vielgebrauchte Bezeichnung der Spitzensportler als „Diplomaten im Trainingsanzug“.

Der internationale Sportverkehr war – im Jargon der SED – „ein wichtiges Feld der Klassenauseinandersetzung“ sowohl im „Weltmaßstab“ als auch, und dies im besonderen Maße, zwischen den beiden deutschen Staaten. Der Sport sollte dem außenpolitischen Ansehen der DDR dienen und zugleich Ausdruck der Überlegenheit des Sozialismus sein. In der Tat erreichte die DDR auf diesem

Feld, worum sie sich sonst vergeblich mühte: „Weltniveau“ [→ Holzweißig, Hiller, Protokoll Nr. 35 des Sportausschusses]. Der Sport war natürlich auch innenpolitischer Integrationsfaktor und sollte zur Identitätsfindung weiter Teile der Bevölkerung mit dem politischen System beitragen.

Die gesellschaftliche und materielle Anerkennung sportlicher Erfolge, aktiven systemkonformen Verhaltens, wenngleich es zuweilen als Pflichtübung verstanden wurde, und einer wie auch immer bezeugten politisch-ideologischen Zuverlässigkeit galten als starke Motivationsanstöße im Spitzensport [→ Pickenhain, Hummel, Protokoll Nr. 35 des Sportausschusses, Expertise Krebs].

Die Vorteile umfaßten eine breite attraktive Palette:

– Prestigegewinn und soziale Absicherung einschließlich des gesicherten Schul- und Hochschulabschlusses mit beruflicher Perspektive von Offizierspositionen in NVA und MfS sowie von Kaderstellen in Trägerbetrieben ähnlich wie bei Studenten die Freistellungen für den nach professionellem Standard betriebenen Spitzensport erlaubten
– materielle Vergünstigungen, wie die bevorzugte Zuteilung von Wohnungen oder Häusern, von Autos und anderen, der Mehrheit der Bevölkerung erst nach langen Wartefristen zugänglichen „Luxusgütern“
– festgelegte Prämienzahlungen für Erfolge, die mit Orden und abgestuften Auszeichnungen, wie „Meister des Sports“ und „Verdienter Meister des Sports“, gekoppelt waren
– die Möglichkeit von Auslandsreisen, mitunter auch für Spitzensportler, deren nichtkonformes Umfeld westliche Auslandsbesuche eigentlich ausgeschlossen hätte.

Die Privilegien und Vorteile für Leistungen im Dienste der DDR waren integraler Bestandteil eines ausgeprägten Systems von Belohnungen und abschreckenden Sanktionen. Der stets drohende Entzug dieser Vorrangstellung und der Rückfall in die soziale Bedeutungslosigkeit oder gar die Ausgrenzung gehörten zum System skrupelloser Gefügigmachung.

7.4. *Doping im DDR-Leistungssport*

Nach dem Ende der DDR konnten trotz umfangreicher Dokumentenvernichtungsaktionen bisher noch über 150 eindeutige und in ihrer Qualität unanfechtbare Schriftstücke zur Dopingpraxis im Sport der DDR sichergestellt werden. Sie waren meist als „Vertrauliche Verschlußsachen“ (VVS) bzw. „Vertrauliche Dienstsachen“ (VD) geführt und beweisen ein umfangreiches, staatlich angeordnetes und gelenktes Dopingsystem im DDR-Sport spätestens seit 1967. Seit Anfang der siebziger Jahre wurden Dopingmittel von der DDR-Regierung und ihrem Sportmedizinischen Dienst Jahr für Jahr in den

meisten Sportarten und bei Tausenden von Sportlern zur Leistungssteigerung benutzt. Schädliche Nebenwirkungen wurden in Kauf genommen und z. T. sogar in den Berichten verzeichnet. In der Regel erfolgte keine Aufklärung der Sportler über die Natur der Dopingmittel und die Nebenwirkungsrisiken; die Betroffenen mußten sich vielmehr zu strenger Geheimhaltung verpflichten. Der durch Doping erzielte Leistungszuwachs wurde systematisch ausgewertet. Besondere Forschungsprojekte befaßten sich mit der Entwicklung von Methoden zum „Unterlaufen" der internationalen Dopingkontrollen; einige dieser Betrugsmethoden sind schließlich routinemäßig eingesetzt worden. Der systematische Verstoß gegen die Regeln des internationalen Sports sowie der ärztlichen und wissenschaftlichen Ethik, aber auch gegen Gesetze der DDR, wurde durch Sprachregelungen verschleiert und mit der politischen Zielsetzung und der weltanschaulich-moralischen Überlegenheit des eigenen politischen Systems begründet [→ Franke, de Marées, Pickenhain, Kruczek, Protokoll Nr. 35 des Sportausschusses].

7.5. *Die Rolle der SED und des MfS bei der Durchsetzung der Sportpolitik*

Als Schaltstelle zwischen den Sportorganisationen und der Parteiführung diente die Abteilung Sport beim ZK der SED, die 23 Jahre lang von Rudolf Hellmann geleitet wurde. Das Politbüro faßte alle grundsätzlichen Beschlüsse und Direktiven, beschloß Pläne und sportpolitischen Konzeptionen, fällte zudem die personellen Entscheidungen. Die Sportführung konnte auf ein großes Maß an Selbständigkeit der sporteigenen Kompetenz und das Machtpotential von Partei und Regierung zurückgreifen. Die konsequente, alle wesentlichen Mitarbeiter einschließlich der Medien umfassende Kaderpolitik durch ZK und Politbüro legte den Grund für die effektive, exakte und zugleich flexible Durchsetzung der Direktiven und Pläne [→ Expertise Krebs].

Für die außergewöhnliche Bedeutung des Sports spricht, daß der für Sicherheit zuständige Sekretär des ZK auch für den Sport verantwortlich war. In Fragen der Finanz-, Außen- und Deutschlandpolitik erteilte er dem DTSB-Präsidenten Ewald die Weisungen. Die Präsidiumsmitglieder des DTSB, des NOK und der Fachverbände wurden vor ihrer Bestätigung von der Kaderkommission der Partei „durchleuchtet". Das Politbüro gab die Zustimmung zu den Berufungen, entließ auch, setzte um oder ordnete Bestrafungen an: „Die politisch richtige Besetzung ist zu sichern", so ein Politbürobeschluß bereits 1959.

Die steuernde Rolle des MfS auf allen Ebenen dieses Kontrollsystems entsprach dem Verständnis vom Sport als „Gebiet, wo die ideologische Diversion zum Tragen kommt" (Mielke, 1992) und vor allem dem leistungssportlichen Geheimbereich. Zuständig für den Sport war die Hauptabteilung XX/3 [→ Geiger, Protokoll Nr. 35 des Sportausschusses], die alle zentralen Einrichtungen und Organisationen, einschließlich der hauseigenen Sportvereinigung

Dynamo sowie der GST, zudem die Sportler, Funktionäre und Begleiter bei Reisen in das Nicht-Sozialistische Ausland (NSA) wie auch die Redaktion des „Deutschen Sport-Echo“ und den Sportverlag zu kontrollieren hatte. Die „Qualität der jeweiligen Aufgaben“ und die Sensibilität der Einsatzbereiche waren ausschlaggebend für die Tätigkeit des MfS: Überwachung der Reisekader, einschließlich der in das nichtsozialistische Ausland Reisenden, der mit IM durchsetzten Mannschaften und der Sportjournalisten, der Funktionsträger in den Leistungszentren und von „Personen, die maßgeblich an der Erarbeitung wissenschaftlich fundierter Lösungen zur Trainings- und Leistungsentwicklung oder Personen, die Aufgaben haben im Bereich der Forschung und Entwicklung neuer Höchstleistungen ermöglichender Wettkampfgeräte und die zur Entwicklung neuer sportmedizinischer diagnostischer Methoden eingesetzt sind“. Gerade für den sensiblen Sicherheitsbereich des Sports galt Mielkes Devise: „Wir müssen alles erfahren. Es darf an uns nichts vorbeigehen.“

Das MfS diente nicht nur zur Kontrolle und Überwachung – so war die Olympiamannschaft und deren Begleiter in Lake Placid 1980 zu 20 vH mit MfS-Mitarbeitern durchsetzt –, sondern auch zur defensiven Abwehr und aktiven Aufklärung. Daran wirkten auch andere Abteilungen des MfS wie die Hauptverwaltung A mit. Im Vordergrund standen Informationen aus internationalen Sportgremien, sportpolitische Konzeptionen „zur Feststellung und Präzisierung der Angriffsrichtung der Gegner“ sowie das Eindringen in genau präzisierte „Gegenobjekte der Leistungssportforschung“ vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. In das Hochsicherheitssystem der Dopingmanipulationen war das MfS entscheidend integriert [→ Geiger, Protokoll Nr. 35 des Sportausschusses].

Das MfS, das auch im Bereich Sport mit dem KGB eng kooperierte, beteiligte sich an der Überwachung von Republikflüchtigen, „abwerbeverdächtigen“ Personen oder von sportpolitischen Kontrahenten in der Bundesrepublik Deutschland; es schreckte dabei selbst vor brutaler Gewalt nicht zurück [→ Bericht der Gauck-Behörde zum Leistungssport, MfS und Doping, 1993].

7.6. *Folgen der SED-Sportpolitik, Forschungsdesiderate und Empfehlungen*

Das von der Konkurrenz neidvoll betrachtete Sportsystem effektivster Leistungskonzentration, das noch 1989 westdeutsche Sportmanager als zu kopierende Herausforderung ansahen, war keineswegs monolithisch oder gar widerspruchsfrei. Im Gegenteil, es verlangte ein hohes Maß von Ausbalancierung unterschiedlicher, auch gegenläufiger Faktoren im Unterbau des durchgeplanten Erfolgssystems hoher äußerer Qualität mit dem legitimierenden und motivierenden ideologischen Überbau. Dieser Spagat zwischen dem Pragmatismus der Sportführung und der die Sportpolitik legitimierenden

Ideologie schien lange Zeit gelungen – allerdings auf Kosten moralischer Substanz, ungezählter seelischer und physischer Opfer, des Breitensports, der sportbezogenen Ehrenamtlichkeit und der verluderten Infrastruktur. Diese entscheidenden Aspekte sind bei der Beurteilung der politischen Instrumentalisierung des Sports in der DDR ebenso einzubeziehen wie die beherrschende Rolle der SED, deren Organisation das eigentliche Machtzentrum darstellte, und die dienenden Strukturen des MfS, die Wissenschaft und die Medien.

Vergleiche mit dem Sport der Bundesrepublik Deutschland können trotz augenscheinlicher technischer und organisatorischer Parallelen im Leistungssport nur schwerlich gezogen werden, weil die Strukturen im Kern inkommensurabel sind. Die Gründe hierfür liegen in der ideologischen Einpassung und in den legitimierenden Prinzipien sowie in der „Skrupellosigkeit der feudalistischen sportpolitischen Herrschaftsklasse der DDR“ [→ Expertise Krebs].

Das vereinte Deutschland nutzt zwar Hochleistungserfolge aus der DDR-Substanz, muß aber noch auf Jahrzehnte hinaus die Schulden in Milliardenhöhe bezahlen, die das Sportregime der SED hinterlassen hat. Vor allem aber bleibt die kaum meßbare Schuld an seelischen Schäden und Verkrümmungen, die Funktionäre und Mediziner den Sportlern zugefügt haben. Die Verstrickungen von Athleten, Trainern, Wissenschaftlern und Funktionsträgern mit dem MfS und den geheimen, von der Partei- und Sportführung angeordneten Doping- und Manipulationspraktiken gehören neben dem geduldeten Verrottungsprozeß der Sportstätten zu den Relikten, die den reibungslosen Vereinigungsprozeß zweier unterschiedlicher Sportorganisationen am meisten belasten. Dazu gehört im übrigen auch das oktroyierte Unschuldsbewußtsein.

Die Strukturen des DDR-Leistungssports waren organisatorisch eng miteinander verzahnt: von den Trainingszentren über die Kinder- und Jugendsportschulen bis zu den Leistungszentren der Sportclubs, die konsequente wissenschaftliche und medizinische Betreuung, einschließlich des Dopingeinsatzes, der Leistungskontrolle und der sicherheitspolitischen und ideologischen Kontrolle. Die Planungsziele wurden im olympischen Vier-Jahres-Rhythmus von der Parteispitze festgelegt. Die propagandistische Begleitung durch die parteiischen Medien als „Teil des Teams“ war gesichert. Eine hervorragende personelle und materielle Ausstattung schuf den nötigen Unterbau, der nach der Wende zumeist zusammenbrach.

Den in die deutsche Einheit hineinwirkenden internationalen Erfolgen von Sportlern, deren Karriere in der DDR begonnen hatte, stehen zahlreiche bittere Hinterlassenschaften gegenüber:

– die Verwahrlosung von fast 90 vH der Sportanlagen, für deren Wiederherstellung – ohne die nötigen Neubauten – rund 25 Milliarden DM notwendig sind

– die personellen, organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten beim

Neuaufbau eines demokratischen und selbstverantwortlichen Vereinswesens durch die Austrocknung der Ehrenamtlichkeit in vielen Sportarten

– Leistungsdefizite und beeinträchtigte Vorbildfunktionen durch Dopingpraktiken
– Aufklärung und Aufarbeitung der Verstrickungen von Athleten, Trainern, Wissenschaftlern und Funktionsträgern über die von der Partei- und Sportführung der DDR angeordneten Doping- und Manipulationspraktiken, die berücksichtigen, daß solche Praktiken nicht nur in der DDR existierten.

III. *Themenfeld: Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat*

Inhalt

a) Beratungsverlauf
1. Öffentliche Anhörungen
2. Expertisen
b) Bericht
1. Dimensionen des durch Recht und Justiz begangenen Unrechts
2. Unterschiedliche Phasen des Unrechts
2.1. Die ersten Jahre der SBZ/DDR
2.2. Auswirkungen der Entstalinisierung und des Mauerbaus
2.3. Erneute Verhärtung seit Ende der sechziger Jahre
2.4. Abwehr der „Perestroika“ aus der Sowjetunion
3. Die Instrumente des Justizunrechts
3.1. Die Umwandlung des Rechtsbegriffs
3.2. Die Abwehr der Schutzwirkung der Menschenrechte
3.3. Die Umgestaltung von Rekrutierung und Ausbildung der Juristen
3.4. Die Verhinderung einer unabhängigen Rechtswissenschaft
3.5. Einflußnahmen auf die Staatsanwälte und Richter
3.6. Behinderung anwaltlicher Beratung und Vertretung
4. Die Instrumentierung von Recht und Justiz in den verschiedenen Gerichtszweigen sowie durch die Polizei
4.1. Strafjustiz, Strafvollzug und Aufsicht über Strafentlassene
4.1.1. Strafbestimmungen
4.1.2. Ermittlungsverfahren
4.1.3. Das Recht auf Verteidigung
4.1.4. Strafvollzug
4.1.5. Aufsicht über Strafentlassene
4.2. Militärjustiz
4.3. Polizei
4.3.1. Zwangsumsiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik Deutschland